

Bavar.

1269

md

Bavar. 1269 md

Xerokopieren aus kons
rischen Gründen nicht
Nur im Lesesaal ber

<36609148950012

<36609148950012

Bayer. Staatsbibliothek

Bericht über die Vorkommnisse
beim
königl. Bezirksgerichtsphysikate
München

im Quinquennio 1853/8.

**Ein Beitrag für Physikatsärzte, die Bedürfnisse des
Richters kennen und befriedigen zu lernen.**

Von

Dr. Joseph Hofmann,

ordentlichem öffentlichem Professor der Staatsarzneikunde an der k. Ludwigs-Maximilians-Universität, ordentlichem Beisitzer des k. Medizinalkomité an der Universität, Arzt am k. Bezirksgerichte München links der Isar, auswärtigem Mitgliede der Gesellschaft für Geburtskunde in Berlin und korrespondirendem Mitgliede des Vereins für Förderung der Staatsarzneikunde im Grossherzogthume Baden.

Separatabdruck aus A. Henke's Zeitschrift für die Staatsarzneikunde.

Erlangen, 1859,

Verlag von J. J. Palm und Ernst Enke.

(Adolph Enke.)

A52

88A

Hofmann

Von dem Herrn Verfasser dieses Werkchens ist in unserem Verlage erschienen und durch alle Buchhandlungen zu erhalten :

Aus dem Gerichtssaale.

Von

Dr. Joseph Hofmann,

ordentlichem öffentlichem Professor der Staatsarzneikunde an der k. Ludwigs Maximilians-Universität, ordentlichem Beisitzer des k. Medizinalkomité an der Universität, Arzt am k. Bezirksgerichte München links der Isar, auswärtigem Mitgliede der Gesellschaft für Geburtskunde in Berlin und korrespondirendem Mitgliede des Vereins für Förderung der Staatsarzneikunde im Grossherzogthume Baden.

Mit 2 lithographirten Tafeln.

gr. 8. (IV und 186 Seiten.) geh. Preis 28 Ngr. oder
1 fl. 32 kr. rhn.

Von den sehr anerkennenden Beurtheilungen, welche über dieses Werkchen veröffentlicht sind, möge nur folgende hier hervorgehoben werden.

„Fünf Kriminalfälle, in welchen der Verfasser, als Experte vor den Geschworenen zu funktioniren hatte. Es sind eben so viele mündliche, von Stenographen aufgefasste und sodann vom Verfasser korrigirte Vorträge. Fasst man diese ursprüngliche Form oder diese Entstehungsweise der jetzt vorliegenden fünf Geschichtserzählungen mit wissenschaftlichen Gutachten in's Auge, so kann man nicht umhin, der Gewandtheit des Herrn Verf. Bewunderung zu zollen. Seine Darlegungen umfassen zum Theil mehrere Druckbogen und gleichwohl sind sie mit einer Präzision und Klarheit ausgestattet, die man wenigen schriftlichen Ausarbeitungen nachrühmen kann. Von ihrer ersten Bestimmung her haben sie alle Lebendigkeit mündlicher Rede behalten und so zeichnen sie sich in der That vor den meisten Kriminalgeschichten, womit Juristen und Mediziner uns bisher beschenkt haben, auf's Vortheilhafteste aus. — Die Fälle selbst sind von sehr ungleichem Interesse; doch lässt sich von keinem derselben sagen, dass er die Aufnahme nicht verdient habe. Wo nämlich, wie z. B. im vierten und fünften Falle, das Verbrechen selbst und die Prozessgeschichte sich durch nichts Ungewöhnliches auszeichneten, nöthigt uns dafür das ärztliche Gutachten um so mehr Interesse ab und wir verdanken dem Verfasser gerade hier vielleicht die meiste Belehrung.“ (St. Galler Blätter.)

Ein zweites Heft (Kindsmordsfälle) und ein drittes (Brandstiftungsfälle enthaltend) sind bereits erschienen. Das 2. Heft (V u. 202 Seiten) kostet 28 Ngr. od. 1 fl. 32 kr.; Heft 3 (IV u. 131 Seiten mit 2 lithographirten Tafeln) 20 Ngr. od. 1 fl. rhn.

Erlangen im November 1859.

Palm & Enke.

Bericht über die Vorkommnisse
beim
königl. Bezirksgerichtsphysikate
München

im Quinquennio 1853/8.

**Ein Beitrag für Physikatsärzte, die Bedürfnisse des
Richters kennen und befriedigen zu lernen.**

Von

Dr. Joseph Hofmann,

ordentlichem öffentlichem Professor der Staatsarzneikunde an der k. Ludwigs-Maximilians-Universität, ordentlichem Beisitzer des k. Medizinalkomité an der Universität, Arzt am k. Bezirksgerichte München links der Isar, auswärtigem Mitgliede der Gesellschaft für Geburtskunde in Berlin und korrespondirendem Mitgliede des Vereins für Förderung der Staatsarzneikunde im Grossherzogthume Baden.

Separatabdruck aus A. Henke's Zeitschrift für die Staatsarzneikunde.

Erlangen, 1859,

Verlag von J. J. Palm und Ernst Enke.
(Adolph Enke.)

Bericht über die Vorkommnisse

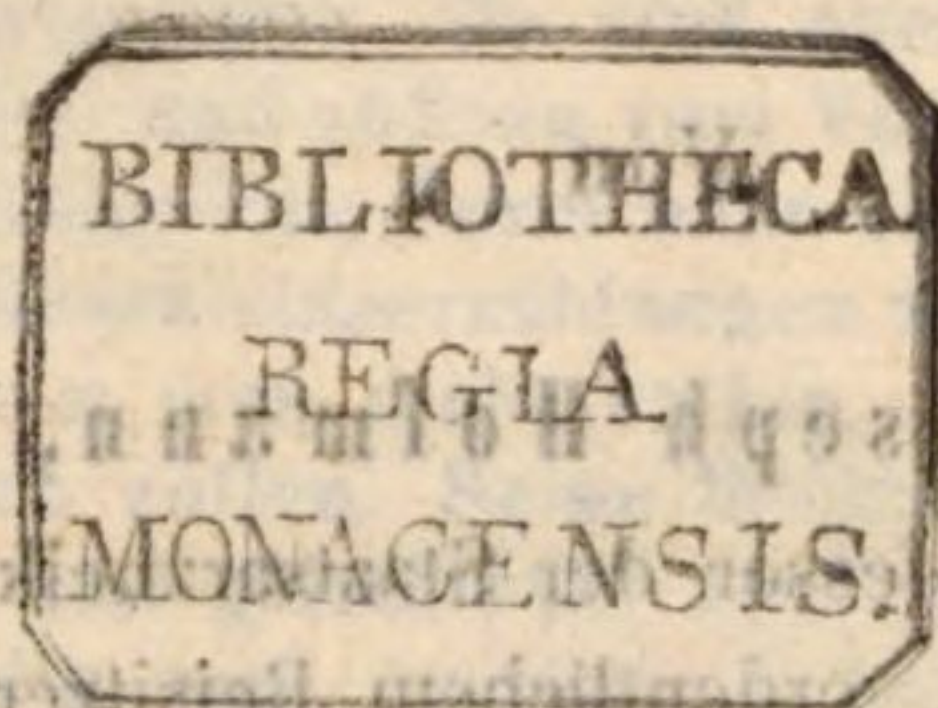
beim

königl. Bezirksgerichtspräsidenten

München

im September 1853.

Ein Beitrag für Physiker, die Bedürfnisse des
Richters kennen und befriedigen zu lernen.



Erlangen, 1853.

Druck von Junge u. Sohn in Erlangen.

Dann wollte ich meine geehrten Herrn Amtsbrüder, abson-
 derlich die grossen Physikatbezirke, anspornen, gleich mit für
 den Gerichtsarzt eine immer grössere Freiheit und Unabhängig-
 keit von den Einflüssen, um nicht zu sagen, der Bevormun-
 dung anzustreben, die noch in ziemlichem Masse von der
 Rechtswissenschaft und ihren Vertretern über aus Gerichts-
 ärzte verhängt wird. Klar muss es der Rechtswissenschaft
 werden, dass die Wissenschaft des Gerichtsarztes mit grösster
 Bereitwilligkeit und allen ihren Kräften eine Beihilfe zur
 Erforschung des Rechtes, aber nimmermehr eine Magd ist,
 die jene als Herrin anzuerkennen genötigt ist; und klar muss
 es den Vertretern der Rechtspflege werden, dass sie nicht
 betruhen sind, gerichtsärztlicher Wissenschaft und Gerichts-
 ärzten zu befehlen, Letztere nicht zu gehorchen, und
 bis jetzt nur gehorchen, weil Erstere im Staatsverhältnisse
 das Heft selbst über die ihnen fremde Wissenschaft noch
 in der Hand haben. Klar muss es der Rechtswissenschaft
 und Rechtspflege werden, dass wo sie in ein Abhängig-

V o r w o r t.

Mehrfache Motive leiteten mich bei Fertigung nachste-
 hender Arbeit.

Ich wollte erstlich wissenschaftliche Rechenschaft ab-
 legen über meine nun 5jährige Physikatsführung. Ich habe
 mich absichtlich in keine Kasuistik ergangen, vielmehr die
 Sache prinzipiell aufgefasst, und mich bemüht, allenthalben
 die praktische Seite vorzukehren. Daher die zahlreichen
 Andeutungen über die richterlichen Bedürfnisse, die ich
 überall zerstreut einzuflechten mich beflissen habe. Ich
 halte dafür, dass, wenn die Aerzte grösserer Amtsbezirke
 solche Rechenschaft von Zeit zu Zeit vor dem Forum der
 Wissenschaft ablegen würden, mancher Schlendrian aus
 der gerichtsärztlichen und selbst richterlichen Praxis schwin-
 den würde, z. B. von Wundschau, die nach 8, 10, 14
 und selbst nach mehr Tagen dem Gerichtsuarzte abverlangt
 und gemacht werden, wo der primäre Zustand der Wunde,
 sei es durch Einwirkung oder Nichteinwirkung der Heilkunst,
 bereits vollständig geändert ist. Nur bei ganz exceptioneller
 Lage der Dinge haben Wundschau, die nicht sofort nach
 der Verletzung geschehen, untersuchungsrichterlichen Werth.

Dann wollte ich meine geehrten Herrn Amtsbrüder, absonderlich die grosser Physikatsbezirke, anspornen, gleich mir für den Gerichtsarzt eine immer grössere Freiheit und Unabhängigkeit von den Einflüssen, um nicht zu sagen, der Bevormundung anzustreben, die noch in ziemlichem Maasse von der Rechtswissenschaft und ihren Vertretern über uns Gerichtsärzte verhängt wird. Klar muss es der Rechtswissenschaft werden, dass die Wissenschaft des Gerichtsarztes mit grösster Bereitwilligkeit und allen ihren Kräften eine Beihelferin zur Erforschung des Rechtes, aber nimmermehr eine Magd ist, die jene als Herrin anzuerkennen geneigt ist; und klar muss es den Vertretern der Rechtspflege werden, dass sie nicht berufen sind, gerichtsärztlicher Wissenschaft und Gerichtsärzten zu befehlen, Letztere nicht, zu gehorchen, und bis jetzt nur gehorchen, weil Erstere im Staatshaushalte das Heft selbst über die ihnen fremde Wissenschaft noch in der Hand haben. Klar muss es der Rechtswissenschaft und Rechtspflege werden, dass, wo sie in ein Abhängigkeitsverhältniss zur ärztlichen Wissenschaft treten, sie sich den Forderungen der letzteren zu fügen haben, nicht aber dominirend auftreten können.

Endlich wollte ich auch unseren Staatsregierungen etwas zur Klarheit zu bringen beitragen, was trotzdem, dass es schon oft seit 2 Jahrzehnten gesagt worden ist, fast allen unseren deutschen Staatsregierungen noch nicht zur Klarheit gekommen zu sein scheint. Klar muss nämlich auch diesen werden, dass es keinen richtigeren Satz gibt, als den: es ist ein gewaltiger Unterschied zwischen einem Heilarzte und einem Amtsarzte. Klar muss werden, dass die Befähigung zum Heilarzte keineswegs die zum Amtsarzte, die zum Amtsarzte keineswegs die zum Heilarzte in sich schliesst, Beides vielmehr ganz verschiedene Dinge sind. Klar muss werden, dass das, was unsere Staaten bis jetzt zur Heranbildung von Amtsärzten gethan haben und noch thun, eben so ungenügend, als das Prinzip, wornach man bei Auswahl zu Amtsärzten aus den Heilärzten verfährt, falsch ist.

Bis zum Oktober 1853 waren sämtliche Physikatsgeschäfte, diejenigen forenser und diejenigen administrativer Natur, in dem Bezirke der politischen Gemeinde München in einer Person vereinigt, und hatte der damalige Gerichtsarzt — k. Kreis- und Stadtgerichts- und Polizeiarzt in München amtlich benannt — zur Besorgung seines schon damals ausgebreiteten Wirkungskreises zwei Physikatsassistenten zur Seite. Mit dem 1. Oktober 1853 erfolgte eine Reorganisation des Physikates der k. Haupt- und Residenzstadt München, darin bestehend, dass im Physikate eine Trennung der Justiz von der Administration geschah, und ein eigener Gerichtsarzt für die Bedürfnisse der Justiz- und ein besonderer für die der Administrativstellen, mit der Verpflichtung gegenseitiger Aushülfe in Verhinderungsfällen und einem Physikatsadjunkten für den Gerichtsarzt der forensen und dem der administrativen Sphäre gemeinschaftlich bestellt wurde. Die Gerichtsarztstelle für richterliche Bedürfnisse beim damaligen k. Kreis- und Stadtgerichte München erhielt ich, und ich halte mich nach nunmehr abgelaufener fünfjähriger Dienstzeit verpflichtet, wissenschaftliche Rechenschaft über meine amtliche Thätigkeit abzulegen.

Als ich im Oktober 1853 das damalige k. Kreis- und Stadtgerichtsphysikat übernahm, umfasste das Territorium der politischen Gemeinde der Haupt- und Residenzstadt München sämtliche links und einige wenige ganz unbedeutende rechts der Isar gelegene Stadttheile, mit einer Bevölkerung von 87,880 Seelen Civilstand und

18,835 Seelen Militärstand, Summa . . . 106,715 Seelenzahl. Im Jahre 1854 wurden sämtliche rechts der Isar gelegene in politischer Beziehung bisher eigene Gemeinden bildende Vorstädte der Gemeinde der k. Haupt- und Residenzstadt inkorporirt, welche dadurch einen beträchtlichen Zuwachs an Seelenzahl und Territorium erhielt. Es wurde ein neues Kreis- und Stadtgericht München in den nunmehrigen Stadttheilen rechts der Isar unter dem Namen: „k. Kreis- und Stadtgericht München rechts der Isar“ errichtet, während das bis-

herige k. Kreis- und Stadtgericht München für die Altstadt seinen Namen in „k. Kreis- und Stadtgericht München links der Isar“ umwandelte. Mit dieser Erweiterung des Stadtgebietes erweiterte sich auch das bisherige Territorium und die bisherige Kompetenz des Kreis- und Stadtgerichtsarztes; denn dieser wurde auch als solcher bei dem neuerrichteten k. Kreis- und Stadtgerichte rechts der Isar akkreditirt. Durch die Gebietserweiterung erhöhte sich die Seelenzahl der k. Haupt- und Residenzstadt von der Ziffer 106,715, die sie noch im Amtsjahre 1853/54 gehabt hatte, auf die Ziffer 132,112, nämlich 109,911 Seelen Civilstand und 22,201 Seelen Militärstand, welche das Populationskonskriptionsbureau der k. Polizeidirektion im Amtsjahre 1856/57 nachweist. Dass sich mit dieser Vermehrung der Bevölkerung auch die Physikatsgeschäfte sehr mehrten, versteht sich von selbst, wie denn auch in der That das Amtsjournal des k. Kreis- und Stadtgerichtsarztes seit der Errichtung eines eigenen Physikates für die Bedürfnisse der Justizbehörden eine ständige Vermehrung der Geschäfte nachweist*). Es zählte das Amtsjournal des k. Kreis- und Stadtgerichtsarztes im Amtsjahre 1853/54 (vom 1. Okt. 1853 bis 30. Sept. 1854) 142 Rubra**) 1854/55 („ „ „ „ 1854 „ „ „ „ 1855) 178 „ 1855/56 („ „ „ „ 1855 „ „ „ „ 1856) 214 „ 1856/57 („ „ „ „ 1856 „ „ „ „ 1857) 310 „

*) Eine nach Vollendung dieser Arbeit erfolgte allerhöchste k. Verfügung bestellte für den Bezirk und die Bedürfnisse des k. Bezirksgerichtes rechts der Isar einen eigenen Gerichtsarzt in der Person der Privatdozenten und bisherigen k. Physikatsadjunkten Herrn Dr. Martin. Dadurch ist das nunmehrige k. Bezirksphysikat München links der Isar wieder auf jenen Territorialbestand und approximativ auch auf jene Seelenzahl (106,000) der links der Isar gelegenen Stadttheile inklusive Vorstädte reduziert, die es schon vor der im Jahre 1854 geschehenen Errichtung eines k. Kreis- und Stadtgerichtes rechts der Isar hatte.

**) Nicht Nummern. Jede Sache erhält eine Nummer und was

Der 1. Oktober 1857 brachte eine neue Vermehrung der Geschäfte, wenn auch keine Vergrößerung des stadtgerichtsarztlichen Sprengels. In Folge der an diesem Tage in's Leben getretenen Gerichtsorganisation fiel nämlich die ganze Kriminal- und auch ein Theil der Civiljustiz, die beide bisher ausserhalb der Städte in den Händen der k. Landgerichte lagen, so dass diese zugleich Justiz- und Administrativbehörden waren, den k. Kreis- und Stadtgerichten zu, die ihren Namen in „k. Bezirksgerichte“ umwandelten. Die Folge dieser Gerichtsorganisation war, dass im Amtsjahre 1857/58 (vom 1. Oktober 1857 bis 30. September 1858) die Zahl der Rubra des gerichtsarztlichen Amtsjournals auf die Ziffer 443 stieg, so dass also im fünften Jahre meiner amtlichen Thätigkeit die Geschäfte mehr als das Dreifache des ersten Jahres betrugen. Es bleibt ferner zu bemerken, dass das k. Militär seinen Civilstand unter den k. Civilgerichten, dagegen seinen besonderen Kriminalstand hat, jedoch so, dass in den allermeisten Fällen, wo Civilisten und Militärpersonen, gleichgiltig ob als Damnifikaten oder Damnifikanten, in strafrechtlichen Reaten konkurriren, die gerichtsarztliche Instruirung der Sache und Schlussbegutachtung dem Civilgerichtsarzte, nicht dem k. Militärgerichtsarzte bisher zufiel. Dass da, wo in civilrechtlichen Angelegenheiten von Militärpersonen gerichtsarztliche Thätigkeit nöthig ist, der k. Civilgerichtsarzt kompetent ist, versteht sich, nachdem einmal das k. Militär in Civilangelegenheiten unter den k. Civilgerichten steht, von selbst.

Es haben aber ihren Stand in der k. Haupt- und Residenzstadt

- 1) das k. Kriegsministerium mit allen seinen Attributen;
- 2) die k. Leibgarde der Hartschiere;
- 3) das k. Gendarmeriekorps-Kommando und die Gendarmeriekompagnie der k. Haupt- und Residenzstadt;

in dieser Sache ein- und ausläuft, figurirt als eine Nummer in Rubro.

- 4) das Kommando der k. 1. Armeedivision;
 - 5) das k. Artilleriekorps-Kommando;
 - 6) die k. Zeughaushauptdirektion;
 - 7) die k. Armeemonturdepot-Kommission;
 - 8) 3 k. Infanterieregimenter zu je 3 Bataillonen, wovon jedoch je ein Bataillon fast ständig detachirt ist, und in allen Bataillonen der Präsenzstand der gemeinen Mannschaft approximativ $\frac{1}{3}$ des Kriegsfussetats beträgt. Gleiches gilt
 - 9) von 1 k. Jägerbataillon;
 - 10) 1 k. Kuirassierregiment, mit dem Präsenzstande von circa $\frac{2}{3}$ des Kriegsstandes;
 - 11) 2 k. Artillerieregimenter, wovon jedoch ein gutes Drittel der Batterien detachirt ist, und der Präsenzstand der gemeinen Mannschaft ebenfalls nur $\frac{2}{3}$ des Kriegsetats beträgt;
 - 12) die Sanitätskompagnie des k. 1. Armeekorps.
- Endlich wurde mit der Organisation des Physikates der k. Haupt- und Residenzstadt im Jahre 1853 zugleich ein Gesundheitsrath für die Hauptstadt errichtet, bestehend aus dem Vorstande der k. Polizeidirektion, oder seinem Stellvertreter als Vorsitzendem;
- „ k. Medizinalassessor bei der k. Regierung von Oberbayern;
 - „ k. Kreis- und Stadt-, nunmehrigem Bezirksgerichtsärzte;
 - „ k. Polizeigerichtsärzte;
 - „ k. Landgerichtsärzte München links der Isar;
 - „ k. Landgerichtsärzte München rechts der Isar;
 - „ Adjunkten des k. Bezirksgerichts- und des k. Polizeiarztes;
 - „ 1 Abgeordneten des Magistrates der Haupt- und Residenzstadt als Beisitzenden.

Als Aufgabe wurde diesem Gesundheitsrathe die Begutachtung medizinal-polizeilicher Fragen in prinzipieller und konkreter Richtung zugetheilt. Es sollte dieser Gesundheitsrath, wie sich gleich in der ersten Sitzung ein Mitglied nicht mit Unrecht ausdrückte, ein „vieläugiger Physikus“ sein.

So viel über Organisation und Geschäftsvertheilung im Physikate der k. Haupt- und Residenzstadt im Allgemeinen und über Geschäftsbelastung des k. Bezirksgerichtsphysikates im Besonderen.

Betreffs der Geschäftsbehandlung im Inneren meines Physikates bemerke ich Folgendes:

Ich trat nicht als Neuling im Oktober 1853 in die gerichtsärztliche Sphäre; meine vorhergegangene sechsjährige Stellung im k. Medizinalkomité der k. Ludwigs-Maximilians-Universität München und vielfache Berufungen als Sachverständiger zu hiesigen und auswärtigen Schwurgerichts- und Gerichtshöfen hatten mir bereits manche Erfahrungen verschafft. Ich hatte mir in Folge dieser Erfahrungen — ob mit Recht oder Unrecht, werden freilich kompetentere Richter zu beurtheilen haben — die Ueberzeugung gebildet, dass von Seite der Kriminalrechtswissenschaft und Kriminalrechtspflege eine gewisse Geringschätzung, um nicht zu sagen, ein gewisses Misstrauen gegen ärztliche Wissenschaft und deren Handhabung sich beurkunde, und dass eine gewisse Ueberwachung, ja fast Bevormundung der zur Vertretung der ärztlichen Wissenschaft Berufenen in formeller, ja selbst in materieller Beziehung der Ausfluss dieser Geringschätzung und dieses Misstrauens sei. Ob der Grund davon in der völligen Verschiedenheit beider Wissenschaften und darin liege, dass der innerhalb der strengen Grenzen seines paragraphirten Kodex nach formellen Bestimmungen sich bewegende Rechtsgelehrte sich eben so schwer an die nicht nach formellen Bestimmungen zu regelnde und noch weniger zu kodifizirende Erforschung der unendlichen Natur mit ihren Gesetzen gewöhnen kann, als der Arzt sich schwer an die Beengung und den Zwang eines Gesetzbuches gewöhnt; oder aber, ob die Schuld mehr an gewissen Persönlichkeiten des gerichtsärztlichen Standes, ihrer Wissenschaft und der Art und Weise ihrer Kundgebung derselben den Gerichtshöfen gegenüber lag und noch liegt — ob das Eine oder Andere die Ursache des eben angedeuteten Verhältnisses war, lasse ich dahingestellt sein, und ist auch

ganz gleichgültig; genug, dass dieses Verhältniss bestand, oder dass ich wenigstens dasselbe wahrzunehmen glaubte und demnach bemüht war, so viel einer einzelnen Persönlichkeit möglich, die Achtung vor der ärztlichen Wissenschaft zu heben, ja sie dem Richter aufzudringen, wenn er jemals zu einer Weigerung gewillt sein möchte, und damit der ärztlichen Wissenschaft und dem Gerichtsarzte, so weit es nach gesetzlichen Bestimmungen möglich und zulässig, eine freiere unabhängigere Stellung zu verschaffen, oder wenigstens nach und nach anzubahnen.

Als Mittel zur Erreichung dieses Zweckes erachtete ich:

1) möglichste und stets vorwärts trachtende Ausbildung meines eigenen ärztlichen Wissens,
 2) Studium des Sinnes der Gesetze und der Bedürfnisse des Richters, so wie seiner Anforderungen an die Wissenschaft des Arztes,

3) Integrität des persönlichen Wandels und Charakters.

In wie weit und mit welchem Erfolge mir mein Bestreben gelungen — darüber mögen kompetente Stimmen urtheilen. Ich kann und darf, ohne den Vorwurf des Eigenlobes auf mich zu laden, nur versichern, dass mein Verhältniss zu allen den vielen Herren Gerichtsvorständen, Staatsanwälten, Spruch- und Untersuchungsrichtern, Vertheidigern, mit denen ich während meiner nun fünfjährigen Amtsführung in Berührung gekommen, der freundschaftlichste, ja, ich darf diesen Ausdruck wohl gebrauchen, da wir, wenn wir auch verschiedenen Berufes, doch Alle auf den Einen und gemeinsamen Zweck „Erforschung der Wahrheit“ hinarbeiteten, das kollegialste war. Diesem meinem persönlichen Verhältnisse zu den Gerichten und ihren Mitgliedern verdanke ich nicht bloss, was ich mir bis jetzt an juristischem Wissen erworben, nicht bloss eine genaue Kenntniss der richterlichen Bedürfnisse und der Art und Weise ihrer Befriedigung auf Grundlage ärztlicher Wissenschaft und ärztlicher Erfahrung mit Wahrung der Würde ärztlicher Wissenschaft — diesem Verhältnisse verdanke ich eine solche Erweiterung meines allgemeinen Wissens, meiner allgemeinen Menschen-

und Weltkenntniss, wie sie mir in keinem anderen Lustrum meines Lebens zu Theil geworden.

Es ist Folge der Stellung, die der Arzt in der bürgerlichen Gesellschaft seinem Kranken gegenüber einnimmt, dass er auch im Staatshaushalte nur eine konsultative, niemals exekutive Person ist. Nie entscheidet der Arzt in amtlicher Stellung direkt, und niemals ist er Vollzugsperson im Staatshaushalte. Wenn er entscheidet, entscheidet er indirekt: durch die Wissenschaft, die er repräsentirt und durch die Verwendung, die er der Wissenschaft gibt, d. h. durch das Quantum des Wissens, das er besitzt, und das Quale des Verarbeitens seines Wissens. Eine andere Frage ist es, ob der Staat nicht manchmal besser besorgt wäre, wenn der Arzt in dessen Haushalte eine direkt entscheidende, d. h. gebietende, befehlende Stimme hätte, wie sicher mancher Kranker besser besorgt ist mit einem Arzte, der aus seiner bloss beratenden Rolle heraustritt und geradezu befiehlt: Das muss geschehen! Es ist dieses eine Frage, die sicher zu bejahen wäre. Doch würde die Ventilirung dieser Frage hier zu weit abführen, und ist auch gar nicht abzusehen, ob und wann es jemals im Staatshaushalte dem ärztlichen Stande gelingen werde, von der Inferiorität und Bevormundung, die jetzt in der Staatsmaschine über ihn ausgeübt wird, sich zu emanzipiren. Genug; so und nicht anders ist nun einmal die Stellung des Arztes und kann sie zur Zeit nicht geändert werden; in das, was man nicht ändern kann, muss man sich aber fügen, so gut es geht; denn man muss die Verhältnisse nehmen, wie sie sind, nicht wie sie sein sollten.

Konsequenz der bloss beratenden Stellung des Arztes im Staatshaushalte ist, dass er nur begutachtend wirkt, und seine hauptsächlichste amtliche Thätigkeit in der Vorahme von Untersuchungen und Besichtigungen, die ohne ärztliche Kenntnisse nicht möglich ist, und Abgabe von Gutachten besteht. Der Kardinalgesichtspunkt aber, der

dabei nicht aus den Augen verloren werden darf, ist der, dass diese Thätigkeit praktisch sein, d. h. die Bedürfnisse der Sache, um deren willen und desjenigen, um dessen willen sie geschieht, befriedigen müsse. In der Rechtspflege ist Bedürfniss, dass Recht gesprochen werde, und da Derjenige, der Recht spricht, der Richter ist, so fällt das Bedürfniss der Sache nach einem Rechtspruche mit dem Bedürfnisse des Rechtsprechenden: Rechtsprechen zu können, zusammen; Kardinalgesichtspunkt ist und bleibt daher jedesmal in forenser Thätigkeit des Arztes Befriedigung der richterlichen Bedürfnisse zur Ermöglichung eines Rechtspruches, solange diese Befriedigung im Bereiche wissenschaftlicher Möglichkeit liegt. So wie die ärztliche Wissenschaft von diesem Kardinalgesichtspunkte abschweift, leistet sie so viel wie gar nichts für die Rechtspflege; sie wurzelt als Beihelferin für die Rechtspflege nur in der Befriedigung der Bedürfnisse der letzteren. Daraus folgt aber, dass es Pflicht des einzelnen Arztes und Pflicht der ärztlichen Wissenschaft überhaupt ist, in Befriedigung dieser Bedürfnisse der Rechtspflege bis an die äusserste Grenze des der Wissenschaft Möglichen und Erreichbaren zu gehen. Daraus folgt aber auch weiter, dass sie — die ärztliche Wissenschaft — nicht diese äusserste Grenze des wissenschaftlich Erreichbaren überschreiten könne und dürfe, ohne auf ihre Schulter den Vorwurf zu laden, den auf sie sich stützenden Rechtspruch zu einem Spruche des Unrechtes, des Irrthumes gemacht zu haben. Es ergibt sich daher für die ärztliche Wissenschaft die Verpflichtung, dass sie, wenn sie an der Grenze des Erreichbaren angelangt ist, ihre Unfähigkeit, der Rechtspflege weiter unter die Arme greifen zu können, offen erkläre; während für die Kriminalrechtswissenschaft aber die Verpflichtung entsteht, überall da, wo sie in ein Abhängigkeitsverhältniss zur ärztlichen Wissenschaft tritt, sich der letzteren zu akkommodiren, und keine Anforderungen, die über die Leistungsfähigkeit der letzteren hinausgehen, zu stellen.

a) Aertzliche Augenscheine.

Für richterliche Bedürfnisse haben in der Regel die vom Arzte gepflogenen Augenscheine nur untergeordneten Werth; ihr Hauptwerth ist ein ärztlicher, nämlich den Arzt in den Stand zu setzen, nach den Bedürfnissen des Richters ein Gutachten abgeben, d. h. eine Diagnose stellen zu können. Dieser Zweck: Stellung einer Diagnose für richterliche Bedürfnisse, ist es, der zunächst bei keinem Augenscheine zu vergessen ist; denn dieser Zweck begrenzt den Umfang, in wie weit, und gibt die Richtung an, nach der hin der Augenschein vorgenommen werden soll. Alles, was ausserhalb des richterlichen Bedürfnisses liegt, um dessen willen der Arzt den Augenschein vornimmt, ist interessenlos und auf Interessenloses hat sich der Augenschein nicht zu erstrecken. Wenn es sich z. B. um einen Oberarmbruch handelt, ist es gleichgültig, ob der Besitzer dieses Bruches zeugungsfähig ist oder nicht, ob die Besitzerin noch Jungfrau ist oder öfter geboren hat, und wenn durch vollständige Zerschmetterung des Schädels die Art und Weise des Zusammenhanges des Todes mit der Verletzung zweifellos ist, ist die Verfolgung der Sektion werthlos, weil eine Tuberkulose, eine Lebereirrhose, ein Uteruskrebs, ein Herzfehler, eine Bright'sche Nierenentartung nicht mehr in die Wagschaale fallen; und wenn es sich um die Vertheilung der Blutspuren auf und um ein Abtrittssitzbrett bei einer Kindestödtung handelt, ist es gleichgültig, ob das Abtrittsfenster 3' oder 10' hoch über dem Stehboden sich befindet und nach Ost oder West schaut. Alles das versteht sich eigentlich nach dem gesunden Menschenverstande von selbst; da aber so häufig dagegen gefehlt wird, so ist es nicht überflüssig, an den gesunden Menschenverstand zu erinnern.

Die Sache erheischt, dass über das Ergebniss jedes Augenscheines etwas Schriftliches zu den Akten komme, jene Augenscheine ausgenommen, die nach geschlossener Untersuchung unmittelbar vor der öffentlichen Gerichtsverhandlung vorgenommen und vom Arzte mündlich in

öffentlicher Sitzung kundgegeben werden können. In das dieses Ergebniss des Augenscheines enthaltende Aktenprodukt gehört nichts als das Ergebniss des Augenscheines selbst, d. h. als die Beschreibung des Untersuchungsobjectes nach seinen rein physikalischen, eventuell chemischen Merkmalen. Namentlich gehört in dieses Aktenprodukt keine weitere Schlussfolgerung, kein weiteres Urtheil, also was zur Aufklärung, zum Verständnisse des Augenscheines nothwendig unmittelbar aus dem Augenscheine selbst hervorgeht. Die weiteren Schlussfolgerungen gehören in's Gutachten.

Die formelle Geschäftsbehandlung der Augenscheine betreffend schreibt das bayerische Gesetz in manchen Fällen die Gegenwart der Gerichtskommission bei Vornahme des Augenscheines vor; der Grund kann offenbar nicht darin liegen, dass dem vom Arzte aufzunehmenden Befunde durch Gegenwart eines Laien eine grössere innere materielle oder äussere formelle Weihe gegeben würde, sondern darin, dass Aerzte sehr häufig die Bedürfnisse des Richters bei der Augenscheinsvornahme nicht genug erfassen. In dem Maasse als wir immer tüchtigere Gerichtsärzte bekommen, wird auch diese Bevormundung aufhören. Es liegt eben so sehr in der Würde der amtlichen Stellung des Gerichtsarztes, sich von der Quasi-Oberaufsicht des Untersuchungsrichters zu emanzipiren, als es in des Letzteren Interesse liegt, seine Zeit nicht mit nach ärztlicher Richtung zu pflegenden Augenscheinsaufnahmen zu vergeuden, wenn diese der Arzt allein sachgemäss zu machen versteht. Ich pflege z. B. unbeanstandet vom Gerichtshofe, der Staatsanwaltschaft und den Untersuchungsrichtern beim kgl. Bezirksgerichte links der Isar alle Augenscheinsvornahmen ganz allein.

Dass Augenscheinsvornahmen zu civilrechtlichen und privaten Zwecken, endlich psychologische Ermittlungen vom Arzte allein bethätigt werden, ist ohnehin bekannt.

b) Gutachten.

Jedes Gutachten enthält eine Diagnose oder fusst auf einer Diagnose. Es kommen dabei folgende Punkte in Betracht:

I. Die Qualität der Person, die das Gutachten verlangt, an die es gerichtet ist und die es verwerthet.

Diese Person ist bei allen forensen und vielen administrativen Gutachten ein Laie in ärztlicher Wissenschaft, und dieser Punkt muss stets im Auge behalten werden, denn davon hängt die äussere Form, die Einkleidung des Gutachtens ab. Einem Laien frommen gelehrte histologische oder pathologische oder therapeutische Deduktionen, untermischt mit aus alten und neuen Sprachen entnommenen Terminis technicis, zu deren Verdeutschung der das Gutachten Verwerthende erst in seinem ganzen philologischen Wissen Rundschau halten muss und trotzdem sie nicht interpretiren kann, durchaus nichts. Damit will ich nicht gesagt haben, dass ein Gutachten nicht wissenschaftlich dürfe gehalten sein; ich will nur besonders hervorheben, dass die Diktion verständlich sein, d. h. dass die technischen Ausdrücke möglichst verdeutscht und wo der Gebrauch von Fremdwörtern unvermeidlich, deren Sinn und Bedeutung interpretirt werden müssen, dass ferner die Schlussfolgerungen in einer für Laien fasslichen, von Laien verfolgbaren Aneinanderreihung hingestellt werden müssen und nicht Mittelglieder in den Schlüssen ausfallen dürfen, deren Ausfall Aerzten gegenüber zwar nicht, aber wohl Laien gegenüber das Gutachten unverständlich macht. Soll ich alle diese Erfordernisse in Einem Worte zusammenfassen, so würde ich sagen: das Gutachten muss populär gehalten sein. Ganz besonders gilt diese populäre Haltung Geschworenen gegenüber, welche ihrer Mehrzahl nach schlichte Bürgers- und Landleute sind, die in einer ihnen völlig fremden Wissenschaft dem Worte des Arztes folgen können. Weit ungezwungener kann sich noch das Gutachten Richtern und Administrativbeamten gegenüber halten, welche, selbst wissenschaftlich gebildet, einer in die Sprache der Wissenschaft sich kleidenden wissenschaftlichen Abhandlung leichter folgen können als Geschworne.

II. Zeit und Zweck, wann und wozu das Gutachten verlangt wird.

Beide sind höchst verschieden:

1) Gleich am Anfange der Untersuchung benöthigt oft schon der Untersuchungsrichter der Beihülfe ärztlicher Wissenschaft zu dem Zwecke, um zu ermitteln, ob überhaupt ein strafrechtliches Reat vorliege oder nicht. Nicht selten muss ihm auch die ärztliche Wissenschaft an die Hand gehen, um ihn in den Stand zu setzen, die nöthige Spähe in die rechte Richtung, nach richtigen Orten hin, auf richtige Zeitpunkte der Vergangenheit zu dirigiren. Von diesen Präliminargutachten hängt manchmal der ganze folgende Gang der Untersuchung ab, und gebricht es an der ärztlichen Grundlage, die dem Richter geboten wird, so ist nicht selten der Fehler gar nicht wieder gut zu machen; denn der Untersuchungsrichter wird auf eine falsche Fährte geleitet, die später nicht mehr verlassen werden kann, ohne dass die ganze Untersuchung leidet. Solche Präliminargutachten müssen mit grosser Umsicht, mit einem Fernblicke in die Zukunft, vor Allem aber ohne vorgefasste Meinung, d. h. rein objektiv abgefasst sein.

2) Während der Untersuchung zwischenlaufende, sogenannte Zwischengutachten, interkurrente Gutachten. Ihrer bedarf der Untersuchungsrichter zur Aufklärung einzelner Punkte, oder aber zur Andeutung des Weges und der Richtung, auf welchem und in welcher er weiter inquiren soll. Hauptsache bei diesen Zwischengutachten ist auch, dass man sich die Hände nicht binde für das Schlussgutachten, daher Vorsicht bei ihrer Abfassung zu empfehlen ist. Als Basis für dieselben dient das, was bisher durch die Untersuchung zu Tage gefördert wurde.

Manchmal betreffen solche Zwischengutachten bloss Maassnahmen der Untersuchungsbehörden, z. B. Haftfragen, ärztliche Anordnungen bei Erkrankungen in der Haft u. s. w.

3) Schlussgutachten. Dem Sachverständigen gebührt das letzte Wort in jeder Untersuchung, weil er sein Gutachten auf Alles gründet, was die Untersuchung zu Tage schichtete, und weil der geringste im letzten Augenblicke ermittelte Umstand dem ganzen Gutachten ein anderes Gewand, eine andere Haltung geben kann.

Das Material, welches die Untersuchung zu Tage gefördert hat, ist ein doppeltes:

a) Im engeren Sinne des Wortes ärztliches Material. Hierher gehören: Wundschauen, Krankengeschichten, Körpervisitationen, psychologische Feststellungen. Es ist mehrentheils das Hauptmaterial, dessen Verwerthung dem Arzte allein zusteht. Je mehr Material und je besseres die Untersuchung zu Tage förderte, d. h. je objektiver Wundschauen, Krankengeschichten, psychische Expertisen und Visitationen gepflogen wurden, je mehr wissenschaftliche Befähigung und Fleiss Diejenigen hatten, die dieses wissenschaftliche Material in den Akt niederlegten, desto sicherer ist die in der Voruntersuchung gewonnene Grundlage für das Schlussgutachten. Je schwankender die in dem Untersuchungsakte existirende Grundlage, eine um so unsicherere Haltung muss das Schlussgutachten bekommen. Auf das in den Untersuchungsakt zur einstigen Verwerthung im Schlussgutachten niederzulegende Material kann der Gerichtsarzt während der Untersuchung nur so weit einwirken, als er es ist, der dieses Material niederlegt. Was von anderen ärztlichen Individuen niedergelegt wird, ist seiner Einwirkung entzogen. Eben deshalb kann dem Amtsarzte nicht jedes Mal die Schuld beigemessen werden, wenn sein Schlussgutachten eine schwankende Haltung bekommt.

b) Im engeren Sinne des Wortes nicht ärztliches Material. Hierher gehören: Augenscheine von Lokalitäten, von Sachen, von Verbrechensspuren, der ganze historische Thatbestand, alle Aussagen von Zeugen, des Angeschuldigten, psychologische Wahrnehmungen von Laien u. s. w. Für gewöhnlich setzt man diese nichtärztlichen Erhebungen gerne rücksichtlich ihrer Verwendung zu ärztlichen Zwecken in die zweite Reihe und legt das Hauptgewicht auf die rein objektiv, d. h. auf die aus dem gesammelten rein ärztlichen Materiale gezogene Beurtheilung der Sache, oder verlangt wohl gar direkt, der Arzt dürfe auf ausserhalb des rein ärztlichen Materiales gelegene Dinge keine Rücksicht bei Abgabe des Schlussgutachtens nehmen. Alles dieses ist nur in sehr beschränktem Maasse richtig. Jedes Schluss-

gutachten enthält eine Diagnose, und Alles, ohne allen Unterschied, was zur Stellung der Diagnose verhilft, ist der Arzt auch für seine Diagnose zu verwenden und zu benutzen berechtigt und verpflichtet. Folglich ist ihm der ganze Inhalt der Untersuchung bis in ihre kleinsten Details Material für die Diagnose; denn der geringfügigste Umstand kann die Diagnose ändern. Ja der Werth dieses sogenannten nichtärztlichen Materiales überbietet in nicht seltenen Fällen den Werth des im engeren Sinne ärztlichen Materiales so sehr, dass der bloss auf Letzterem stehende, für Ersteres aber Auge und Ohr verschliessende Arzt gar keine Diagnose stellen könnte, oder geradezu eine falsche Diagnose stellen würde.

Die dem Arzte bei Verarbeitung des gegebenen Materiales zu Gebote stehenden Hilfsmittel sind:

α) Eine wissenschaftlich richtige Logik, welche allein befähigt, richtige Schlüsse zu ziehen, d. h. gerade so viel und gerade Das zu folgern, wie viel und was aus gegebenen Prämissen wissenschaftlich gefolgert werden darf. Diese Logik steht in genauem Verhältnisse mit dem Grade der wissenschaftlichen Begabung des begutachtenden Arztes. Je höheren Grades diese Begabung, desto logisch präziser die Schlüsse, und umgekehrt.

β) Eine gesunde natürliche Logik, mit anderen Worten, ein gesunder Menschenverstand. Diesen soll, diesen darf der Arzt niemals verleugnen. Ich schätze ihn so hoch, dass ich ihn mindestens der wissenschaftlichen Befähigung gleich, wenn nicht über sie, stelle; denn vom gesunden Menschenverstand hängt nicht selten die ganze Auffassung, die geistige Konzeption des Falles ab, von der sehr oft wiederum die Haltung des Gutachtens abhängt. Ganz absonderliches Gewicht übt dieser gesunde Menschenverstand, wenn man Geschworenen gegenüber spricht, und ich bin unendlich oft mit ihm durchgedrungen, wo mit der Wissenschaft durchzudringen mir niemals möglich gewesen wäre.

Die Verarbeitung des gegebenen Materiales muss in ärztlicher Richtung geschehen. Die ärztliche Richtung stets im Auge zu behalten und bei strengster Einhaltung

dieser Richtung die richterlichen Zwecke und Bedürfnisse nicht aus dem Auge zu verlieren, keine Streifzüge in das juristische Gebiet zu machen, d. h. sich streng innerhalb ärztlicher Kompetenz zu bewegen, ist eben so nothwendige Grundbedingung als schwierig. Es wird vielfach von Aerzten dagegen gefehlt und es ist dieses um so verzeihlicher, als richterliche und ärztliche Kompetenz namentlich auf psychologischem Gebiete so ausserordentlich wenig erkennbar in einander übergehen, dass die Grenze kaum stets objektiv mit Sicherheit festgestellt werden kann, und sehr oft nur die subjektive Auffassung des Falles durch Richter und Aerzte oder die subjektive Ansicht Beider über die Grenzen der beiderseitigen Gebiete entscheidet. Ausfluss dieser Kompetenzwahrung ist, dass der Arzt zwar stets ärztliche, aber niemals juristische Schlüsse ziehen dürfe. Ausfluss dieser Kompetenzwahrung ist ferner, dass der Arzt zwar sich, wie jeder Andere, eine moralische Ueberzeugung bilden, aber sie niemals durchblicken lassen dürfe; Richter und Geschworene sind allein befugt, moralische Ueberzeugung zur Geltung zu bringen.

In Auffassung dieser Stellung des Arztes dem Gerichte gegenüber vindizire ich, selbstverständlich auf ärztlichem Gebiete, Ersterem folgende Rechte, die ihm zur Zeit noch von der Rechtswissenschaft und Rechtspflege hier und da streitig gemacht werden:

a) Das Recht gutachtlicher Gesetzesinterpretation. Zwei Anschauungsweisen über die Stellung und Kompetenz des Arztes dem Gerichte gegenüber haben sich in der juristischen und ärztlichen Welt gebildet und stehen zur Zeit schroff einander gegenüber; beide Anschauungsweisen sehen in dem Arzte nichts als einen Sachverständigen, der dem Richter die Behelfe an die Hand gibt, damit er Recht sprechen könne. Die eine Anschauungsweise gestattet aber dem Arzte nicht, von seinem ärztlichen Standpunkte aus das Gesetz zu interpretiren und eine Handlung oder eine Person vom ärztlichen Standpunkte aus unter einen gewissen Artikel des Gesetzes zu subsumiren, sondern vindiziert alles Das dem Richter als richterliche Prärogative, während die

andere Anschauungsweise dem Arzte gestattet, von seinem ärztlichen Standpunkte aus das Gesetz zu interpretiren und eine Handlung oder Person, eine That vom ärztlichen Standpunkte aus unter einen gewissen Artikel des Gesetzes zu subsumiren. Diese Anschauungsweise glaubt, dass auf diesem Wege allein, nicht auf jenem ersteren, der Richter in den Stand gesetzt werde, Recht zu sprechen und glaubt die richterliche Prärogative dadurch nicht verkümmert, weil es sich von selbst versteht, dass ärztliche Gesetzesinterpretation und ärztliche Subsumtion unter das Gesetz nichts als ein Gutachten ist, an das der Richter nicht gebunden ist, das er annehmen kann oder nicht, je nach seiner Ueberzeugung, daher ihm auch nach dieser Anschauungsweise stets das unbestrittene und unbestreitbare Recht endgültiger Subsumtion zustehe, sonach seine Prärogative nicht im mindesten beeinträchtigt sei. Meine Anschauungsweise über diesen Punkt ist folgende: Gesetzesinterpretation soll und muss für alle Zukunft ausschliessliche Prärogative des Richteramtes sein. Dieses hindert aber gar nicht, dass der Arzt ebenfalls das Gesetz interpretiren dürfe, ja sogar müsse, denn wenn er bestimmen soll, ob hier Arbeitsunfähigkeit vorliege oder nicht, ob der Tod die unmittelbare oder mittelbare Folge der Verletzung gewesen, ob der Gegenstand eine Waffe sei oder nicht, so muss es ihm doch gestattet sein, darüber zu reflektiren, was der Gesetzgeber unter Arbeitsfähigkeit und Arbeitsunfähigkeit, was unter Waffe, was unter unmittelbarer oder mittelbarer Tödtlichkeit verstanden wissen wolle. Ich sehe in dem Sachverständigen jeder welcher Kategorie und daher auch in dem Arzte keine blosse Drahtpuppe, die der Richter zum Vergnügen sich bewegen lässt, um hintendrein zu urtheilen wie er will, sondern einen Mann, den, weil mit Judicium begabt, der Richter allen Ernstes befragt, um Recht in der vollsten Bedeutung des Wortes zu sprechen. Wenn ich sonach dem Arzte die Befugniss der Gesetzesinterpretation vindizire, beschränke ich die richterliche Prärogative in gar nichts. Jede von ärztlicher Seite ausgehende Interpretation ist ein Gutachten, das der Richter annehmen wird und muss,

wenn es ihm kompatibel scheint, und nicht annehmen kann und darf, wenn er es für inkompatibel erachtet. Dem Richter bleibt sonach die endgültige und authentische Gesetzesinterpretation gewahrt.

b) Eine nicht geringere Prärogative des Richteramtes ist die Befugniss, auf die der That zu Grunde liegende Absicht des Thäters zurückzuschliessen. Der Richter schliesst dieses aus Allem, was die Untersuchung zu Tage gefördert hat. Einen Theil dessen, was zu Tage gefördert wurde, förderte die Wissenschaft des Arztes zu Tage, und aus diesem ihrem Theile Rückschlüsse zu machen ist auch sie vorzüglich in der Lage. Ich vindizire daher der ärztlichen Wissenschaft das Recht, auf ihrem Gebiete und auf dem des gesunden Menschenverstandes Rückschlüsse auf die der That zu Grunde gelegene Absicht zu machen, und muss auf diesen beiden Gebieten die Kriminalrechtswissenschaft ihre sonst unzweifelhafte Prärogative mit der Wissenschaft des Arztes theilen. Auch in dieser Beziehung vergibt sich die Kriminalrechtswissenschaft gar nichts; denn der ärztliche Rückschluss schliesst auch hier nichts als ein Gutachten in sich, das der Richter je nach seiner Ueberzeugung annehmen kann oder nicht, daher auch hier ihm das Recht der endgültigen Festsetzung ungeschmälert bleibt. Ich darf versichern, dass mir die Gerichtshöfe sehr dankbar waren, wenn ich ihnen mit der ärztlichen Wissenschaft auf diesem Wege unter die Arme griff.

c) Das Recht, Aussagen von Zeugen und Angeschuldigten auf dem Gebiete ärztlicher Wissenschaft und des gesunden Menschenverstandes zu verwerthen. Auch in diesem letzten Punkte ist die ärztliche Verwerthung solcher Aussagen selbstverständlich eine bloss gutachtliche Verwerthung und bleibt das Recht endgültiger Verwerthung dem Richter gewahrt. Beeidigte Zeugenaussagen, die unter sich und mit den Erfahrungen ärztlicher Wissenschaft im Einklange stehen, dürfen nicht beanstandet werden. Steht Eid gegen Eid, so ist jene Aussage die ärztlich glaubwürdigere, welche der Erfahrung ärztlicher Wissenschaft am nächsten steht. Eine beeidigte Zeugenaussage, die direkt ärztlicher

Wissenschaft und Erfahrung widerspricht, beruht, vom ärztlichen Gesichtspunkte aus betrachtet, auf irrthümlicher Wahrnehmung. Es ist ein grosser Verstoss gegen die Unpartheilichkeit — und der Arzt ist stets eine unpartheiische Person — Aussagen von Angeschuldigten niemals Glauben beizumessen oder doch wenigstens stets mit zweifelndem Blicke zu betrachten. Angaben von Angeschuldigten verdienen so lange Glauben, als sie im Zusammenhange mit der ganzen Sachlage betrachtet den Stempel innerer Wahrscheinlichkeit an sich tragen und nicht gegen ärztliche Wissenschaft und Erfahrung und den gesunden Menschenverstand verstossen; oder aber, so lange der Angeschuldigte nicht selbst durch wiederholte Lügengewebe, die er produzirte, seine Glaubwürdigkeit verscherzt hat.

Die Verwerthung von Angaben der Zeugen und Angeschuldigten ist und muss daher eine rein ärztliche sein und darf niemals eine juristische werden.

Auf dem Quantum und Quale des gebotenen Materiales und auf der Art und Weise seiner Verwerthung fusst die Haltung des Gutachtens, d. h. der Grad der Sicherheit oder Unsicherheit der Diagnose. Die Diagnose kann auf dreifache Basis gestellt werden:

α) Gewissheitsgutachten. Ein solches ist möglich, wenn nach den Prinzipien der technischen Wissenschaft und Logik mit Zuhülfenahme des gesunden Menschenverstandes ganz sichere unantastbare Schlüsse gezogen werden können. Solche Gutachten befriedigen den Richter vollkommen, gleichgültig ob sie in der Richtung der Affirmation oder Negation lauten.

β) Wahrscheinlichkeitsgutachten. Sie treten unendlich häufig an die Stelle der Gewissheitsgutachten, theils wegen der zahlreichen Kontroversen und des vielen Brachlandes, das noch in ärztlicher Wissenschaft sich findet, theils wegen unausgefüllter und auch nicht mehr ausfüllbarer Lücken in der Untersuchung, d. h. wegen Mangelhaftigkeit der Unterlage, welche die vorliegende Untersuchung der technischen Wissenschaft zur Abgabe des Gutachtens bietet. Dass Wahrscheinlichkeitsgutachten den Richter nicht

in dem Maasse befriedigen können, wie Gewissheitsgutachten, ist klar; doch befriedigen sie ihn noch im Allgemeinen. Sehr befriedigt es den Richter, wenn man ihm hohe oder geringe Wahrscheinlichkeit bieten kann, und hohe Wahrscheinlichkeit kann ihm die Wissenschaft des Arztes bieten, wenn mehr und gewichtigere Wahrscheinlichkeitsgründe als Zweifelsgründe, geringe Wahrscheinlichkeit, wenn mehr und gewichtigere Zweifelsgründe als Wahrscheinlichkeitsgründe vorliegen. Nicht leicht soll man sich beilassen, mit feinerem Gewichte, als dem der hohen oder geringen Wahrscheinlichkeit abzuwägen; denn dann wird das Gewicht, mit dem man wägt, so zart, dass man das Zünglein in der Wage nicht mehr erfassen kann. Sehr grosse Vorsicht ist auch nöthig in der Abwägung, welche von zwei Wahrscheinlichkeiten die wahrscheinlichere ist, und sehr möge man sich vor dem logischen Fehlschlusse hüten, die grössere Wahrscheinlichkeit als Wahrscheinlichkeit hinzustellen. Wenn A. wahrscheinlicher als B., so folgert daraus nicht im mindesten, dass A. wahrscheinlich ist. Dazu gehört mehr, als dass es bloss wahrscheinlicher als B. ist. Nur in Fällen, wo es der Richter selbst verlangt, betrete man diesen höchst schlüpfrigen Weg.

γ) Möglichkeitsgutachten. Sie können den Richter niemals befriedigen und sind daher so lange, als immer möglich, zu vermeiden. Erst wenn gar kein anderer Ausweg bleibt oder wenn es der Richter selbst verlangt, betrete man das Möglichkeitsgebiet. Es wird sich auch bei richtiger Erfassung der richterlichen Bedürfnisse und der Beihülfe der ärztlichen Wissenschaft zur Befriedigung derselben höchst selten die Nothwendigkeit des Betretens dieses Gebietes geben. Tritt nämlich diese Nothwendigkeit ein, so ist offenbar die Lage der Dinge so, dass die Wissenschaft des Arztes nichts zur Lösung der schwebenden Frage beitragen kann, weil sie sich keine ärztliche, d. h. objektive Ueberzeugung zu verschaffen vermag. Hiermit ist aber offenbar die Frage dem objektiven Standpunkte der Wissenschaft entrückt und auf das Gebiet der moralischen Ueberzeugung verlegt, welches der Richter allein,

niemals der Arzt betreten darf. In diesem Falle soll aber die ärztliche Wissenschaft ihr Unvermögen erklären, was sie durch negative Fassung des Gutachtens: z. B. „es liegen nicht genügende Gründe vor,“ oder: „der Glaubwürdigkeit dieser Angabe, dieses Umstandes, dieser Annahme steht nichts, steht Das und Das im Wege,“ oder: „dem Richter muss es überlassen bleiben, Das und Das anzunehmen, Das und Das nicht anzunehmen“ u. s. w., u. s. w. thun kann, und zwar in einer den Richter in der Regel befriedigenden Art und Weise, während ein Möglichkeitsgutachten den Zweifeln des Richters Thür und Thor öffnet.

Die heikelste Sache ist die Abwägung, welche von zwei Möglichkeiten mehr Wahrscheinlichkeitschancen für sich hat, und nur, wenn es der Richter ausdrücklich verlangt, soll man sich auf diese höchst schlüpfrige schiefe Ebene wagen. Auch hier muss vor dem Fehlschlusse gewarnt werden, dass die Möglichkeit, welche mehr Wahrscheinlichkeit für sich hat, in der Schlussfolgerung nicht zur Wahrscheinlichkeit werde, d. h. dass man, wenn A. möglich, A. aber wahrscheinlicher als B. ist, nicht folgere, A. sei wahrscheinlich; denn dass A. wahrscheinlich ist, folgt auch hier noch nicht im entferntesten, wenn seine Wahrscheinlichkeit bloss grösser als B. ist.

4) Nachträgliche Gutachten. Sie kommen sowohl bei den Voruntersuchungen als bei öffentlichen Gerichtssitzungen vor, bei letzteren sogar noch, wenn die ganze Verhandlung bereits geschlossen, Staatsanwalt und Vertheidigung bereits plaidirt haben, unmittelbar, bevor sich Geschworene oder Gerichtshof zur Berathung zurückziehen. Die Schuld, warum nachträgliche Gutachten, namentlich in der Voruntersuchung, verlangt werden, liegt häufig an dem unvollständigen, nicht erschöpfenden Gutachten des Arztes. Doch ist dieses nicht immer der Fall, sondern es verlangen hier der Staatsanwalt, bei öffentlichen Verhandlungen Vorsitzende, Geschworene, Gerichtsbeisitzer, Staatsanwalt, Vertheidiger Aufklärung über Dinge, die ihnen noch unklar sind, präzise Fixirung eines Satzes, einer Behauptung u. s. w., um nicht irre zu gehen. Viel Routine gehört dazu, in dem Kreuzfeuer zwischen Staatsanwaltschaft und

Vertheidigung zu bestehen, deren Einer man selbstverständlich nur zu Gefallen reden kann, daher die Andere nicht selten Suggestivfragen stellt, um das ärztliche Gutachten zum Falle zu bringen. Genaue Kenntniss der Gesetze und ihres Sinnes, Uebung in Führung einer Debatte und in Erkennung der Blößen, welche eine gestellte Frage bietet, Zurückweisung unbefugter oder wissenschaftlich nicht beantwortbarer Fragen, Schärfe des Verstandes und rasche Fassungsgebe, endlich aber auch ein gewisses Selbstvertrauen und eine gewisse Zuversicht sichern in dem Maasse mehr vor Widerspruch und Beschämung, als mehrere der genannten Eigenschaften im Arzte zusammentreffen.

5) Gutachten in der Strafvollzugs- und Begnadigungsinstanz. Sie sind reine Administrativgutachten, hervorgerufen in der Regel durch juristische, (nicht durch ärztliche Erwägungen. In den allermeisten Fällen wird dem Arzte eine formulirte Frage vorgelegt, die er auf rein objektivem Standpunkte zu beantworten, nie aber sich in ausserärztliche Extravaganzen nach dem Gebiete der Rechtspolitik, des Kronrechtes der Gnade, oder nach subjektiven Humanitätsgefühlen zu ergehen hat.

6) Zukunftsgutachten, d. h. reine Prognosen, welcher nicht selten Gerichtshöfe wie Administrativbehörden bedürfen. Es ist bekannt, dass sich Aerzte sehr weigern, solche Prognosen oder Zukunftsdiagnosen zu stellen, in Anbetracht der nicht selten höchst schwankenden Basis für dieselben. Man sei jedoch nicht allzu skrupulös in solchen Gutachten. Die Basis aller solcher Gutachten ist stets der jetzige Stand der Wissenschaft und die jetzige Erfahrung, und niemals kann als Basis die Möglichkeit einer Aenderung des jetzigen Standes von Wissenschaft und Erfahrung dienen.

Es mag nun das Gutachten sein, welches es wolle, ein Präliminar- oder interkurrendes Gutachten, ein Schlussgutachten oder ein Gutachten in der Strafvollzugs- und Begnadigungsinstanz oder endlich ein Prognostikon, — dass es sich niemals über das Gesetz hinwegsetzen dürfe, versteht sich von selbst. Nicht die Wissenschaft braucht sich in das Gesetz zu fügen; denn sie kann niemals in Gesetzesbande eingezwängt werden,

aber der Arzt muss sich fügen, und wenn Wissenschaft und positives Gesetz in Konflikt kommen, ist es Sache der Legislation, einen Ausweg zu finden; nicht aber darf dieses den Arzt berechtigen, das Gesetz zu ignoriren.

7) **Administrativgutachten.** Sie werden fast durchweg nur von Administrativbehörden verlangt, oder wenn auch von Justizbehörden, von diesen in der Eigenschaft als Administrativbehörden. Das Thema der Begutachtung ist stets vorgezeichnet; oft ist auch in bereits vorhandenen Vorarbeiten und Vorakten das Material ganz oder theilweise gegeben. Auch bei diesen Gutachten spielt neben dem ärztlichen Wissen eine gesunde Logik eine grosse Rolle; nicht selten auch sind Opportunitätsgründe, die sich nach Verhältnissen, Lokalitäten, Zeit und Umständen ganz verschieden gestalten, Ausschlag gebend.

Dies waren die Grundsätze, die mich bei Abfassung meiner Gutachten leiteten, und ich darf versichern, dass ich gut mit ihnen gefahren bin.

A. Innerer Physikatsdienst.

Die Organisirung des inneren Dienstes des neu errichteten Stadtgerichtsphysikates im Jahre 1853 in München machte wenig Mühe. Sie erfolgte fast von selbst, indem, nachdem einmal das Physikate der kgl. Haupt- und Residenzstadt sich in ein gerichtliches und polizeiliches geschieden hatte, die Justizbehörden sich von selbst an das k. Stadtgerichtsphysikat, die Administrativbehörden an das k. Polizeiphysikat wendeten. Auch nach geschehener Organisation ergaben sich für den Stadtbezirk links der Isar keine Schwierigkeiten; nur der Dienst bei dem ehemaligen kgl. Kreis- und Stadtgerichte und nunmehrigen k. Bezirksgerichte rechts der Isar bot und bietet noch manche, jedoch nicht wesentliche durch die weite Entfernung des k. Bezirksgerichtsgebäudes rechts der Isar bedingte und eben deswegen nicht zu beseitigende Hindernisse. Das k. Bezirksgerichtsphysikat trat in den Bezug der allen übrigen k. Physikaten bewilligten Regiemittel und erhielt ferner auf meine Anregung einen allen Anforderungen der heutigen

Wissenschaft entsprechenden Sektionsapparat in solcher Vollständigkeit, wie sicher kein Physikat des ganzen Königreiches einen solchen besitzen dürfte. Auch das Kreisamtsblatt der k. Regierung von Oberbayern, der das Bezirksgerichtsphysikat in dienstlicher Beziehung untersteht, ist im Besitze des Physikates; ebenso das als offizielles Organ für die Mittheilungen der k. Oberbehörden an die Physikate des Königreiches dienende „ärztliche Intelligenzblatt, herausgegeben vom ständigen Ausschusse bayerischer Aerzte“. Manche Missbräuche, die sich beim Amtsantritte vorfanden oder während meiner Amtsführung von aussen her einschlichen, wurden ganz oder doch so weit als möglich abgestellt, und kann ich nach dieser Richtung nicht über Mangel an Bereitwilligkeit von Seiten der k. Behörden klagen. Manche Wünsche mussten freilich unerfüllt bleiben, weil sie, wenn man sie vielleicht meiner Person gerne erfüllt hätte, mit dem übrigen Staatshaushalte in Widerspruch oder doch wenigstens nicht recht vereinbar waren, das historische Recht des Herkommens theils nicht für sich, theils gegen sich hatten. Ich habe bei der Gelegenheit gesehen, wie schwer, ja oft unausführbar, es ist, in das Räderwerk der Staatsmaschine oft nur ein Rad anders, geschweige gar ein neues Rad einzusetzen. Obenan steht in dieser Beziehung die Möglichkeit, Schüler heranzubilden, welche Aufgabe mir durch meine Doppelstellung als Universitätslehrer und Ordinarius für Staatsarzneikunde, dann als Arzt des grössten Gerichtsbezirkes des Königreiches so recht eigentlich und ganz hauptsächlich gestellt wäre. Dass ich diese Aufgabe ohne Ermächtigung der höheren k. Behörden nicht erfüllen kann, und dass zu deren Erfüllung manche Anordnungen nöthig werden, die zu treffen ausser meiner Macht liegt, versteht sich von selbst. Die Dysharmonie der Gefühle, — Gefühl von Kraft und Befähigung, etwas leisten zu können und zu wollen, und das Gefühl des Gebundenseins meines Willens, meiner Kraft und Befähigung durch äussere Hindernisse — diese Dysharmonie der Gefühle ist die einzige trübe Wolke, die bezüglich meiner amtlichen Stellung auf meiner Seele lastet.

Es ist überhaupt sehr zu beklagen, dass in allen deutschen Staaten — von ausserdeutschen Staaten spreche ich nicht; denn diese haben es noch nicht einmal zu Physikaten gebracht, und ist das Physikat ein ächt deutsches, aus deutscher Wissenschaftsförderung entsprungenes Institut — noch so wenig Seitens der Staatsgewalten für Heranbildung von Amtsärzten geschieht. Nur Unterschätzung der Wichtigkeit des Institutes der Amtsärzte kann es sein, welche diese Passivität der Staatsregierungen für die Heranbildung ihrer Amtsärzte erklärlich macht. Und bilden doch die Sanitätsbeamten im Staate eine Genossenschaft, deren Wichtigkeit keiner anderen Beamten-genossenschaft in irgend einer Weise nachsteht. Steigt doch der Sanitätsbeamte in der Frage der Ruhestandsetzung von Beamten und Unterstützung ihrer Familien und Relikten dem Staate gerade so in den Geldsäckel, wie der Privatarzt seinem Kranken durch Verschreibung theurer Medikamente und Badereisen; ermöglicht doch der Sanitätsbeamte in unendlich vielen Fällen dem Richter, Recht zu sprechen, und hängt von dem richtigen oder unrichtigen Griffe des Amtsarztes ebenso die Freiheit oder jahrelange Freiheitsstrafe für die Staatsangehörigen ab, wie von dem Privatarzte für den Privatkranken Gesundung oder jahrelanges vielleicht irreparables Siechthum; hängt doch vom Sanitätsbeamten die Erhaltung und im Falle des Verlustes die Wiederherstellung der Volkssanität ab, als wie vom Privatarzte die Erhaltung und Restitution der Gesundheit des Individuums oder der Familie! Und was thut der Staat für die Heranbildung seines Sanitätsbeamtenstandes gegenüber dem, was er für Heranbildung anderer Beamtenkategorien thut? Für andere Beamtenkategorien sorgt er, wenn der junge Mann die Universität verlassen hat, nicht bloss dafür, dass dieser nun praktisch treibe, was er theoretisch an der Universität erlernt hat, sondern er verlangt auch von dem Staatsdienstaspiranten geradezu ein jahrelanges Praktikum, ehe er ihn anstellt. Diesem vortrefflichen Institute des Accessisten-, Praktikanten-, Auskultanten-, Referendarthumes — der Name ist gleichgültig — verdanken alle deutsche Staaten ihren

vortrefflichen Beamtenstand; denn der Jüngere wird vom Aelteren geschult, bis er selbst der Aeltere wird und einen Jüngeren schult, und dieses Geschultwerden und Selbstschulen vermittelt den Uebergang und ist die beste Brücke aus der Zwangsjacke der Schulbänke in das Leben. Das ist es, was der Staat für Heranbildung seiner Staatsdiener thut. Und was thut er nun für Heranbildung seiner Sanitätsbeamten? Er sorgt durch Aufstellung eines eigenen Fachlehrers, dem er, wie in der Neuzeit erst da und dort höchst zweckmässig geschieht, einen Amtsbezirk beilegt, dafür, dass an seinen Universitäten die beiden Hauptabtheilungen der Staatsarzneikunde theoretisch gelehrt werden. Das ist Alles, was der Staat thut; er sorgt nicht einmal an der Universität für ein gerichtsarztliches Practicum *). Als wenn jemals, namentlich im ärztlichen Wissen die Theorie die Praxis ersetzen könnte! Dass natürlich unter solchen Verhältnissen nicht von einer weiteren Ausbildung die Rede ist, versteht sich von selbst. Was mit dem wenigen gerichtsarztlichen Wissen, das der junge Arzt von der Universität mitbringt, geschieht, ist klar: es streift sich ab, bis der Sanitätsdienstesadspirant nach Jahren eine amtliche Stellung als Gerichtsarzt bekommt **), und nun soll Derjenige, der Jahre lang sein Wissen zur Heilung von Privatkranken verwerthet hat, auf einmal es zu ganz anderen Zwecken und in ganz anderer Richtung zu Staatszwecken verwerthen, d. h. er soll alle die vielen und weitläufigen Verordnungen im Gebiete der Medizinalverwaltung, alle Gesetze und ihren Sinn und die Bedürfnisse des Richters, so wie alle Erfordernisse des öffentlichen Sanitätsdienstes kennen, soll wissen, welche sanitätische Anforderungen man an

*) Berlin macht meines Wissens unter allen deutschen Universitäten die einzige Ausnahme, da dort unter der Leitung des trefflichen Casper ein gerichtsarztliches Practicum besteht. Welche Einrichtung an den beiden deutschen Universitäten Oesterreichs besteht weiss ich nicht.

**) Glückliche, wer in Bayern mit 40—45 Jahren nach 20 jährigem Kampfe mit den Elementen auf der sturmbelegten See der ärztlichen Praxis in den Physikathafen einläuft!

Privatgebäude, Schulgebäude, Gefängnisse, Strafanstalten und andere öffentliche Gebäude, an die Qualität der Lebensmittel, an den gesundheitsgemässen Betrieb der Gewerbe machen muss u. s. w. Und wenn nun alles Das der zum Sanitätsbeamten Promovirte nicht weiss, was wird die Folge sein? Entweder er hat Lust und Liebe zu dem Amte und auch das Geschick, sich selbst zu bilden — dann mag es ihm nach einem halben oder ganzen Jahrzehente gelingen, ein tüchtiger Gerichtsarzt zu werden; bis ihm dieses aber gelingt, hat er manche Missgriffe gemacht, manche Blößen gegeben, denn der Dienst muss ihn schulen; er muss Audodidakt werden und sein. Oder aber, er hat keine Lust und Liebe zum Amte, vielleicht auch nicht die Gabe, Audodidakt zu werden — dann bleibt ein solcher Sanitätsbeamter seine Lebtag ein Stümper, eine Plage und eine des Vertrauens entbehrende Person bei dem Gerichte, wo er akkreditirt ist; eine garantielose Person für Jeden, der zur Beurtheilung ihm in die Hände fällt. So viel ist gewiss: das einzige Mittel, einen tüchtigen Sanitätsbeamtenstand heranzubilden, besteht in der Ueberpflanzung desjenigen Institutes auf das Physikate, das für die Heranbildung anderer Beamtenkategorien so bewährte und treffliche Dienste leistet. Geschieht dieses nicht, so wird es stets einzelne tüchtige Gerichtsärzte geben, die sich aus sich selbst herausbilden; die Masse der Gerichtsärzte wird aber Manches zu wünschen übrig lassen. Nicht das Amt soll den Mann schulen, wenn er bereits im Amte ist, sondern er soll geschult das Amt anstreben: dann wird er ein tüchtiger Beamter.

B. Aeusserer Physikats-Dienst.

I. Diagnosen an menschlichen Objekten.

1) Diagnosen an Lebenden.

a) Diagnosen auf somatischer Basis.

Was körperlich diagnostizirt werden soll, muss sich objektiv durch Symptome offenbaren. Sind diese Symptome vorhanden, klar vorhanden, so ist die Diagnose bejahend

gesichert. Fehlen diese Symptome, so ist die Diagnose der Nichtexistenz des fraglichen Zustandes nur in dem Falle gesichert, wenn derselbe, sobald er überhaupt vorhanden ist, sich jedenfalls durch Symptome kundgibt. Es gibt aber auch körperliche (Gefühls-) Zustände, die sich nicht für dritte Personen objektiv kundgeben. Für solche Zustände ist die Abwesenheit objektiver Symptome kein Beweis ihrer Nichtexistenz, d. h. es ist ihre Existenz oder Nichtexistenz überhaupt der objektiven Erforschung entzogen. Ich mache auf diesen Grundsatz deshalb aufmerksam, weil so häufig in der gerichtsarztlichen Praxis dagegen gefehlt wird.

α) Lebensalters-Diagnosen.

Lebensalters-Diagnosen an Lebenden zu stellen, kam nur ein Mal vor. Es handelte sich um die Frage, ob das (ausgesetzte) Kind ein neugeborenes sei, welche Frage bejaht werden musste.

β) Diagnosen der Integrität des Körpers.

$\alpha\alpha$) Wundschauen im engeren Sinne des Wortes.

Die Feststellung der Integritätsverletzung des menschlichen Körpers fällt zusammen mit der juristischen Feststellung des Thatbestandes der Körperverletzung, und erfordert selbstverständlich auch die Feststellung des endlichen Ausganges der Verletzung. Wundschauen sind und werden daher für alle Zukunft zu den häufigsten Geschäften amtsärztlicher Thätigkeit gehören. Ich habe solcher Wundschauen und wiederholter Wundschauen 215 gemacht. Die Wundschau ist eine Augenscheinsaufnahme, und jede Augenscheinsaufnahme erfordert, dass das aufzunehmende Objekt nach allen seinen physisch-wahrnehmbaren Merkmalen erforscht werde. Es müssen diese verzeichnet werden, und mehr darf nicht verzeichnet werden. In das das Ergebniss der Wundschau enthaltende Aktenstück gehört kein Urtheil, kein Schluss; diese gehören vielmehr in das Gutachten, wo der Ort und die Zeit ist, das zu verwerthen, was die Untersuchung zu Tage förderte.

Was den Werth der primitiven Wundschauen für den

Richter und den Gerichtsarzt betrifft, d. h. jener Wundschauen, die kürzere oder längere Zeit nach der Verletzung, aber vor Ablauf ihrer schliesslichen Folgen, vorgenommen werden, so ist dieselbe meines Erachtens für beide Theile nicht hoch anzuschlagen, und zwar aus folgenden Gründen:

1) Für den Richter muss es unbestreitbar Werth haben, konstatirt zu wissen, dass eine Körperverletzung geschehen, welcher Körpertheil verletzt wurde und wie. Wer ihm aber diese drei Punkte konstatirt, ob der Gerichtsarzt oder ein Anderer, der die Befähigung dazu hat, kann dem Richter einerlei sein. Uebernimmt daher ein vom Staate zur Praxis befugter Arzt, der ohnedies, wie in Criminalibus üblich, stets beeidigt wird, die Behandlung des Kranken, so ist die Konstatirung durch diese Persönlichkeit gerade so viel, wie durch den ein für allemal beeidigten Gerichtsarzt, wenn man nicht den Grundsatz aufstellen will, dass der Amtseid des Gerichtsarztes mehr Werth habe, als der des ad hoc beeidigten praktischen Arztes, oder dass der Gerichtsarzt deswegen, weil er Gerichtsarzt, mehr wisse, als der praktische Arzt, der nicht Gerichtsarzt.

2) Die Konstatirung einer Verletzung in ihrem ganzen Umfange ist nur im ersten Augenblicke nachher möglich, und wenn es möglich wäre, dass bei jeder Körperverletzung in dem Augenblicke, wo sie geschieht, ein Amtsarzt zur Seite stände, dann würde eine solche Konstatirung noch einen Sinn haben. Da aber für gewöhnlich auf dem sogenannten Geschäftswege 2, 3, 4, ja meinen Erfahrungen zufolge selbst 8, 10 und 12 Tage vergehen, bis die Verletzung zur Kenntniss des Gerichtes kommt, da bis dorthin der Verletzte (Verwundete) verbunden und besorgt, jedenfalls aber selbst, wenn dies, was kaum denkbar, nicht der Fall sein sollte, der Stand der Wunde sich wesentlich verändert hat, so verliert eine in solcher Zeit vorgenommene Wundschau allen Werth, ja sie kann nicht einmal das mehr konstatiren, was man von ihr fordert, weil über dem Rechtszwecke die Rücksicht für den Verwundeten steht, dessen Verband der Gerichtsarzt nicht lüften, dessen Wunde er nicht bloßlegen, nicht sondiren darf. Ich frage, was ist dem

Richter und dem Gerichtsarzte mit einer Wundschau gedient, wo die Kommission zum Kranken kommt und der Gerichtsarzt zu Protokoll diktirt, dass man vernommen habe, der Beschädigte habe einen Beinbruch, man habe den Fuss wirklich bandagirt gefunden, aber aus Rücksicht für den Kranken den Verband nicht geöffnet, wie ich solche kommissionellen Wundschauen am Anfange meiner Amtsführung nach Dutzenden gemacht habe? Dass der Beschädigte einen Beinbruch hat, erfahren wir ja auch ohne Kommission vom behandelnden Arzte, dessen abzulegendem Eide wir nolens volens glauben müssen, nachdem wir uns nicht mehr überzeugen durften und konnten, dass der Hieselsepp sein Bein gebrochen habe.

Aus diesen Gründen trachte ich stets darnach, Wundschauen so wenig als nur immer dem Gesetze nach und ohne Vereitelung der Rechtspflege möglich, zu machen, und ist mir dieses auch so weit gelungen, dass bei den k. Bezirksgerichten links und rechts der Isar äusserst wenig Wundschauen mehr gemacht werden.

Offenbar mehr Werth als diese Wundschauen haben die Besichtigungen des Verletzten nach Ablauf der Krankheit. Hier genügt die Bestätigung des behandelnden Arztes, dass Damnifikat wieder gesund sei, nicht unbedingt, weil der praktische Arzt die Begriffe von Gesundheit und Berufstüchtigkeit ausserordentlich häufig ganz anders deutet, als sie, dem Gesetze gegenüber, gedeutet werden müssen. Der populär-ärztliche Begriff und auch der Krankenhaus-Begriff von Gesundheit und Krankheit nennt den Kranken gesund, wenn er, vollständig in die Rekonvaleszenz getreten, kein Gegenstand besonderer ärztlicher Ueberwachung ist, und Krankenhäuser entlassen sogar absichtlich und mit Recht ihre Pfleglinge in solchem Rekonvaleszenzstadium, weil die Rekonvaleszenz ausserhalb des Krankenhauses viel rascher vor sich geht, als innerhalb. Der gerichtsärztliche Begriff von Gesundung muss aber ganz wesentlich die Befähigung zur Uebernahme der gewohnten Berufsgeschäfte in sich fassen, welche Befähigung mit dem Eintritte in die

volle Rekonvaleszenz keinesweges immer in vollem Maasse bereits vorhanden ist, sondern sehr oft erst anfängt. Der ärztliche und Krankenhausbegriff von Gesundheit nimmt ferner auf die nothwendigen oder zufälligen Ausgänge einer Verletzung oft gar keine Rücksicht, und nennt den Menschen gerne gesund, wenn die akuten Störungen des Allgemeinbefindens gewichen sind, auch wenn z. B. eine Verkürzung des Fusses, eine Anchylose, eine Parese u. s. w. zurückgeblieben ist, — Dinge, die aber für den Richter von sehr wesentlichem Belange sind, weil sie auf das Strafmaass den grössten Einfluss üben. Dies die Gründe, warum das Ende der durch die Verletzung heraufbeschworenen pathologischen Zustände und die Art und Weise ihrer Beendigung gerichtsärztlich konstatirt werden muss, und weshalb ich selbst bei beiden k. Bezirksgerichten, bei denen ich akkreditirt bin, stets bei jeder nur einigermaßen erheblichen Körperverletzung auf eine Finalbesichtigung dringe.

Diagnosen der Entstehungsweise von Verletzungen.

Zu wissen, wie eine Verletzung entstanden, ist für den Richter von Wichtigkeit zur Ermittlung ihrer dolosen oder zufälligen Entstehung, zur Ermittlung ihrer Thäterschaft, z. B. bei Raufexzessen zwischen mehr als Zweien, endlich zur Ausmittlung der Absicht des Thäters, zur Strafmessung für den oder die Thäter. Die Wissenschaft des Arztes kann hier mächtig der Rechtspflege unter die Arme greifen. Die Rückschlüsse auf das verletzende Werkzeug, als wie die ärztliche Wissenschaft in diesem Punkte die Rechtspflege unterstützen kann, ergeben sich aus der Wundform oder der Form der Spuren, die die Verletzung hinterlässt (in der Regel Narbenform). Die Rückschlüsse können manchmal mit Gewissheit, manchmal mit Wahrscheinlichkeit, manchmal gar nicht, gezogen werden.

Solcher Diagnosen stellte ich 42.

ββ) Virginitäts-Diagnosen.

Dergleichen Diagnosen kamen bei 26 Individuen vor. Stets war der Zweck ein kriminalrechtlicher, und handelte

es sich um Verführung von Kindern unter zwölf Jahren zur Unzucht (22 Fälle) und um Nothzucht Erwachsener (4 Fälle). Als Curiosum bemerke ich, dass 2 Fälle von Missbrauch kleiner Knaben von zwei und vier Jahren vorkamen, jedoch so spät nach dem angeblichen Missbrauche, dass nichts mehr entdeckt werden konnte. Nicht minder eigenthümlich war ein Fall, wo die Virginitätsdiagnose vom Richter zum Zwecke der Fixirung des Glaubwürdigkeitsgrades von Angaben einer des Diebstahles Angeschuldigten verlangt wurde. In einem Falle schlug die Diagnose mehr die Richtung ein, ob aus den Geschlechtstheilen einer zur Zeit der angeblichen Nothzucht bereits Deflorirten sich schliessen lasse, dass sie das Hurengewerbe treibe oder nicht — eine Frage, die selbstverständlich nur dahin gerichtet sein und beantwortet werden konnte, ob sie schon öfter kohabitirt haben möge oder nicht. Auch in einem anderen Falle warf sich die Frage auf, ob nicht schon vor der behaupteten Nothzucht Kohabitation geschehen sein möge, — eine Frage, zu deren Lösung die Wissenschaft in concreto blutwenig beitragen konnte.

Wer in der Lage war, derlei Diagnosen stellen zu sollen, wird mir deren Schwierigkeit zugestehen. Die ursprünglich wandelbare Bildung der einzelnen Theile des Genitalapparates und die eben so vielgestaltige Umwandlung nach Art und Weise des Vollzuges der Begattung, — der Umstand, dass auch der Missbrauch anderer Dilatatorien, als der Penis ist, dieselben Umwandlungen erzeugt, bedingen die diagnostischen Schwierigkeiten. Nur in 11 Fällen konnte die Diagnose gestellt werden, dass ein oder kein Dilatorium auf die Hymenalöffnung gewirkt habe; in 13 Fällen blieb die Diagnose ungewiss.

Art des Geschlechts-Missbrauches.

1) Diagnosen unfreiwilliger unerzwungener Unzucht und widernatürlicher Wollust.

Was unfreiwillige unerzwungene Wollust ist, bestimmt das Gesetz; es nennt so jeden Missbrauch einer Person unter Zuhülfenahme arglistiger Betäubung ihrer Sinne, so wie jeden Beischlaf mit einem Mädchen unter zwölf Jahren.

Was der Gesetzgeber unter widernatürlicher Wollust verstanden wissen wollte, sagt er nur zum Theile: er nannte nämlich jede an einer Mannsperson zur Befriedigung sinnlicher Lust verübte Gewaltthat so, und spricht aber auch davon, dass dieses Reat an einem Mädchen geschehen könne, ohne zu präzisiren, was widernatürliche Wollust sei. Es mag der Wissenschaft des Arztes der Versuch gestattet sein, ob sie diesen Begriff definiren könne oder nicht.

Der gemeine Sprachgebrauch setzt die widernatürliche Wollust der naturgemässen Befriedigung des Geschlechtstriebes durch den normalen Beischlaf gegenüber, ohne jedoch sich klar bewusst zu sein, welche Tragweite dieser Gegensatz in seinen äussersten Konsequenzen habe. Diese populäre Begriffsbestimmung kann deshalb schon nicht genügen, weil sie keinesweges genau präzisirt, was denn, sondern nur negativ, was nicht unter widernatürlicher Wollust verstanden sein wolle, und weil es dem Geschmacke des Einzelnen überlassen bleiben muss, wann und wie er seinen Geschlechtstrieb befriedigt wissen will. Der A. raubt einem Mädchen einen Kuss, der B. umfängt ein Mädchen mit der Hand und drückt aussen über die Kleider ihre Brust; der C. langt einem Mädchen unter den Rock. Jeder dieser drei erachtet sich für befriedigt und verlangt seine augenblickliche Opportunität gar nicht mehr. Das und ähnliche Dinge mögen gegen Anstand und Sittlichkeit verstossende Handlungen und als solche vielleicht theilweise Gegenstände polizeilicher Kognition sein, aber strafrechtliche Reate sind sie nicht, denn sie zielen nur entfernt auf Befriedigung des Geschlechtstriebes ab. Soll die unsittliche Handlung den Stempel eines von den Strafgesetzen zu verfolgenden Reates tragen, so gehört mehr dazu, als dass sie nur entfernt auf Befriedigung des Geschlechtstriebes abzielen dürfe; sie muss eine zunächst dahin abzielende sein, und dies ist der Fall, wenn die Geschlechtstheile der missbrauchenden oder missbrauchten Person irgendwie, nur nicht so, wie ihr gewöhnlicher Gebrauch ist, gebraucht werden, und dieses Gebrauchen auf andere als gewöhnliche Art ist es, was der unsittlichen

Handlung den Stempel eines strafrechtlichen Reates gibt. Demgemäss wäre widernatürliche Wollust: jeder Gebrauch der Geschlechtstheile der missbrauchenden oder missbrauchten Person auf andere, als gewöhnliche, d. h. naturgemässe Weise.

Untersuchungen über unfreiwillige und unerzwungene Unzucht und widernatürliche Wollust kamen 18 vor. Es versteht sich von selbst, dass alle solche Fälle, welche sich auf blosse Spielereien mit Fingern, Penis, Zunge an den Geschlechtstheilen beschränkten, weil keine objektiven Symptome ihres Geschehenseins hinterlassend, durch ärztliche Wissenschaft keine Förderung mittelst Untersuchung des Objektes theilhaftig werden konnten. Selbst jene Fälle, in denen Verdacht einer Dilatation der Hymenalöffnung gegeben war, konnten nicht direkt durch ärztliche Beihilfe gefördert werden, sondern nur indirekt durch Abgabe des Gutachtens, dass der Verdacht zwar vorliege, aber dahingestellt zu bleiben habe, wodurch und wie die Dilatation, wenn eine solche geschehen, herbeigeführt worden. Von Irrumation kam nur 1 Fall, von den übrigen Arten widernatürlicher Wollust gar kein Fall vor.

2) Nothzuchtsdiagnosen.

Es gehört ausserordentlich viel dazu, geschehene Nothzucht objektiv zu beweisen. Vor Allem ist nothwendig, dass sofort das Reat zur Kenntniss der Gerichtsbehörden komme, damit die Zeichen geschehener Gewalt an der Missbrauchten und dem Thäter konstatirt werden können. Je intensiver diese Zeichen geschehener Gewalt einerseits und geleisteten Widerstandes andererseits hervortreten, auf um so sicherere Basis wird sich der ärztliche Nachweis stellen können. Da jedoch in den allermeisten Fällen derlei Gesetzesübertretungen längere oder kürzere Zeit, oft erst in sehr langer Zeit nachher, zur Kenntniss der Gerichtsbehörden kommen, so fällt auch in den allermeisten Fällen die Möglichkeit einer ergiebigen Beihilfe der ärztlichen Wissenschaft für den Untersuchungszweck hinweg. Es erübrigt dann nur noch, nach allgemeinen Grundsätzen den Fall zu beur-

theilen, und lassen sich alle Nothzuchtsfälle, den seltenen Fall einer Ertappung in flagranti abgerechnet, in zwei grosse Klassen reihen:

a) Nothzucht durch blosses Uebergewicht körperlicher Gewalt nach physischer Ermüdung der Missbrauchten. Steht hier bloss Individuum gegen Individuum, Mann gegen Weib, so muss die gegenseitige Körperkraft abgewogen werden. Es gehört ausserordentlich viel dazu, bis die der Körperkraft des Mannes so sehr die des Weibes überwiegt, dass dieses in Folge physischer Ermüdung sich preisgeben gezwungen ist. Fast gar nie wird die Wissenschaft, weil die Körperkraft etwas Immaterielles, nur zum Theile objektiv sich Kundgebendes ist, im Stande sein, einen direkten Nachweis zu liefern. Fast stets wird sie sich in der Lage befinden, sich keine objektive Ueberzeugung bilden zu können, vielmehr dem Richter überlassen müssen, sich eine moralische zu bilden, und höchstens kann sie es dahin bringen, diese vom Richter zu bildende moralische Ueberzeugung ihrerseits zu stützen oder nicht zu stützen. Mehr kann auch wenn eine solche

b) die Wissenschaft nicht leisten bei der zweiten Reihe von Nothzuchtsfällen, wobei der Nothzüchter psychische Hebelkräfte: Furcht, Schrecken, Angst, Ueberraschung zur Erreichung seines Zweckes in Wirksamkeit setzt. Hier kommt ausser dem somatischen Elemente auch noch das psychische der beiden auf den Schauplatz getretenen Personen in Betracht; ja, das psychische Element überwiegt nicht selten das somatische der Art, dass durch ersteres allein die Durchführung der That, so wie sie geschieht oder geschehen sein soll, möglich ist.

Nothzuchtdiagnosen stellte ich 11; in keinem dieser Fälle konnte die technische Wissenschaft das angeblich geschehene Real so weit substantziren, dass eine richterliche Verfolgung der Sache möglich gewesen wäre; sämtliche Untersuchungen wurden eingestellt.

Bei Nothzuchtuntersuchungen kommt in den meisten Fällen dem Richter darauf an, die ganze Persönlichkeit der angeblich Genothzüchtigten, namentlich ihre Glaubwürdigkeit, möglichst genau kennen zu lernen. Alles, was zur

Erweiterung und Vervollständigung der dem Richter nöthigen Kenntniss beiträgt, ist ihm im höchsten Grade willkommen. In diesem Punkte kann der Arzt durch seine bei Untersuchung des Genitalapparates zu machenden Beobachtungen dem Richter wesentlich unter die Arme greifen. Die Untersuchung des Genitalapparates wird für jedes noch Schamgefühl habendes, wenn auch genothzüchtigtes, Mädchen schon durch die Anstössigkeit der Körperstellung, die eine so diffizile Frage, wie die Nothzuchtsfrage erheischt, sehr peinlich. Ob sich die angeblich Genothzüchtigte bereitwillig oder nicht bereitwillig in die ihr angetragene Lokalinspektion fügt, wie ihr ganzes Verhalten vor, bei und nach derselben ist, sind Dinge von der grössten Wichtigkeit. Feine Menschenkenntniss und Beobachtungsgabe, scharfe Beobachtung der angeblichen Damnifikatin, müssen den Arzt leiten. Ich kann versichern, dass wiederholt die Richter über meine, nach dieser Richtung hin gepflogenen Wahrnehmungen mir höchst dankbar waren und mehr als eine Nothzuchtsuntersuchung, die eingeleitet war, fiel nur deshalb und wurde nur deshalb eingestellt, weil meine bei Gelegenheit der Lokalinspektion nach dieser Richtung hin gemachten Wahrnehmungen nicht zu Gunsten der angeblich Genothzüchteten sprachen.

γ) Diagnosen weiblicher Geschlechtszustände.

αα) Diagnosen des Konzeptionstermines.

Sie kamen bloss 7 mal bei Untersuchungen wegen Kindestödtung vor.

ββ) Schwangerschaftsdiagnosen.

Sie wurden in 47 Fällen nöthig und erforderten 36 mal die betreffende geburtshilfliche Exploration. Der dabei obschwebende Zweck war ein sehr verschiedener: sehr oft ein rein administrativer, betreffend die Frage ihrer Existenz und Nichtexistenz wegen Verhaftungsfähigkeit und Haftfortdauer, der Möglichkeit, vor Gericht als Zeugin zu erscheinen, der Ablieferungsfähigkeit an eine Strafanstalt und in ein Gebärhaus; oder bis wann das Eine oder das Andere zu geschehen habe; endlich auch bei Anschuldigungen der

Fruchtabtreibung und verheimlichter Geburt, wie weit die Schwangerschaft vorgerückt gewesen sein möge. In dieser letzteren Beziehung empfehle ich in Anbetracht der höchst verschiedenen Gestaltung der Erscheinungen, welche die Schwangerschaft, je nach der Zeit, bis wohin sie vorge-schritten, je nach Alter, Konstitution, Körperbeschaffenheit, Zahl der vorausgegangenen Geburten, und je nach dem Zeitraume, der seit der muthmasslichen Geburt bereits ver-flossen, dem weiblichen Körper eingeprägt, grosse Vorsicht. Man muss sich im Gutachten, das sehr oft ein Initialgut-achten ist, grossen Spielraum lassen, wenn man nicht bei späterer Auffindung der Kindesleiche oder allenfallsigen spon-tanen Geständnissen der Mutter Gefahr laufen will, eine fal-sche Diagnose gestellt zu haben. Diese Gefahr wird um so grösser, je enger man sich selbst die Diagnose stellte.

77) Geburtsdiagnosen.

Geburtsdiagnosen wurden 43 mal von mir verlangt und erheischten 21 mal die hebärztliche Untersuchung. Einmal nur war die Frage so gestellt, ob die Person jetzt nieder-komme; es handelte sich um eine vor das Schwurgericht verwiesene Schwangere, welche nach bereits zuvor mit dem k. Schwurgerichtspräsidenten gepflogenen Uebereinkom-men mit dem Eintritte der Wehen in die Gebäranstalt sollte abgeliefert werden. In allen anderen Fällen handelte es sich um die Frage: wann die Niederkunft stattfinden werde, oder ob eine Geburt stattgefunden habe, oder nicht, und wenn ja: Wann? Die erstere Frage zielte immer darauf ab, ob die Person und bis wann vor Gericht gestellt werden könne, bis wann sie temporär der Haft zu entlassen, in eine Gebär- oder Strafanstalt abgegeben werden könne. Grundsätze geburtshilflicher Doktrin sind hier maassgebend. Schwieriger ist schon in manchen Fällen die Lösung der Frage, ob eine Geburt geschehen, oder nicht? In dem Maasse als die Schwangerschaft vorzeitig geendet wurde und auch bereits mehr Zeit seit der gemuthmassten Geburt verflossen ist, wächst die Schwierigkeit und ist ganz unüberwindlich, wenn erst nach langer Zeit — meinen amtlichen Erfahrungen

zufolge selbst noch nach Umlauf von einem Paar Jahren — die Frage gestellt wird, ob ein Abortus von allenfalls einem Paar Monaten geschehen. Am schwierigsten ist der Rückschluss aus dem Kinde auf die Niederkunftszeit des Weibes, — eine Frage, die sich stets im Anfange der Untersuchung zur Ausmittlung der Mutter aufwirft, wenn ein Kind — gleichgültig ob lebend oder todt — gefunden wird, zu dem keine Mutter vorhanden ist. Nur wenn sich die Zeichen der Neugeburt mit Evidenz an der noch frischen Kindesleiche oder dem lebenden Kinde vorfinden, bieten sich keine Schwierigkeiten; wohl aber, wenn alles Das nicht mehr der Fall, und in dem Maasse immer mehr, als die Fäulniss der Leiche bereits Fortschritte gemacht hat. In diesem letzteren Falle häufen sich die Schwierigkeiten deshalb so sehr, weil bekanntlich die den Leichnam umgebenden Medien je nach ihrer Verschiedenheit so ausserordentlich verschieden auf die rascheren oder langsameren Fortschritte der Fäulniss einwirken, und es im ersten Augenblicke der Auffindung einer solchen Kindesleiche keinesweges bekannt ist, was mit dieser Leiche in der Zwischenzeit von ihrer Geburt bis zu ihrer Auffindung Alles geschehen und in welchen Medien sie gelegen habe. Es leuchtet von selbst nämlich ein, dass aus dem Medium, in dem die Leiche bei ihrer Auffindung gelegen, keinesweges der Schluss gezogen werden dürfe, die Leiche habe stets in diesem Medium gelegen. Ich empfehle sehr, in dem über die Zeit der Geburt abzugebenden Gutachten sich ja einen weiten Zeitraum zu stecken, innerhalb dessen man die geschehene Geburt hinein verlegt. Es ist freilich richtig, dass, je weiter man diesen Zeitraum steckt, man um so mehr den Polizeibehörden die Auffindung der Mutter erschwert; je enger man aber den Zeitraum steckt, um so mehr setzt man die nachforschenden Polizeibehörden ebenfalls der Gefahr aus, die Mutter nicht zu entdecken, weil, je enger man den Zeitraum steckt, man ärztlicherseits Gefahr läuft, die Grenzen zu eng gesteckt zu haben, so dass die Geburt bereits vor dem Zeitpunkte der Grenzabsteckung geschehen sein möge.

Fruchtabtreibungsdiagnosen.

Solcher Gutachten kamen 9 vor. Sie lieferten stets ein negatives Resultat, indem die gebotenen Anhaltspunkte entweder ganz irrelevant oder zu geringfügig waren, um ärztlicherseits zu einem anderen Schlusse als zu dem zu kommen, dass keine oder doch nicht ausreichende Gründe zur Annahme einer Fruchtabtreibung vorlägen. Der Grund der äusserst geringfügigen kaum über null anschlagbaren Unterstützung, welche in diesem Punkte die Wissenschaft des Arztes der Rechtspflege bieten kann, liegt darin, dass die Gründe für den Eintritt des Abortus unzählige, zu einem grossen Theile der objektiven Erforschung gar nicht zugänglich sind, und weil die Wirksamkeit der beim Volke als Abortiva renommirten Mittel in den Augen des Arztes mehr als zweifelhaft ist. Der Volksglaube ist oft nur ein blinder wie z. B. in München und Umgegend vom sogenannten Schleifsteinwasser, d. h. von jenem Wasser, das sich unten in den Behältnissen, worauf Scheerenschleifer, Zimmerleute, Tischler u. s. w. ihre Werkzeuge schärfen, befindet, angenommen wird, dass es abortive Eigenschaften besitze.

δδ) Wochenbettsdiagnosen.

Solcher kamen nur 11 vor. Dass sie um so leichter zu stellen sind, je früher sie verlangt werden, versteht sich von selbst!

εε) Laktationsdiagnosen.

Solcher Diagnosen kamen 25 vor, und zwar stets in der Richtung, ob Stillende verhaftet, d. h. ohne Nachtheil für das Kind von diesem getrennt werden können — eine Frage, die ich Angesichts der Thatsache, dass jährlich viele Tausende von Kindern, die erhalten werden könnten, nur deswegen zu Grunde gehen, weil sie, von der Mutterbrust genommen, bei sogenannten Kostfrauen einem elenden Tode anheimfallen, stets verneinte, sobald es sich um die eigene Mutter des Kindes handelte. Dieses hat nämlich ein unzweifelhaftes Anrecht auf seiner Mutter Brust, dessen es nur verlustig werden kann, wenn Humanitätsrücksichten und formelles Recht nicht in Einklang gebracht werden können.

So lange beiden Rücksichten Rechnung getragen werden kann, haben die Rechtsfordernisse den Humanitätsfordernissen zu weichen. Es war dies der einzige Punkt, wo man mir den Vorwurf machte, ich hemme den Gang der Rechtspflege, und wo deren Vertreter scheinbar auf mich blickten; doch liess ich mich dadurch nicht irre machen. Der Jurist, der das Loos solcher armen Kinder nie mit eigenen Augen gesehen hat und gar keine Ahnung von dem Elende solcher Kinder hat, dem in seiner Starrheit, die sein Beruf so häufig mit sich bringt, die Gerechtigkeit nicht selten über Alles geht, und der Arzt, der sich kaum je zu solcher Starrheit emporschwingen kann — Beide stehen in diesem Punkte auf einem so entgegengesetzten Standpunkte, dass eine Ausgleichung der Ansichten unmöglich wird.

Einen ganz anderen Gesichtspunkt bekommt die Frage, wenn es sich um die Verhaftung einer Amme handelt. Hier fällt die Rücksicht für das Ammenkind ganz hinweg, dessen Rechte von seiner Mutter bereits aufgegeben wurden, und gerade die Nanni oder die Marie zur Amme zu haben, auf diese konkrete Persönlichkeit hat das Kind und die Familie, dem und der die Nanni oder die Marie als Amme dient, gar kein Recht. Ein erheblicher Nachtheil erwächst aus dem Wechsel der Amme für das Kind erfahrungsgemäss nicht, und nur durch plötzliche Hinwegnahme der Amme könnte dem Kinde dadurch Schaden entstehen, dass es momentan keine Amme hat, oder wenigstens keine taugliche; denn gute Ammen sind bekanntlich schwer zu finden. Wird, wenn es anders die Beschaffenheit des konkreten Falles gesetzlich zulässt, in solchen Fällen der Familie ein Zeitraum von 6, 8 oder 10 Tagen gestellt, um sich nach einer anderen Amme umsehen zu können, so ist allen Rücksichten für das saugende Kind Rechnung getragen.

δ) Diagnosen zum Zwecke der Aufnahme in eine Lebensversicherungsanstalt.

Solcher Diagnosen kamen 7 vor. Es ist der augenblickliche Gesundheitszustand, der zu berücksichtigen ist.

Gleiches gilt
 ε) von den Diagnosen zum Zwecke der Aufnahme
 in ein Erziehungsinstitut,
 deren ich 8 stellte.

ζ) Syphilis-Diagnosen.
 Es kamen 6 der Zahl nach vor. Einmal handelte es
 sich um die Frage, wer den Anderen angesteckt habe —
 eine Frage, die, weil beide Theile frische Syphilis hatten,
 nicht gelöst werden konnte.

η) Diagnosen zum Zwecke psychologischer Gut-
 achten.

Dieser Zweck benötigte die Stellung von 6 Diagnosen.

θ) Diagnosen zum Zwecke der Aufnahme in's
 Krankenhaus.

Solcher Diagnosen kamen 2 vor, bei Freigesprochenen,
 die wegen körperlichen Leiden von der Befugniss, frei in
 ihre Heimath zurückkehren zu dürfen, keinen Gebrauch
 machen konnten.

ι) Diagnose zum Zwecke der Krankenpflege.
 1 Diagnose bei der Frage, ob ein aus einer öffent-
 lichen Kasse Verpflegtwerdender eines männlichen Wärters
 bedürfe. Bejahung der Frage, weil der Kranke periodische
 Tobsuchtanfälle hatte.

κ) Diagnose bei Kindesaussetzung.
 Die Frage, ob dem Kinde aus der Aussetzung ein Nach-
 theil erwuchs, warf sich 4 Mal auf, erforderte aber nur 1 Mal
 die Besichtigung des Kindes.

λ) Diagnosen zum Zwecke sanitätspolizeilicher
 Maassregeln.

In 6 Fällen ertheilte ich dem k. Polizeiphysikate Kennt-
 niss von der Nothwendigkeit sanitätspolizeilicher Ueber-
 wachung von Persönlichkeiten.

μ) Diagnosen zum Zwecke juristischer Fest-
 stellung des Mordes.

Ein Kettensträfling gestand 2 Morde. Als Motiv des
 Geständnisses gab er die schlechte Verköstigung in der

Strafanstalt an. Der k. Untersuchungsrichter fragte, ob aus dem Aussehen des Sträflinges die Glaubwürdigkeit der Behauptung bezüglich der Kost hervorgehe. Ich lehnte dieses Ansinnen ab, da so weit selbstverständlich die Leistungsfähigkeit der Wissenschaft nicht geht.

ν) Impfungsdiagnosen.

Diagnose geschehener Impfung wurde 2 Mal verlangt.

ξ) Diagnosen zum Zwecke der Feststellung ärztlicher Deserviten.

Kam nur 1 Mal vor, wo von Seiten des Kranken die Honorirung wegen angeblich kunstwidriger Heilung verweigert und eine Untersuchung des jetzigen Gesundheitszustandes des die Zahlung verweigernden Theiles nöthig wurde.

ο) Leistungsfähigkeitsdiagnosen.

Gutachten über die Leistungsfähigkeit des Individuums kommen ausserordentlich oft vor und bilden einen sehr beträchtlichen Theil gerichtsärztlicher Thätigkeit. Zwei Punkte kommen dabei in Rechnung:

a) die Qualität der Leistung, um die es sich handelt; und

b) die ganze [geistige und körperliche] Individualität Desjenigen, von dem die Leistung gefordert wird.

Die geforderte Leistung liegt ferner

a) entweder in der Vergangenheit und dann lautet die Frage: ob der Hanns Peter Das und Das habe leisten können, wenn er es angeblich geleistet hat, oder hatte leisten können, wenn er es nicht leistete, aber hätte leisten sollen.

Oder die geforderte Leistung liegt

b) In der Gegenwart, und dann lautet die Frage: ob Hans Peter Das und Das leisten kann? Oder aber

c) die geforderte Leistung liegt in der Zukunft und dann lautet die Frage: ob Hans Peter Das und Das werde leisten können?

Qualität der Leistung und Qualität der Individualität müssen gegenseitig abgewogen werden. Da aber für diese Abwägung kein stoffliches Maass und Gewicht zu Gebote steht, vielmehr Maass und Gewicht sehr oft dem subjektivi-

ven Arbitrium des Arztes anheimgestellt sind, so folgt daraus:

a) dass nur in der Minderzahl der Fälle, wo die Qualität der geforderten Leistung sehr geringfügig gegen die Qualität der Person, oder die Qualität des Individuums sehr geringfügig gegen die Qualität der geforderten Leistung ist, der Arzt sich ein objektives affirmatives oder negatives Urtheil bilden kann; dass dagegen

b) der Arzt in einer grossen Zahl der Fälle, wo die beiden in Rechnung zu setzenden Faktoren sich mehr oder weniger die Wage halten, sich nicht in der Lage befindet, eine objektive Ueberzeugung zu schöpfen, und er die Befähigung des Individuums zur geforderten Leistung dahingestellt lassen muss, oder die behauptete oder widersprochene Leistungsfähigkeit ärztlicherseits nicht widersprechen und nicht bestätigen kann; dass endlich

c) dem Arzte bei in der Zukunft liegenden Leistungen nie zum Vorwurfe gemacht werden darf, wenn die Probe (thatsächliche Leistung oder thatsächliche Nichtleistung) nicht auf die Rechnung (ärztliches Gutachten oder Prognose über die Befähigung zu einer künftigen Leistung) passt.

αα) Geschlechtsfähigkeitsdiagnosen.

Dass solche Diagnosen jedesmal die vorherige Untersuchung der Person, in specie ihres Genitalapparates, erfordern, versteht sich von selbst. Untersucht wurden nach dieser Richtung hin 23 Personen. Der Zweck war bei 9 Personen ein kriminalrechtlicher [Untersuchungen auf Missbrauch privatrechtlicher Gewalt, Nothzucht, unfreiwillige unerzwungene Unzucht] und die Objekte der Untersuchung stets männlichen Geschlechtes. Die Präsomption, von der ausgegangen werden muss, besteht immer darin, dass der Mann in noch guten Jahren begattungsfähig, eventuell auch zeugungsfähig sei; seine in solchen Untersuchungen stets gegentheilige Behauptung ist daher so lange zu bezweifeln, als nicht objektive Gründe ihr zur Seite stehen. Da jedoch einerseits nicht bloss im höheren Alter die Begattungsfähigkeit beim Manne nicht nothwendig schwindet, wohl aber

andererseits schon bei Männern erst mittleren Alters zu schwinden anfängt, so stellen sich dadurch solchen Diagnosen grosse Schwierigkeiten in den Weg, und mehr als einmal war ich in der Lage, keine andere Diagnose stellen zu können, als die, dass der behaupteten Erektionsunfähigkeit des Penis nicht der Beweis der Unwahrheit der Behauptung entgegengestellt werden könne.

Bezüglich auf sieben Ehepaare wurden wegen Kindesadoption Gutachten über ihre Hoffnung auf eheliche Nachkommenschaft verlangt. Nur wenn die Frau bereits unterschieden in den Jahren der Dekrepidität oder der Mann objektiv begattungs- oder zeugungsunfähig ist, kann solcher Hoffnung geradezu widersprochen werden, in allen übrigen Fällen aber nicht. Das Gutachten muss bei den Fällen letzterer Art, da dem Richter mit einem Zweifels- oder Möglichkeitsgutachten in gar nichts gedient ist, stets negativ gehalten werden, z. B.: es liegen nicht genügsame Gründe vor, warum dieses Ehepaar jetzt schon der Hoffnung auf eheliche Nachkommenschaft entsagen sollte.

ββ) Berufsfähigkeitsdiagnosen.

Es ist unbegreiflich, wie in einer so klaren Sache so grosse Missgriffe gemacht werden können, als thatsächlich von so vielen Aerzten gemacht werden. Berufsfähigkeit heisst doch offenbar die Fähigkeit, alle jene Obliegenheiten und Pflichten zu erfüllen, die der Mensch nach Maassgabe des Berufes, dem er sich einmal gewidmet, zu erfüllen hat. Aus dem Begriffe der Berufsfähigkeit folgert sich logisch konsequent auch der Begriff der Berufsunfähigkeit als reine Negation des Begriffes der Berufsfähigkeit; und doch wird so ausserordentlich oft in praxi gegen diesen einfachsten aller logischen Schlüsse gefehlt! Es ist daher eine offenbar viel zu weite und deshalb irrige Begriffsfassung, wenn man berufsunfähig nur Denjenigen nennt, der zu gar nichts mehr, selbst nicht mehr zum Charpiezupfen und Wollenwickeln befähigt ist; die Berufsunfähigkeit ist vielmehr gegeben, wenn die Fähigkeit nicht mehr gegeben ist, jene Pflichten und Obliegenheiten

zu erfüllen, die dem Berufe zukommen, dem sich einmal der konkrete Mensch gewidmet hat. Es kann daher gleichgültig sein, ob, wer geistige Beschäftigung zum Berufe seines Lebens gemacht, noch dreheln, wer den Betrieb des Tischlergewerbes zum Berufe seines Lebens gemacht, noch schneiden, wer die Schneiderei zum Lebensberufe gewählt hat, noch einen Auslauser machen kann oder nicht: der Gelehrte, der nicht mehr geistig arbeiten, der Tischler, der nicht mehr tischlern, der Schneider, der nicht mehr schneiden kann, ist berufsunfähig.

aaa) Diagnosen von Erwerbsunfähigkeit und Erwerbsbeschränktheit und Dauer der Krankheit nach Körperverletzungen.

Da Körperverletzungen sehr häufig vorkommen, so bildet die Festsetzung der Dauer der dadurch veranlassten Krankheit und mit ihr verknüpfte Berufsunfähigkeit, sowie der Rekoneszenz und der damit verknüpften Berufsbeschränktheit, nach welcher Dauer sich das Strafmaass richtet, einen sehr bedeutenden Theil amtsärztlicher Thätigkeit. Ich musste im Laufe meiner fünfjährigen Amtsthätigkeit nicht weniger als 198 solcher Diagnosen stellen.

Weder das bayerische Strafgesetz, noch die Wissenschaft, welche gerichtliche Anthropologie heisst, definiren, was „Krankheit“ sei. Nachstehendes möge als ein Definitionsversuch angesehen werden.

Will man den Begriff „Krankheit“ definiren, so muss man vom Begriffe „Gesundheit“ ausgehen, was um so nothwendiger ist, als sich der Begriff von „Krankheit“ nur aus dem von „Gesundheit“ ergibt, und der populäre Begriff von „Gesundheit“ und „Krankheit“, weil höchst schwankend, dem Gesetze gegenüber eben so wenig zu Grunde gelegt werden kann, als was wir Aerzte, wenn wir nicht dem Gesetze gegenüber sprechen, „Gesundheit“ und „Krankheit“ nennen.

Gesundheit dem Gesetze gegenüber ist derjenige Zustand, der den Menschen ohne Benachtheiligung seiner jetzt bestehenden geistigen

und körperlichen Persönlichkeit befähigt, alle nach Maassgabe von Geschlecht, Alter, Stand und Beruf ihm zukommenden Verpflichtungen und Obliegenheiten zu erfüllen, die daraus für ihn resultirenden Rechte und Vortheile und auch die gewöhnlichen Annehmlichkeiten des Lebens geniessen zu können. Vier Punkte sind es daher, die zusammentreten müssen, wenn von Gesundheit im Sinne des Gesetzes, die Rede sein soll:

a) die Befähigung, alle Pflichten und Obliegenheiten nach Maassgabe von Alter, Geschlecht, Stand und Beruf zu erfüllen;

b) die Befähigung, die aus dieser Pflichterfüllung erfolgenden Rechte und Vortheile zu geniessen;

c) die Befähigung, die gewöhnlichen Annehmlichkeiten des Lebens zu geniessen, und

d) die Befähigung, alles das ohne Benachtheiligung der geistigen und körperlichen Persönlichkeit thun zu können.

Der Mensch, der alles Das kann, ist gesund dem Gesetze gegenüber. Namentlich ist es der vorletzte Punkt, der mit in den Begriff von Gesundheit hinein gefasst werden muss; denn der Mensch ist nicht bloss auf der Welt, um Pflichten zu erfüllen, sondern auch um jene Annehmlichkeiten des Lebens zu geniessen, deren Erreichbarkeit der Schöpfer nun einmal in die Organisation des Menschen überhaupt und des konkreten Menschen insbesondere gelegt hat.

„Krankheit“ ist die Negation Dessen, was Gesundheit heisst und ist, unterscheidet sich aber von diesem Begriffe dadurch, dass letzterer der vier Erfordernisse bedarf, um gegeben zu sein, während der Mangel eines der vier zum Begriffe der Gesundheit nöthigen Erfordernisse genügt, um den Begriff von „Krankheit“ zu fixiren, d. h.:

Krankheit dem Gesetze gegenüber ist derjenige Zustand, der den Menschen ohne Benachtheiligung seiner jetzt bestehenden geistigen und körperlichen Persönlichkeit nicht befähigt, alle nach Maassgabe von Alter, Geschlecht, Stand und Beruf ihm zukommenden Pflichten

und Obliegenheiten zu erfüllen, oder die daraus erfolgenden Rechte und Vortheile oder die gewöhnlichen Annehmlichkeiten des Lebens zu geniessen. Mit anderen Worten: Wer ohne Benachtheiligung seiner jetzt bestehenden geistigen und körperlichen Persönlichkeit

a) zwar nicht die nach Maassgabe von Alter, Geschlecht, Stand und Beruf zukommenden Obliegenheiten und Pflichten erfüllen, wohl aber die mit der Pflichterfüllung verbundenen Rechte und Vortheile und die gewöhnlichen Annehmlichkeiten des Lebens geniessen kann; dergleichen wer

b) zwar die nach Maassgabe von Alter, Stand, Geschlecht und Beruf obliegenden Pflichten erfüllen, nicht aber die daraus entspringenden Rechte und Vortheile, wohl aber die gewöhnlichen Annehmlichkeiten des Lebens geniessen kann; endlich wer

c) zwar die nach Maassgabe von Alter, Geschlecht, Stand und Beruf obliegenden Pflichten erfüllen, auch die daraus entspringenden Rechte und Vortheile, nicht aber die gewöhnlichen Annehmlichkeiten des Lebens geniessen kann, — Der ist krank im Sinne des Gesetzes.

Grundlage des ganzen über den Zeitraum des Krankheitszustandes abzugebenden Gutachtens bildet die ursprüngliche *Magnitudo vulnerationis*, die sich sogleich im Momente der Verletzung ergibt. Je früher der Verletzte in ärztliche Behandlung kam, je richtiger und sicherer der erstbehandelnde Arzt die Diagnose stellte, um so sicherer die Basis für das Gutachten. In manchen Fällen kann man diesen Mangel, wenn er sich zeigt, durch in späterer Zeit aufzunehmende Befunde ergänzen; in sehr vielen Fällen ist aber der Mangel des ersten Befundes irreparabel.

Hat man sich entweder durch Aktenlage oder wissenschaftliche Rückschlüsse die ursprüngliche *Magnitudo vulnerationis* konstruirt, so kommt weiter zu erwägen, ob dann die gefolgte Krankheit im Kausalverbande mit der verletzenden Handlung steht. In den meisten Fällen, selbst in diesen Fällen noch, wo nicht mehr die ursprüngliche *Magnitudo*

vulnerationis konstruirt werden kann, gebricht es an diesem Punkte nicht. Der frühere Bestand der Gesundheit und die Kontinuität der Krankheitserscheinungen vom Momente der Verletzung an geben den Nachweis. Doch kommen auch Fälle vor, wo es an dieser Kontinuität gebricht, wo es nicht so klar ist, weil der Beschädigte anfänglich sich gar nicht krank fühlte, seinem Berufe nachging, sich neuen Schädlichkeiten aussetzte u. s. w. In solchen Fällen wird der Kausalverband zwischen verletzender Handlung und Krankheit mehr oder weniger zweifelhaft.

Die Dauer der einer Körperversetzung gefolgten Krankheit kann eine absolute und relative sein. Absolute Krankheitsdauer heisst jene Dauer der Krankheit, wie sie sich ohne alle Rücksicht auf interkurrirende Zwischenfälle und Ausseneinflüsse faktisch ergab; relativ heisst jene Krankheitsdauer, die sich entwickelt hätte, wenn nicht ausserhalb der Krankheit gelegene Einflüsse (schlechtes Verhalten des Kranken, schlechte ärztliche Behandlung, Zufälligkeiten u. s. w.) sich eingestellt hätten. Nur die relative Dauer, nicht die absolute, ist für den Richter maassgebend, weil die richterliche Strafausmessung, will sie gerecht sein, nur jene Krankheitsdauer zu Grunde legen darf, die jedenfalls dem Angeeschuldigten zur Last gelegt werden muss. Es muss also ärztlicherseits abgewogen werden, um wie viel die Dauer des Krankseins durch solche Ausseneinflüsse verlängert wurde, und diese Zeitdauer von der absoluten Dauer der Krankheit abgezogen werden, dann erhält man die relative Krankheitsdauer. Der Maassstab bei der Abwägung ist die in analogen Fällen erprobte Erfahrung. Die Abwägung ist in manchen Fällen leicht, in anderen schwer.

Da die wissenschaftliche Befähigung der einzelnen Aerzte zu einer Diagnosenstellung und rein objektiver Haltung einer Krankengeschichte eine eben so höchst verschiedengradige ist, als viele Kranke nicht sogleich, sondern erst nachdem durch mancherlei Zwischenursachen der ursprüngliche Stand der Verletzung vielfache Veränderungen erlitten hat, in ärztliche Behandlung sich begeben und vor vollendeter Heilung sich ihr wieder entziehen, so folgert auch die höchst ver-

schiedene Möglichkeit der Haltung, die solche Gutachten bekommen können.

Diagnosen von bleibenden Schäden (Damnis permanentibus), Verunstaltung; Verstümmelung*).

Solcher Diagnosen kamen 50 vor.

Die Grundsätze, nach welchen ich diagnostische Merkmale zu Grunde legte, waren folgende, die ich um so mehr als im Sinne des Gesetzes — denn das bayerische Strafgesetz definirt diese Begriffe nicht — beruhend annehmen muss, als die Gerichtshöfe sie stets ihren Entscheidungen zu Grunde legten:

1) Der Begriff von Damnum permanens kann nicht so gefasst werden, dass, was so genannt werden will, un-

*) Den Begriff „Verkrüppelung“ kennt das bayerische Strafgesetzbuch nicht, und ist in Bayern die gerichtsärztliche Praxis daher genöthigt, Das, was sie „verkrüppelt“ nennen möchte, in den Begriff von Damnum permanens zu bringen, obgleich dieser Begriff ein ganz verschiedener ist von dem der „Verkrüppelung“; denn was ein Damnum permanens ist, muss nicht nothwendig den Menschen zum „Krüppel“ machen, wohl aber wird, was den Menschen zum „Krüppel“ macht, nicht selten zugleich ein Damnum permanens sein. Verkrüppelung im gerichtlichen Sinne heisst eine derartige Umwandlung eines äusserlichen Körpertheiles in Textur, Form und Struktur, dass derselbe grösstentheils oder ganz funktionsunfähig ist. Grösstentheilige Funktionsunfähigkeit ist aber vorhanden, wenn der bestehende Funktionsfähigkeitsrest nicht die Hälfte der normalen Funktionsfähigkeit beträgt. Normale Funktionsfähigkeit des gestreckten Armes ist, dass die Hand vom Oberschenkel bis über den Kopf hinauf die Hälfte eines Kreises beschreibt. Kann der gestreckte Arm nur so weit abduzirt werden, dass die Hand nicht bis zur Schulterhöhe kommt, d. h. kann nicht die Hälfte der bei ungetrübter Funktionsfähigkeit normalen Hälfte des Kreises beschrieben werden, so ist „Verkrüppelung“ zugegen, und ein solcher Mensch heisst in der gerichtsärztlichen Sprache ein „Krüppel.“

abänderlich bis zum letzten Hauche des Lebens so wie jetzt bleiben müsse. Der Begriff ist vielmehr so zu fassen, dass, was so genannt werden will, nach jetzigem Standpunkte der Wissenschaft und jetziger Erfahrung keine genügende Aussicht auf Besserung gewährt. Auf der Gegenwart ruht der Accent, und es kann daher leicht geschehen, dass, was heute noch ein *Damnum permanens* genannt werden muss, morgen keines mehr ist, wenn sich von heute auf morgen der Stand der Wissenschaft und Erfahrung geändert hat.

2) Verunstaltung ist eine derartige, durch Kunstmittel nicht verhüllbare, nicht maskirbare Umwandlung der Form und der Gestaltung eines den Augen der Mitmenschen nicht entziehbaren Körpertheiles, dass dadurch für das Auge des Beschauenden ein unangenehmer, ein widriger Eindruck erwächst. Analysirt man diese Begriffsbestimmung, so setzen folgende Merkmale den Begriff der Verunstaltung zusammen:

- a) es muss eine Umwandlung in der Form und Gestaltung, und zwar
- b) an einem Körpertheile gegeben sein, der dem Auge der Mitmenschen nicht entzogen werden kann, und auch
- c) keine Verhüllung, keine Maskirung zulässt; es muss ferner die Umwandlung der Form und Gestaltung der Art sein, dass sie
- d) auf das Auge des Beschauenden einen unangenehmen, einen widerlichen Eindruck macht.

3) Geschlecht und Lebensalter, ferner Stand und Beruf können kein Gewicht abgeben und muss vielmehr die Frage rein objektiv aufgefasst werden: ob die Körperform dieses Menschen gegenüber jener Schönheit der Körperform, die einmal der Schöpfer der Menschenspezies gegeben, unschön geworden? Stand und Beruf dürfen deswegen nicht in die Wagschaale fallen, weil das Bauernmädchen so gut wie die Hofdame, der Bauernbursche so gut wie der im Salon sich bewegende Elegant schön sein will und schön sein zu wollen ein Recht hat. Dagegen wäre der Begriff von Ver-

unstaltung zu weit ausgedehnt, wollte man so auch alle jene Formabweichungen nennen, die dem Auge anderer Leute entziehbar sind, und gerade deswegen nicht unangenehm, nicht widrig in die Augen fallen. Ein Hodensackbruch ist daher, wenn geringen Grades, so wenig eine Verunstaltung als eine Narbe am Schenkel eines jugendlichen Mädchens. Der Hauptaccent liegt bei der Entscheidung in dem Arbitrium des Beschauenden, des Taxirenden, und steht also die Frage vor dem Richterstuhle des subjektiven Schönheitssinnes des Taxirenden, d. h. die ganze Frage ist eine Frage des Gefühles. Ein Forum, vor dem Gefühlsfragen endgültig entschieden werden könnten, gibt es nicht; daher kommt es auch alle Tage im Leben vor, dass der A. schön nennt, was der B. unschön, der C. hässlich, der D. nicht zum Anschauen nennt. Deshalb darf auch nie das ärztliche Gutachten lauten: „diese Person ist verunstaltet“, „ist nicht verunstaltet“. Eine solche Behauptung müsste erwiesen werden, ist aber an und für sich unbeweisbar. Das Gutachten wird zu lauten haben: „Ich“, d. h. der taxirende Arzt, „halte diese Person für verunstaltet“. Bei dieser Fassung des Gutachtens mag der Richter entscheiden, wie er will; niemals wird sich der Arzt kompromittirt fühlen können, was doch der Fall ist, wenn er eine an sich unbeweisbare Behauptung aufstellt, und der Richter diese Gefühlsfrage gegen ihn entscheidet.

4) Verstümmelung ist der gänzliche Verlust eines Körpertheiles. Ob viel oder wenig von dem Körpertheile verloren gegangen ist, ist für die Begriffsbestimmung der Verstümmelung gleichgültig, der Accent liegt vielmehr darauf, dass etwas verloren gegangen sein müsse, was zur Organisation des menschlichen Körpers gehört. Der Verlust eines Zahnes, des Nagelgliedes eines Fingers, oder eines Zehen, ja selbst des Fingernagels ist Verstümmelung. Dass bei dieser Begriffsbestimmung hin und wieder eine schneidende Härte zwischen Gesetzesbestimmung und Gesetzesanwendung d. h. zwischen der Geringfügigkeit des Reates und der Grösse der Strafe entsteht — denn alle Gesetzgebungen belegen mit Recht eine mit Hinterlassung von

Verstümmelung endende Körperverletzung mit viel grösserer Strafe, als eine ohne Verstümmelung einhergehende — das kann unbedenklich eingeräumt werden. Selbst wenn dieses in der Mehrzahl der Fälle geschähe, könnte es kein Grund für die ärztliche Wissenschaft sein, von einer Definition abzustehen, wenn anders diese sachlich und logisch ist, sondern vielmehr für die Strafrechtswissenschaft, auf Gesetzesänderung zu dringen. Da jedoch dieser Kontrast nur in seltenen Fällen hervortritt, so kann er um so weniger die ärztliche Wissenschaft zur Aufhebung ihrer Begriffsbestimmung vermögen, als es einen Faktor in dem Staatshaushalte gibt, der absonderlich dazu bestimmt ist, seine Heilthätigkeit in solchen Fällen zu entfalten, wo positives und formelles Recht in Konflikt mit der Grösse der Verschuldung tritt; ich meine das Kronrecht der Gnade.

Es übt übrigens auf die Begriffsbestimmung von Verstümmelung nicht den mindesten Einfluss, ob der verstümmelte Theil vor den Augen Dritter verborgen oder maskirt werden kann, d. h. ob die Verstümmelung für andere Leute sichtbar ist oder nicht, ob die Verrichtung des verstümmelten Theiles durch künstliche Vorrichtungen mehr oder weniger ersetzt werden kann oder nicht. Das gnädige Fräulein hat ein Recht auf ihren eigenen Zahn und der in der Spitalpfründe lebende und deshalb der Nahrungssorgen überhobene Pfründner auf seinen eigenen Fuss, welches Recht nicht einmal der, wenn auch alle Dienste des eigenen vollständig ersetzende, künstliche Zahn, geschweige der künstliche Fuss aufwiegt.

βββ) Berufsfähigkeits-Diagnosen zu Aemtern und Stellen.

Dergleichen Diagnosen (zu Eisenbahnwärterstellen, Botendiensten, Eisenbahnstationsdienerstellen, zur Bergbaubedienung, zum Postdienste, zu Aufseherstellen, zum Gensdarmeriedienste, zum geistlichen und klösterlichen Berufe, zum Militärdienste u. s. w.) kamen 29 vor. Mit Ausnahme eines einzigen Falles, wo es sich um die Frage handelte, ob ein vor siebzehn Jahren Konskriptions-Flüchtiger da-

mals militärdiensttauglich war, waren derlei Gutachten lauter Prognosen oder Zukunftsgutachten, die daher nur so lauten konnten, dass für jetzt kein körperliches Gebrechen vorliege, was zu dem oder dem Berufe untauglich machen würde.

yyy) Berufsfähigkeitsdiagnosen von Beamten.

Sämmtliche kgl. Staatsdiener in Bayern haben, die Richter sogleich, die übrigen Administrativbeamten aber nach drei Jahre nach ihrer Anstellung erreichtem Definitivum zufolge der Dienstespragmatik vom Jahre 1806, welche ein integrireder Bestandtheil der im Jahre 1818 dem Volke verliehenen Verfassung ist, pragmatische Rechte, d. h. nach zurückgelegtem vierzigsten Dienstes- oder siebenzigsten Lebensjahre und im Falle vor dem Ablaufe des siebenzigsten Lebens- oder vierzigsten Dienstjahres erfolgender Dienstesunfähigkeit, welche laut §. 22 litt. D der neunten Verfassungsbeilage ärztlich nachzuweisen ist, das Recht auf eine nach der zurückgelegten Dienstzeit und der bisherigen Besoldung sich ergebende Pension für ihre Person und ihre Familie. Eine so grosse Wohlthat diese Dienstespragmatik für den Dienst, so wie für die Person und Familie des Staatsdieners ist, eine eben so grosse Belastung ist sie für das k. Staatsärar, ein Punkt, der gerichtsarztlicherseits nicht aus dem Auge verloren werden darf und welcher das Hauptmotiv war, warum ich bisher nur in ganz ausnahmsweisen Fällen auf private Aufforderungen hin Diagnosen der Dienstesfähigkeit oder der temporären oder bleibenden Dienstesunfähigkeit königlicher Staatsdiener stellte, vielmehr als Norm festhielt, dass die Aufforderung zur Stellung von derlei Diagnosen — deren im Ganzen 63 von mir gestellt wurden, — von der vorgesetzten k. Dienstesstelle des Petenten auszugehen habe.

Es liegt diese Norm auch in der Natur der Verhältnisse.

Wenn die vorgesetzte k. Dienstesstelle des Petenten mich auffordert, so trägt mein Gutachten ausschliesslich amtlichen Charakter und ist im wahren Sinne des Wortes ein Gutachten, d. h. eine Meinungsäusserung um die ich gefragt bin, wofür ich als Basis jene Recherchen habe, welche

die vorgesetzte k. Dienstesstelle über das betreffende Individuum gepflogen hat und die ich objektiv an demselben pflegen kann. Für die Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieser Basis bin ich nicht weiter verantwortlich, als der objektive Befund an der beteiligten Persönlichkeit reicht, und auf diese Basis baue ich mein Gutachten. Ganz anders dagegen die Basis bei der privaten Aufforderung. Schon weil die Aufforderung eine private ist, ist auch meine Meinungsäußerung eine private, und lege ich demungeachtet das Gewicht meiner amtlichen Stellung zu dieser Privatmeinungsäußerung mit in die Wagschaale, d. h. verlange ich, dass dieser Privatmeinungsäußerung amtlicher Charakter und amtlicher Werth beigelegt werden soll, so mische ich mich in Dinge unaufgefordert, die mich nichts angehen. Ich entbehre aber auch bei solcher Privataufforderung die Wahrnehmungen der vorgesetzten k. Dienstesstelle über die Leistungsfähigkeit des Individuums, und bekomme als Basis für mein Gutachten Das, was das Individuum mir objektiv und subjektiv bietet, bieten kann und bieten will. Das kann aber möglicherweise eine einseitige, ja unwillkürlich fehlerhafte und willkürlich verschobene Basis sein; denn welche Garantie habe ich denn, wenn mir eine Reihe subjektiver Klagen und Krankheitserscheinungen, deren Begründung oder Nichtbegründung zu erforschen ganz ausserhalb ärztlicher Möglichkeit liegt, als Gründe der behaupteten Dienstesunfähigkeit angegeben werden? Inwiefern diese behaupteten Klagen und Leiden auf die Dienstesunfähigkeit Einfluss üben, kann ich ja nicht er-messen; denn es fehlt mir bei dieser privaten Aufforderung die Wahrnehmung der vorgesetzten Stelle über die bisherige Leistungsfähigkeit des Individuums. Es gibt auch Staatsdiener, die, wenn sie eine gewisse Stellung erreicht haben und ihre staatsdienstliche Laufbahn abgeschlossen erachten, ihre persönliche Bequemlichkeit ihren Verpflichtungen gegen den Staat voransetzen, und sich in Ruhe begeben zu können wähnen.

Dies die Gründe, warum ich in der Regel nur auf Aufforderung der vorgesetzten k. Dienstesstelle hin Gutachten

über Quieszirungen (temporären Ruhestand) oder Pensionirungen (bleibenden Ruhestand) ausstellte.

ddd) Erwerbsfähigkeitsdiagnosen an Pensionisten, Wittwen und Waisen von Staatsdienern.

Ich habe solcher Diagnosen 16 gestellt. Sie wurden stets entweder zu momentanen Unterstützungen, z. B. bei Badereisen oder zum Fortbezüge und zur Aufbesserung von Pensionen verlangt. Die Pension von Wittwen und Waisen von Bediensteten regelt sich zwar entweder auf dem Gnadenwege oder nach der Dienstespragmatik vom Jahre 1806, ist aber einer Erhöhung fähig nach den 3 Abstufungen:

- 1) der Erwerbsfähigkeitsbeschränkung,
- 2) der Erwerbsunfähigkeit,
- 3) der Krüppelhaftigkeit und Presshaftigkeit.

Da die Krüppelhaftigkeit und Presshaftigkeit als höchster Grad über den beiden anderen Graden der Erwerbsfähigkeitsbeschränktheit und Erwerbungsfähigkeit steht, so muss als das Kriterium dieses höchsten Grades der Hilfsbedürftigkeit das Angewiesensein auf die Beihülfe anderer Leute erachtet werden; und es heisst demnach Krüppelhaftigkeit und Presshaftigkeit im Sinne der k. bayerischen Dienstespragmatik ein solcher (geistiger und körperlicher) Zustand, der den damit Behafteten auf die Hülfe fremder Leute anweist. Das Sich-nicht-mehr-selbst-helfen-können stempelt im Sinne der Dienstespragmatik zur Krüppelhaftigkeit und Presshaftigkeit.

eee) Berufsfähigkeitsdiagnosen zu sonstigen verschiedenen Zwecken ohne vorausgegangene Körperverletzung.

Sie kamen 8 mal vor, nämlich 1 mal bei dem Gesuche um Nachlass der Untersuchungskosten, 4 mal bei Eltern, die wegen körperlicher Gebrechen und vorgerückten Alters um Abkürzung der Strafzeit für ihre Söhne baten, 1 mal zur Uebernahme einer Arztesstelle in einem beschwerlichen gebirgigen Distrikte; 1 mal behufs Vormundschaftsenthebung, 1 mal bei einem Gymnasialschüler, der nach dreimo-

natlicher schwerer Erkrankung nun während der Rekonvalleszenz das gesetzlich vorgeschriebene Gymnasialabsolutorium erstehen sollte.

γγ) Geschwornendienstfähigkeits-Diagnosen.

Ihrer kamen 14 vor. Es kommt zu beachten, dass man hier nicht zu freigebig in der Stellung von Unfähigkeitsdiagnosen sei; denn auf je weniger Schultern sich die Last des Geschwornendienstes vertheilt, um so drückender wird sie.

γγ) Diagnosen der Befähigung, vor Gericht (als Vorsitzender, Vertheidiger, Zeuge, Angeschuldigter) zu erscheinen.

Solcher Diagnosen wurden 54 gestellt.

δδ) (Präventiv- und Straf-) Haftfähigkeits-Diagnosen.

In verhältnissmässig wenigen Fällen lag die Ursache der Diagnosenstellung insoferne in der Person des Verhafteten selbst, dass dessen Zustand aus dringendem Humanitätsgebote die Haftentlassung geboten, ausserdem ihn ein höherer Richter aus der Haft abberufen hätte. In verhältnissmässig vielen Fällen erheischten Frohnfestrückichten, nämlich Rücksichten für die Gesamtsanität des Hauses oder aus den Baulichkeiten einer Frohnfeste entspringende Nothwendigkeit, die Beantragung der Haftentlassung.

In einer anderen Zahl von Fällen gab nicht die Person des zu Verhaftenden den Grund zur Stellung der Diagnose, sondern eine dritte Person, so z. B. bei den allermeisten Fällen, wo es sich um Trennung eines Kindes von der Mutterbrust handelte; dann in 2 Fällen, wo betagte Eltern ihres Nahrungsstandes halber um Strafverkürzung für ihre Söhne baten. In der weitaus grösseren Zahl von Fällen war es der von dem Verurtheilten eingeschlagene Gnadenweg, der diese Frage aufwarf. Es bestimmt nämlich der Art. 379 Ziffer 2 Theil II des bayerischen Strafgesetzes, dass der Strafvollzug nur in dem Falle verschoben werden dürfe,

„wenn sich der Verurtheilte in einem solchen körperlichen Zustande befindet, dass von Vollziehung der Strafe ein weit grösseres Uebel mit Grund zu besorgen ist, als der Gesetzgeber beabsichtigt.“ Es kommen ausser dem Gesundheitszustande des Verurtheilten resp. Sträflinges folgende Punkte bei Anwendung dieses Gesetzesartikels ärztlicherseits in Betracht:

1) Jede Haft bringt selbstverständlich Nachtheile für den Körper mit sich. Dieses wusste der Gesetzgeber recht gut, und diese Nachtheile wollte er bei der Haft nicht in Rechnung bringen, sonst hätte er überhaupt darauf verzichten müssen, Jemand zu verhaften und durch Haft zu strafen. Die Nachtheile, welche die nothwendige Konsequenz jeder Haft sind, dürfen daher nicht in Rechnung gesetzt werden.

2) Der Gesetzgeber verlangt, dass „aus dem Vollzuge der Strafe mit Grund ein grösseres Uebel zu besorgen sei, als er beabsichtigt habe.“ Es muss daher die Grösse der Strafe resp. die Dauer der Strafzeit oder ihres Restes, abgewogen werden gegenüber dem jetzigen Zustande des Verurtheilten, und abgewogen werden, ob die Verhältnisse der Strafhaft und des Strafortes für die Gesundheit des Verurtheilten nicht sogar günstiger sind, als jene, in denen er gegenwärtig ist oder nach seiner Entlassung kommen wird. Bei dieser Abwägung muss man sich eben so sehr von einer alle Humanität ausser Acht lassenden Rigorosität, als von einem falschen Humanitätsgeföhle leiten lassen. Achtung vor dem Gesetze ist eine der allerwesentlichsten Grundbedingungen staatlicher Existenz; auf ihr beruht die Sicherheit von Person und Eigenthum jedes Staatsangehörigen. Es hiesse den Standpunkt ärztlicher Wirksamkeit ganz verkennen und ein der Wissenschaft unwürdiges Gebahren, wollte man in übel angewandter Sentimentalität die Wissenschaft als deckenden Schild jedem Strafvollzuge gegenüber halten. Zu einer solchen Sentimentalität liegt auch nicht der entfernteste Grund vor, da Jeder, der unsere bayerischen Strafanstalten kennt, sicher mit mir die Ueberzeugung theilen wird, dass jeder Sträfling, abgesehen von der Entbeh-

nung der Freiheit und der Nothwendigkeit, sich in die Ordnung des Hauses zu fügen, wahrlich besser daran ist, als mancher armer Tagelöhner, der im Schweisse seines Angesichtes sich und seine Familie ernähren muss! Wo das Gesetz Verschiebung des Strafantrittes gestattet, da kann der Gerichtsarzt Humanität in weiterem Sinne des Wortes walten lassen, da es dem Gesetze ziemlich gleichgültig sein kann, ob die Strafe heute oder in 6 Wochen oder in 6 Monaten angetreten wird.

Haftfähigkeitsdiagnosen stellte ich 103.

εε) Arrestschärfungsfähigkeits-Diagnosen.

Das bayerische Strafgesetz gestattet, dass, wenn die verwirkte Strafe nicht mehr als 1 Jahr Gefängniss beträgt, deren Abkürzung durch Schärfung zur Wahrung des Nahrungsstandes des Betheiligten und seiner Familie gestattet sei, und zwar durch einfache Schärfung (Entziehung jeder warmen Nahrung oder des Fleisches jeden dritten Tag oder Lagerung auf blossen Brettern) und durch doppelte Schärfung (Verbindung beider Arten einfacher Schärfung). Doppelte Schärfung ist gerade so viel als doppelte Strafhaft ohne Schärfung, und einfache Schärfung die Hälfte der doppelten (d. h. 1 Monat doppelte Schärfung = $1\frac{1}{2}$ Monat einfacher Schärfung = 2 Monate ohne Schärfung), so dass also die verschiedenen Schärfungsmodalitäten in ihrer Wirkung folgende sind:

1) Einfache Arrestschärfung in maximo zulässig auf neun Monate durch

a) Entziehung jeder warmen Nahrung jeden dritten Tag oder durch

b) Entziehung des Fleisches jeden dritten Tag; oder durch

c) Lagerung auf blossen Brettern;

2) doppelte Schärfung in maximo zulässig auf sechs Monate durch

a) Entziehung jeder warmen Nahrung jeden dritten Tag und Lagerung auf blossen Brettern; oder durch

b) Entziehung des Fleisches jeden dritten Tag und Lagerung auf blossen Brettern.

In Anbetracht, dass der Gesetzgeber nicht beabsichtigt, dem Sträflinge an der Gesundheit zu schaden, ist die Anwendung jeder Schärfungsmodalität von dem vorherigen beifälligen Gutachten des Arztes abhängig, und da die Zahl der geringfügigen Gesetzesübertretungen äusserst gross ist, der Staat aber mittelst Anwendung der Schärfung beträchtliche Ersparungen in den Atzungskosten macht, so habe ich solcher Diagnosen im Verlaufe meiner fünfjährigen Amtsthätigkeit nicht weniger als 653 gestellt. Die Schärfungen finden auch bei Exzessen von in Untersuchungshaft Befindlichen Anwendung. Gleiches gilt von der Fesselung, die überdies bei Gefahr von Fluchtversuchen bei der Frohnfesthaft vor der Aburtheilung und nachher vor Ablieferung an die Strafanstalt zulässig ist.

Alle Gutachten über Arrestschärfungsbefähigung sind Zukunftsgutachten, d. h. Prognosen, und als solche Wahrscheinlichkeitsgutachten. Gewissheit kann eine Prognose niemals geben, und Gewissheit in dieser Frage vom Gerichtsärzte verlangen ist ein Verlangen, das die Wissenschaft nicht erfüllen kann. Selbst wenn der Hans Michel ein vierschrottriger kerngesunder Bauernbursche ist, werde ich nur mit Wahrscheinlichkeit sagen können, dass er die volle Maximaldauer der Schärfung ohne Nachtheile für seine Gesundheit werde erstehen können, so wie ich mit Gewissheit werde sagen können, dass ein ausgearbeitetes altes Mütterchen keine Schärfung bis zur Maximaldauer werde mehr erstehen können. Aber der vierschrottrigen Bauernburschen und der alten Mütterchen sind die Wenigsten; die meisten Hans Michel sind Leute mitten durch, mittleren Schlages, mittleren Alters, mittleren Kraftverhältnisses, die der Gerichtsarzt zum ersten Male in seinem Leben sieht, und bei denen er oft gar kein objektives Merkmal hat, ihre Leistungsfähigkeit für die Zukunft ganz gewiss zu bestimmen, wie hin und wieder ein solches Verlangen gestellt wird. Zwingt man dem Gerichtsärzte dennoch einen ganz gewissen Ausspruch ab, so ist dieser ein ärztlich motivloser, und die Rechtswissenschaft mag es verantworten, wenn auf diese Weise solche Prognosen, für die der Arzt nicht einstehen

kann, zur leeren Formalität heruntersinken. Die Rechtswissenschaft steht überhaupt in vielen Fällen in einem Abhängigkeitsverhältnisse von der ärztlichen Wissenschaft, und bedarf zwar dieser, nicht aber diese jener; deshalb muss sie sich auch in solchen Fällen der technischen Wissenschaft unterordnen und kann nicht befehlend auftreten, da eine Wissenschaft keinen Befehl annimmt. Glücklicherweise hilft die beim k. Bezirksgerichte links der Isar herrschende Gerichtspraxis dem Arzte über diese Schwierigkeit hinüber und gestattet Wahrscheinlichkeitsgutachten.

55) Transportfähigkeitsgutachten bei Abgeurtheilten.

Sie kommen nur vor, wenn es sich um die Ablieferungsfähigkeit eines an seiner Gesundheit leidenden Verurtheilten in die Strafanstalt handelt, — in meiner fünfjährigen Amtspraxis 83 Mal. Folgende Punkte kommen in Betracht:

- 1) Die Entfernung des Ablieferungsortes vom Straforte;
- 2) die Kommunikationsmittel dahin, d. h. dass der Abzuliefernde nicht so bequem reist, nicht wie andere Leute, sondern per Eisenbahn letzter Wagenklasse, so weit es möglich ist, und von da an stationatim entweder zu Fuss oder auf einem in schlechten Federn hängenden offenen allen Injurien der Witterung preisgebenden sogenannten Schweizerwägelchen;
- 3) die Qualität des momentanen Krankheitszustandes des Abzuliefernden;
- 4) so wie seine in der Regel ärmliche Bekleidung;
- 5) die Jahreszeit.

56) Leistungsfähigkeitsgutachten zu verschiedenen Zwecken.

In einem Falle handelte es sich darum, ob ein alter bereits dekrepider Mann des Bettes, was ihm gepfändet werden sollte, ohne Nachtheil für seine Gesundheit entbehren könne; im anderen Falle, ob es rathsam sei, zur Zeit der Choleraepidemie eine unter Kuratel stehende Geisteskranke nach München zu übersiedeln.

Beide Fragen mussten selbstverständlich verneint werden.

In einem dritten Falle konnte die Frage der Enthebung von der Stelle eines Kurators wegen Kränklichkeit bejaht werden.

π) Diagnosen der Absicht des Thäters.

Solcher Diagnosen wurden mir 3 von den Gerichten abverlangt. Die Anhaltspunkte sind, wenn Körperverletzung Gegenstand der Anschuldigung ist, die Stelle der Verletzung, das dazu gewählte Werkzeug und die äusseren Verhältnisse, unter denen die Verletzung geschehen.

ρ) Verkündigung und Vollzug von Todesurtheilen.

Ich war in 13 Fällen persönlich anwesend.

b) Psychische Diagnosen.

α) Diagnosen von Zu- und Unzurechnungsfähigkeit.

Wann und worin immer ein Zu- oder Unzurechnungsfähigkeitsgutachten verlangt wird, ist die Grundlage eines jeden, die *Conditio sine qua non*, sich ein möglichst vollständiges Bild der Seele des Menschen, der Gegenstand des Gutachtens ist, mit allen ihren geschlechtlichen und individuellen Eigenthümlichkeiten zu entwerfen. Dass jedes solches Bild nur ein annäherndes, niemals ein vollständig getreues sein werde, versteht sich von selbst; denn es ist keinem Sterblichen gegönnt, sich so in die Seele seines Nebenmenschen zu vertiefen und so in die geheimsten Falten dieser fremden Seele zu dringen, wie man ein beliebiges körperliches Objekt nach allen Richtungen erforschen kann. Dieses Bild zu zeichnen ist der Arzt berufen; weil er aber der Zeichner ist, darum gebührt ihm auch eine wichtige Stimme bezüglich der Beischaffung und Qualität des Materials, das für den Entwurf des Bildes verwendet werden soll. Dieses Material muss ihm theils der Untersuchungsrichter schaffen, theils schafft er, der Arzt, es sich selbst.

1) Das Material, welches der Untersuchungsrichter schaffen muss, besteht in der ganzen Lebens-, und wenn

diese Lebensgeschichte auch eine Leidensgeschichte ist, auch in der ganzen Leidensgeschichte des Angeschuldigten. Jedes gesetzwidrige That fusst nämlich auf der Qualität des Seelenzustandes zur Zeit der That; dieser Seelenzustand zur Zeit der That ist aber niemals ein urplötzlich entstandener, sondern entwickelt sich allmählig aus der Qualität der früheren seelischen Richtung und Haltung. Deshalb kann niemals aus dem Seelenleben eines Menschen eine Zeitperiode herausgerissen und isolirt verwerthet werden, und der Arzt, der dieses thun würde, stände auf demselben einseitigen Standpunkte, und sein Gutachten würde dieselbe Einseitigkeit bekommen, wie das eines Arztes, der bloss vom Leichentische aus Rückschlüsse machen und für Alles, was ausserhalb des Leichentisches liegt, Auge und Ohr verschliessen wollte. Der Seelenzustand zur Zeit der That ist vielmehr die nothwendige Konsequenz der allmählichen Entwicklung des Seelenlebens dieses Individuums, welche seiner Seele jene Richtung gegeben hat, die sich jetzt zeigt, so wie der Augenblick der Vollführung der That nicht selten wieder auf die Seele zurückwirkt und eine augenblickliche Erregung, einen augenblicklichen Affekt *) erzeugt. Deshalb gehört zu einem psychologischen Gutachten, wenn es auf solider Basis stehen soll, vorherige Kenntniss der möglichst vollständigen Biographie des Menschen, die der Untersuchungsrichter dem Arzte verschaffen muss. Ich bemerke dieses ausdrücklich, weil in gar nicht seltenen Fällen zwar die objektive Seite der That mit minutiöser Genauigkeit vom Untersuchungsrichter erforscht, in der subjektiven Richtung aber nicht mehr erhoben worden ist, als dass es mit dem Menschen nicht ganz richtig stehen soll. Und auf solcher Unterlage muthet man dem Arzte nicht bloss ein psychologisches Gutachten zu, sondern wundert sich, ja sträubt sich sogar in freilich auffallendem Mangel an psychologischen Kenntnissen, wenn der Arzt erklärt, auf solcher

*) Der aber, weil selbst verschuldet, dem Thäter nicht zu Gunsten gerechnet werden darf.

Unterlage sei ein Gutachten nicht möglich und mit einer ganzen Reihe zu pflegender Erhebungen kommt! Aber nicht bloss ist nöthig, dass ein Material geboten werde, sondern auch von Wichtigkeit, wie es geboten wird. Ein Material, welches Urtheile, Schlüsse enthält, ist für den Arzt so viel wie gar kein Material. Denn was kann es mir nützen, wenn ein Zeuge den Angeschuldigten für dumm und nicht für ganz richtig im Kopfe hält? Ob der dumm oder gescheid ist, ob es in seinem Kopfe richtig steht oder nicht, das ist ein Schluss, den ich ziehen, ein Urtheil, das ich fällen werde. Für meinen Schluss und mein Urtheil brauche ich nicht Schlüsse und Urtheile Anderer, sondern die Aufzählung von Thatfachen, Ereignissen aus dem Leben des Angeschuldigten, warum Zeuge denselben für dumm und für nicht ganz richtig im Kopfe hält. Solches dem Zeugen begreiflich zu machen, scheitert nicht selten an seinem Fassungsvermögen. Leichter geht es meiner Erfahrung zufolge bei öffentlichen Verhandlungen, wo der Arzt gegenwärtig ist und selbst oder durch den Vorsitzenden mit Fragen nachhelfen kann, um Das herauszubringen, was er (Arzt) braucht, als in der Voruntersuchung, wo der Untersuchungsrichter, der die psychologischen Bedürfnisse des Arztes für den konkreten Fall nicht kennt, die Vernehmung bethätigt, wenn nicht der Untersuchungsrichter, was mir gegenüber fast jedesmal in solchen Fällen geschieht, den Arzt zur Präsenz bei der Vernehmung auffordert und ihm das Recht der Fragenstellung einräumt.

2) Was der Gerichtsarzt an psychologischem Materiale beitragen kann, besteht in der Erforschung der Verstandeskraft auf dem Wege der Selbstexpertise, und ist also ein verhältnissmässig nur geringer Beitrag, der in schwierigen und besonders zweifelhaften Fällen um so weniger Ausschlag gebend sein kann, wenn Frohnfestverhältnisse, unter deren Einfluss solche Expertisen nicht selten gepflogen werden müssen, einwirken, welche die allernüchternsten und unzuverlässigsten bei der Anstellung solcher Expertisen sind, daher in solchen, so wie überhaupt allen jenen Fällen, wo die Aussenverhältnisse eine Selbstexpertise nicht begün-

stigen, ja vielleicht ihr sogar feindlich entgegen stehen, die vorherige Ablieferung des Betheiligten in eine Irrenanstalt und seine vorherige Beobachtung daselbst wünschenswerth ist. Es versteht sich übrigens von selbst, dass die Expertise der Verstandeskraft sich auf einem Territorium zu bewegen hat, wohin die Verstandeskraft des Betheiligten zu folgen vermag, d. h. man muss in seine Verstandeskraft und Ideenassoziation herabsteigen, der Gegenstand der jedesmaligen Besprechung muss dem Bildungsgrade und den Berufsverhältnissen des zu Untersuchenden entnommen sein, nicht aber darf der Arzt verlangen, dass der zu Untersuchende in seine, des Arztes, Verstandessphäre emporsteige und Themata anschlagen, die den Ideenkreis und das Begriffsvermögen des zu Untersuchenden überragen.

Dass ferner die Diktion des Arztes, wie der Arzt sich dem Angeschuldigten verständlich macht, die Art und Weise, wie er sich mit ihm in Verkehr setzen will, eben so viel Geschick als Menschenkenntniss und Weltklugheit erfordert, ist ganz gewiss. Viel gebe ich auf den ersten Eindruck, den die Physiognomie eines Verbrechers auf mich macht und wenn man viele Verbrecherphysiognomien studirt, ihre Gesichtszüge sich wissenschaftlich zergliedert hat, erlangt man eine gewisse Routine, bei der man sich nur hüten muss, sie nicht zu hoch zu taxiren; denn je schlauer und durchtriebener der Verbrecher, um so mehr versteht er die Kunst, die Leidenschaften, die seine Seele durchfurchen, gerade unter den Erscheinungen des Gegentheiles dieser Leidenschaften zu verhüllen.

Psychologischer Expertisen nahm ich 126 vor.

Ist man mit diesem Materiale, so weit wie immer möglich, in die Seele des Angeschuldigten gedrungen, und hat man sich ein möglichst getreues Bild seiner Seele entworfen, dann erst kann an den Entwurf des Gutachtens gegangen werden. Ausgangspunkt bleibt hier immer die (seelische) Freiheit, d. h. die Befähigung, vernünftig handeln zu können, wie der Angeschuldigte wollte nach der besseren Einsicht, oder trotz besserer

Einsicht gegen die bessere Einsicht. Die Vernunft basirt nämlich auf dem gegenseitigen quantitativ und qualitativ richtigen d. h. harmonischen Verhältnisse der drei Grundseelenkräfte Verstand, Gemüth und Wille zu einander. Wo dieses Verhalten der drei Grundseelenkräfte harmonisch ist, da ist nicht an der Möglichkeit der Vernunftentwicklung, wo diese gegeben ist, nicht an der Möglichkeit seelischer Freiheit, wo diese gegeben ist, nicht an der Befähigung zur Verantwortung dem Gesetze gegenüber, d. h. an der psychologischen Zurechnungsfähigkeit zu zweifeln. Wo aber alles Das nicht gegeben ist, da ist auch an der Nichtbefähigung zur Verantwortung den Gesetzen gegenüber, d. h. an der Unzurechnungsfähigkeit nicht zu zweifeln. Die eine (psychologische Zurechnungsfähigkeit) wie die andere (psychologische Unzurechnungsfähigkeit) ist die Basis der juristischen Zu- und Unzurechnungsfähigkeit, doch so, dass zwar die psychologische Unzurechnungsfähigkeit nothwendig die juristische Unzurechnungsfähigkeit, nicht aber die psychologische Zurechnungsfähigkeit die juristische Zurechnungsfähigkeit in sich schliesst. Nicht selten wird gegen diesen Lehrsatz in solchen Fällen gefehlt, wo zwar unzweifelhaft ein Gesetz verletzt wurde, aber demungeachtet Zweifel entstehen, ob der Uebertreter verantwortlich sei, z. B. ein mit mittelmässiger Verstandeskraft Begabter wird zur Durchführung eines äusserst raffinirten Betruges von einem Dritten missbraucht, kommt deshalb wegen Miturheberschaft des verübten Betruges verdächtig in Untersuchung und der Untersuchungsrichter hegt Zweifel über seine Zurechnungsfähigkeit. Gerne fasst hier der Arzt die Ueberzeugung der Unzurechnungsfähigkeit, ohne sich klar zu machen, dass seine — des Arztes — Ueberzeugung eigentlich die juristische Unzurechnungsfähigkeit betreffe und stellt den Angeschuldigten als psychologisch unzurechnungsfähig hin, d. h. versucht, aus der geschöpften Ueberzeugung der (juristischen) Unzurechnungsfähigkeit dieses Menschen die psychologische Unzurechnungsfähigkeit zu beweisen. Dieses ist schon theoretisch deshalb falsch, weil die psychologische Befähigung oder Nichtbefähigung zur Zurechnung nie-

mals aus der juristischen Befähigung oder Nichtbefähigung abgeleitet werden kann; denn erstere fusst nicht auf und in der letzteren, sondern umgekehrt, letztere auf und in der ersteren. Es ist ein solches Gutachten aber auch praktisch eine Misskennung ärztlicher Kompetenz, deren Territorium bloss die psychologische Seite der Zurechnungsfähigkeitsfrage ist. Was ausserhalb dieses Territoriums liegt, ist richterliches Gebiet, und Sache des Richters wird es sein, nach Bejahung der psychologischen Seite der Frage zu erwägen, ob hier eine verschuldete oder unverschuldete Gesetzesübertretung vorliege, d. h. ob der Angeschuldigte juristisch für die geschehene Gesetzesübertretung haftbar gemacht werden wolle oder nicht. Die psychologische Zurechnung beruht auf der Möglichkeit des Vernunftgebrauches und diese wieder auf der Integrität und dem gegenseitig richtigen Verhalten der die Vernunft imponirenden drei Grundseelenvermögen; die juristische Zurechnung beruht auf dem Vernunftgebrauche und rechtswidriger Absicht.

Zwischen Zurechnungsfähigkeit und Unzurechnungsfähigkeit inmitten liegt das streitige Gebiet der Zurechnungsfähigkeitsbeschränkung. Es mag die Existenz oder Nichtexistenz dieses Gebietes eine Streitfrage der Schule sein; für die Praxis hat diese Kontroverse alle Bedeutung verloren, seitdem die Anhänger des Systemes der Nichtexistenz eines solchen intermediären Gebietes eingeräumt haben, das, was die Anhänger des anderen Systemes Zurechnungsfähigkeitsminderungsgründe nennen, seien Strafmilderungsgründe. Hiernit ist der Streitfrage der Schule für die Praxis die Spitze gebrochen, und der Streit nunmehr ein theoretischer um Begriffsbestimmungen. Für die bayerische Strafrechtspflege hatte dieser Kampf der Wissenschaft ohnedies seit dem Jahre 1848 kein praktisches Interesse mehr, weil die bayerische Strafgesetzgebung nun einmal seit diesem Jahre die Zurechnungsfähigkeitsbeschränkung kennt; und wenn es auch vollkommen richtig ist, dass sich die Wissenschaft nichts um die Gesetzgebung zu kümmern brauche, am allerwenigsten um eine singuläre Gesetzgebung, so ist doch nicht minder gewiss, dass sich der Gerichtsarzt um die

Gesetzgebung seines Landes kümmern muss und sich ihr unterwerfen muss. Seine wissenschaftliche persönliche Ansicht mag er verfechten, wo und wie er will, nur nicht vor dem Forum des einmal bestehenden Gesetzes. Ausfluss dieser Verpflichtung, sich um das Gesetz zu kümmern, ist die Erfassung des Sinnes, in welchem das bayerische Strafgesetz das Territorium der Zurechnungsfähigkeitsbeschränkung kennt. Es sagt der Art. 3 der Strafprozessnovelle vom 29. August 1848, die Abänderungen einiger Bestimmungen des I. Theiles des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 betreffend: „Wenn das Bewusstsein der Strafbarkeit der Handlung in dem Verbrecher zur Zeit der begangenen That zwar nicht gänzlich aufgehoben, aber durch grosse Geistesbeschränktheit, durch Altersschwäche, durch Gemüthskrankheit, durch unverschuldete Trunkenheit, oder eine andere derartige Verwirrung der Sinne oder des Verstandes in so hohem Grade getrübt war, dass bei der Entscheidung der Thatfrage die Zurechnungsfähigkeit als gemindert erklärt werden muss, so sind die Gerichte ermächtigt, auf eine geringere als die gesetzliche Strafe zu erkennen.“ Der Accent für diesen ganzen Gesetzesartikel liegt in den Worten: „in so hohem Grade getrübt.“ Der Gesetzgeber verlangte auch nicht ohne Grund eine „so hohe Trübung.“ Der Grund dieses Verlangens beruht darin, weil Mangel an Unterricht oder natürliche Schwäche des Verstandes, welche den vollen Umfang der Gefährlichkeit und die Grösse der Unerlaubtheit oder Strafbarkeit der Handlung einzusehen nicht gestattet, drückende Armuth oder andere Noth, Ueberredung, arglistige Versprechungen, Befehl oder Drohungen, Verübung der That in zufällig entstandener und an sich zu entschuldigender Leidenschaft oder Gemüthsaufregung, jugendliches Alter — eben so viele Hebel zur Alteration der psychischen Faktoren — bereits vom Strafgesetze des Jahres 1813 als Strafmilderungsgründe gekannt sind. Nicht jede Geistesbeschränktheit, nicht jede Gemüthsbewegung, nicht jede Armuth, jeder psychische Nothstand rechtfertigt daher die Anwendbarkeit des von der Zurechnungsbeschränktheit spre-

chenden Gesetzesartikels, sondern nur ein höherer Grad von Geistesbeschränktheit, von Armuth, von Gemüthsbewegung, von seelischem Nothstande, als der, den bereits das Gesetz als Strafmilderungsgrund kennt. Bemerkt muss übrigens werden, dass das Gesetz im psychologischen Irrthume ist, wenn es das Merkmal, woran die Zurechnung oder Zurechnungsbeschränkung erkannt werden soll, in die ungetrübte oder getrübte Erkenntniss der Strafbarkeit der vorhabenden Handlung legt. Diese Trübung oder Nichttrübung dieser Erkenntniss kann niemals ein Merkmal der beschränkten oder unbeschränkten Zurechnung sein; denn das Bewusstsein der Strafbarkeit einer vorhabenden Handlung kann bei vollständiger Dysharmonie der drei Grundseelenkräfte fortbestehen. Wer im Affekte gerechtester Entrüstung den in flagranti ertappten Gegner niederstreckt, weiss, dass seine vorhabende Handlung strafbar ist, und thut sie dennoch, weil er nicht anders kann. Er gesteht hinterdrein, dass er dieses gewusst habe, ja, er gesteht noch mehr, dass er im Wiederholungsfalle nochmals so handeln würde, weil er nicht anders handeln gekonnt habe, als hier handelte. Psychologisch richtig würde der Gesetzgeber des Jahres 1848 seinen Gesetzesartikel redigirt haben, wenn er statt der Strafbarkeit der Handlung die Trübung und Nichttrübung der seelischen Freiheit als unterscheidendes Merkmale der Zurechnungsfähigkeitsbeschränkung und Zurechnungsfähigkeit aufgestellt hätte.

Folgende Punkte verdienen beim Entwurfe des Gutachtens als diagnostische Behelfe, wohin, d. h. ob in das Gebiet der Zurechnungsfähigkeit oder Zurechnungsfähigkeitsbeschränkung oder Unzurechnungsfähigkeit, die (Seele des Thäters zur Zeit der That gestellt werden soll:

1) Das Motiv zur That. Wenn man über das Motiv eines Verbrechens reflektiren will, darf man sich niemals auf den Standpunkt der eigenen Persönlichkeit stellen, und die eigene Seele und ihre Verfassung als Maassstab nehmen, an dem und mit dem man das Motiv zur That ausmisst. Man muss sich vielmehr auf den Standpunkt des Verbrechers und seiner Seele stellen und von hier aus über

das Motiv reflektiren. In seine Lage, seine Verhältnisse, seine Denkweise, seine Fassungs- und Urtheilsgabe muss man sich hineinstellen und von diesem Standpunkte aus muss man das Motiv gegenüber dem als Abwägungsskala dienenden gesunden Menschenverstande abwägen. Je weniger und vor dem Forum des gesunden Menschenverstandes ausreichende Gründe sich bei dieser Abwägung ergeben, um so mehr ist durchschnittlich an der Zurechnungsfähigkeit des Thäters zu zweifeln und umgekehrt.

2) Die Vorbereitungen zur That. Je schlaudere, je umsichtiger, je mehr Vorbereitungen getroffen worden sind, je mehr sie dem zu erreichenden Zwecke anpassend sind, um so weniger ist an der Zurechnungsfähigkeit zu zweifeln. Je wirklich, nicht scheinbar, widersinniger die Vorbereitungen gegenüber der vorhabenden Absicht und dem zu erreichenden Zwecke sind, um so mehr ergeben sich Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit. Je weniger Vorbereitungen getroffen wurden, um so mehr ist die That Ausfluss momentanen Entschlusses, und um so mehr kann die Zurechnungsfähigkeit bezweifelt werden.

3) Die Durchführung der That. Je mehr die Unerlaubtheit der vorhabenden Handlung an und für sich schon in die Brust jedes Menschen gelegt ist, je richtiger und sachgemässer die Wahl der Mittel zur Erreichung des vor Augen habenden Zweckes und zur Durchführung der vorhabenden Absicht, um so weniger ist an der Zurechnungsfähigkeit zu zweifeln. Je grösser die That und widersprechender sie dem bisherigen Charakter des Thäters ist, um so eher muss die Zurechnungsfähigkeit angezweifelt werden.

4) Das Gebahren nach der That. Je mehr der Thäter die Spuren seiner That zu vertilgen bemüht ist, je mehr er sich den Händen der Gerechtigkeit zu entziehen trachtet, um so grösser ist im Allgemeinen die Zurechnungsfähigkeit. Doch ist in diesem Punkte grosse Vorsicht nöthig; denn es kommt vor, dass alsbald nach einer im Zustande voller oder theilweiser Unzurechnungsfähigkeit begangenen That die volle Einsicht in die Grösse und Unerlaubtheit der geschehenen That in dem Thäter erwacht, und

in Konsequenz des jedem Menschen eingepflanzten Selbsterhaltungstriebes er dann eifrigst die Spuren seiner That zu verwischen und sich der Strafgerechtigkeit zu entziehen bemüht ist. Deshalb muss das Benehmen des Angeschuldigten nach der That mit grosser Vorsicht gewürdigt werden. 5) Je stichhaltiger das Motiv vor dem Forum des gesunden Menschenverstandes, je zweckmässiger das Verhalten des Thäters war zur Zeit und nach der That vor dem Forum des gesunden Menschenverstandes, um so weniger kann die Zurechnungsfähigkeit angezweifelt werden und umgekehrt. Der einzige Punkt darf hier nicht ausser Acht gelassen werden, wenn nicht eine Fehldiagnose gestellt werden soll, dass nicht selten bei dem raffinirtest angelegten und durchgeführten Plane Eine Widersinnigkeit, Eine Unbedachtsamkeit, Ein unvorhergesehenes Ereigniss eintritt, welche den Thäter dem Arme der Gerechtigkeit überliefern. Das ist der von der Gottheit auf die böse That gelegte Fluch, dass der Verbrecher seine eigenen Ketten schmiedet, indem sich ihm ein menschlicher Vorausberechnung entzogenes Ereigniss in den Weg wirft.

Dies waren in Kürze die Gesichtspunkte, nach welchen ich alle (in fünfjähriger Amtspraxis 30) Zurechnungs- und Unzurechnungsfähigkeitsdiagnosen (29 zu strafrechtlichem und 1 zu administrativem Zwecke) stellte. Sie erhielten in praxi ungetheilten Beifall, daher ich auch vorderhand nicht gesonnen bin, von ihnen abzugehen.

β) Leistungsfähigkeits-Diagnosen.

αα) Kuratelstellungs- und Entlassungsdiagnosen.

Das bayerische Landrecht vom Jahre 1751 bestimmt in seinem Th. I Kap. VII §. 37, dass „unsinnige Personen, so wie auch jene, welche aus Mangel der Vernunft ihren Sachen selbst vorzustehen nicht im Stande sind,“ unter Kuratel zu stellen seien.

Bei ärztlicher Anwendung dieser Gesetzesbestimmung kann man sich nicht immer auf dem streng psychologischen Standpunkte halten; Familien- und persönliche Verhältnisse des unter die Kura zu Stellenden oder aus ihr zu Entlas-

senden sind oft so, dass sie nicht minder wichtig in die Wagschaale fallen. Doch darf eben die Rücksicht für das Wohl Desjenigen, über den die Kura verhängt oder aufgehoben werden will, nicht ausser Acht lassen, dass die Kuratel den Menschen eines seiner allerwichtigsten Naturrechte, des der freien Verfügung über seine Person, seine Habe und sein Gut im Leben und im Tode beraubt. Das Utilitätsprinzip ist es daher, welches in solchen Fragen ein sehr gewichtiges Wort mitspricht. Solcher Kuratelfragen kamen 76 zur Behandlung und erforderten zum Theile Korrespondenzen mit Irrenanstalten.

In formeller Behandlung solcher Fragen herrschte bei meinem Amtsantritte im Jahre 1853 grösse Verwirrung. Nicht selten kamen Parteien proprio motu oder mündlich vom Instruenten geschickt zum Gerichtsarzte und verlangten Zeugniss, dass die oder jene Person unter Kuratel gestellt oder aus ihr entlassen werden möchte. Ich ging niemals auf eine solche mündliche oder private Aufforderung ein, und zwar ebensowohl in Ansehung der Wichtigkeit des Aktes der Kuratelverfügung oder Kuratellentlassung, wie auch, weil mir von Seite der mir völlig unbekannten Parteien solche Anforderungen weder eine Garantie gegen den möglichen Missbrauch eines von mir nach dieser Richtung hin dem Bittsteller gegebenen Gutachtens oder Zeugnisses, noch eine Garantie für die Identität der mir vorstellig gemachten Personen quaestionis geboten werden konnte. Aber auch von Seite der Gerichtshöfe kamen mir Ansinnen der bezeichneten Art zu, ohne in der Regel vorher instruiert zu sein. Man überliess es dem Gerichtsarzte, zu recherchiren, wann, wo, bei wem, und wie er wollte. Ganz abgesehen davon, dass es formell gar nicht in der Kompetenz des Gerichtsarztes lag, sämtliche Vernehmungen von Auskunftspersonen zu pflegen, konnten auch solche gerichtsärztliche Recherchen nicht einmal materiell dem Gerichte als Unterlage für sein Erkenntniss dienen, weil das Volk im Gerichtsarzte keine Gerichtsperson sieht, dem man die Wahrheit sagen müsse. Alle diese Missstände schlichteten sich bald und nunmehr pflegt beim k. Bezirksgerichte links der

Isar das Gericht selbst die Recherchen, wenn solche der Gerichtsarzt nöthig hat, und hat das Gericht durch ein Requisitionsschreiben den Gerichtsarzt zur Gutachtensabgabe in Kuratelfragen zu veranlassen.

ββ) Zeugschaftsfähigkeitsdiagnosen.

Sie wurden vom Richter nur in 6 Fällen verlangt.

γγ) Bildungsfähigkeitsdiagnosen.

Sie kamen nur vor bei Kindern, die Zeugnisse zur Aufnahme in Institute bedurften. Solcher Diagnosen stellte ich 7.

δδ) Haftfähigkeitsdiagnosen.

Die 4 Fälle handelten um Fortdauer oder Nichtfortdauer der Untersuchungshaft.

εε) Testirfähigkeitsdiagnosen.

Der hierher einschlägige Fall war leicht zu diagnostizieren, da es sich um den seelischen Zustand eines Lebenden zur Zeit, wo er gerade sein Testament errichten wollte, handelte.

ζζ) Diagnosen der Dienstesfähigkeit als Beamte.

Wurden 3 gestellt.

ηη) Diagnosen zu polizeilichen Zwecken.

Solcher Fälle ereigneten sich 7.

θθ) Geschwornendienstfähigkeitsdiagnosen.

Nur ein Fall gehört hierher, wo einem Geschworenen der von ihm gewünschte dreitägige Urlaub gesetzlich nicht gewährt werden konnte, weil der Grund des Urlaubsgesuches: plötzliche lebensgefährliche Erkrankung seiner Frau, gesetzlich nicht zog. Durch Hinüberziehung der Frage auf das psychologische Territorium wurde die Urlaubsbewilligung ermöglicht, und konnte so dem Manne geholfen werden.

**αα) Diagnosen zum Zwecke der Grossjährigkeits-
erklärung.**

Kamen nur 1 mal vor.

c) Diagnosen wissenschaftlicher Befähigung.

a) Verordnungsmässig hat der k. Bezirksgerichtsarzt gemeinschaftlich mit dem k. Hrn. Polizeiarzte alljährlich die wissenschaftliche Befähigung der praktischen Aerzte der k. Haupt- und Residenzstadt festzustellen, welcher Anordnung Folge geleistet wurde.

b) Von der k. Medizinalpolizeiaufsichtsbehörde wurde ein Gutachten abverlangt, ob wegen mehrfacher Uebertretungen von Medizinalverordnungen und wegen Beanstandung wissenschaftlicher Befähigung gegen den praktischen Arzt Dr. N. die Praxissuspension verhängt werden könne, und dieses Gutachten auch in verneinender Richtung gegeben.

c) Diagnosen medizinischer Puscherei.

1 Mal gab ich bejahendes Gutachten über Vorhandensein medizinischer Puscherei ab, weil ein gar nicht zu ärztlicher Praxis berechtigtes Individuum Handlungen solcher Qualität unternahm, wie sie offenbar nur von der k. Staatsregierung anerkannten Sanitätsindividuen zukommen.

d) Diagnosen ärztlicher Lizenzübertretungen.

2 Mal kam die Frage von Lizenzüberschreitung subalternen Sanitätspersonales vor und wurde auch in 1 Falle als geschehen von mir erachtet.

e) Diagnosen von Kunstfehlern von Medizinalpersonen.

Die Frage der Richtigkeit oder Unrichtigkeit ärztlicher Behandlung musste oft bei Gutachtensabgabe der Erwerbsunfähigkeit oder Fähigkeit nach Körperversetzungen mit oder ohne gefolgten Tod ventilirt werden. Niemals dagegen kam es vor, dass gegen eine Medizinalperson wegen begangener Kunstfehler eine Untersuchung eingeleitet und nach dieser Richtung hin Gutachten verlangt worden wäre. Nur 2 Mal wurde in Civilrechtsstreitigkeiten umfassendes Gutachten über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit ärztlicher Behandlung verlangt und 1 Mal auch abgegeben, während im anderen Falle die anrufende Partei noch vor der anberaumten Tagfahrt auf das provozierte Gutachten verzichtete.

2) Diagnosen an Todten.

Grundlage jeder Diagnose an Todten ist die Nekroskopie und deren Grundlage die normale und pathologische Anatomie. Nekroskopien habe ich 44 gemacht. Sobald die Todesart zur Evidenz ermittelt war, besichtigte ich, um der Gesetzesvorschrift der Eröffnung der drei Haupthöhlen des Körpers zu genügen, nur mehr cursorisch den Rest der Leiche, und endigte die Nekroskopie, von dem Grundsatz ausgehend, dass der Richter nur die Todesart und das für richterliche Zwecke Nothwendige wissen müsse, alles Uebrige aber ihm gleichgültig sein könne, mit anderen Worten: der Zweck der gerichtlichen Nekroskopie ist ein ganz anderer als der der klinischen Nekroskopie. Die klinische Nekroskopie soll die Probe der zu Lebzeiten gestellten Diagnose und eingeschlagenen Therapie sein, daher die genaueste morphologische Untersuchung der in Frage stehenden Organe. Die gerichtliche Nekroskopie soll dem Richter bloss sagen, woran der Mensch gestorben und welcher Zusammenhang zwischen Tod und allenfallsig vorausgegangenen Eingriffen in seine Organisation besteht. Nur so weit dieser konkrete Zweck es erheischt, ist die Nekroskopie für den Richter von Werth; alles Andere ist werthlos.

Nicht jede Todesart hinterlässt objektive Merkmale, sondern kann und muss oft die Todesart aus in der Untersuchung niedergelegten Merkmalen erschlossen werden. Daraus schon, absonderlich aber, weil der Leichentisch zur Stellung einer solchen Diagnose, um die es sich vor dem foro juridico handelt, von vorneherein ein einseitiger Standpunkt ist und deshalb wieder nothwendig zur Einseitigkeit führen muss, ist der Gerichtsarzt nicht bloss berechtigt, sondern verpflichtet, auch vom Leichentische abseits zu sehen und für seine Diagnose Alles zu verwerthen, was sich ihm in der Untersuchung darbietet.

α) Diagnosen der Todesart und des Zusammenhanges des Todes mit vorausgegangenen körperlichen Misshandlungen.

Die Todesart ergibt sich in der Regel aus der Leiche; der Zusammenhang des Todes mit vorausgegangenen Misshandlungen muss aus Thatfachen, welche die Untersuchung zu Tage zu fördern hat, und aus Krankengeschichten geschöpft werden, daher als erste Frage nothwendig sich aufwirft: ob denn überhaupt ein solcher Kausalnexus bestehe? In der Regel ist diese Frage leicht zu beantworten, doch kommen Fälle vor, wo ein solcher Zusammenhang sehr zweifelhaft ist. In solchen Fällen wird der Grundsatz: „In dubio pro reo“ Anwendung finden und das Gutachten lauten müssen: „es liegen genügende Gründe zur Annahme eines solchen Zusammenhanges nicht vor“. Ist aber dieser Zusammenhang bejaht, dann muss dem Richter Alles darauf ankommen, den Grund zu erfahren, warum der Tod eingetreten, Einsicht in die Art und Weise dieses Kausalnexus zwischen Misshandlung und Tod zu bekommen; denn daraus macht er Rückschlüsse auf die Absicht des Thäters und misst die Strafe aus. Das bayerische Strafgesetz schreibt in dieser Beziehung folgende Fragen zur Beantwortung vor:

1) „ob die Verletzungen oder Misshandlungen nothwendig tödtlich sind, oder nur zuweilen den Tod zu bewirken pflegen?“ — eine unglückliche Fragestellung! Was kann dem Richter frommen, wenn er hört, dass in anderen Fällen der Tod nicht eintrat? dass bei einem jungen Burschen der Tod vielleicht nicht eingetreten wäre, während doch Gegenstand der konkreten Beantwortung ein altes Weib ist? Andere Verhältnisse bedingen andere Folgen; jeder Fall muss aber stets als ein konkreter erfasst werden und dass in diesem konkreten Falle das Individuum nicht die Summe aller jener Einflüsse, die vom Momente der Verletzung an einwirkten, überwinden konnte, d. h., dass die Verletzung mit allem Dem, was durch sie in Wirksamkeit gesetzt wurde und werden musste, für dieses

konkrete Individuum nothwendig tödtlich werden musste, ist ausser allem Zweifel; denn es ist ja der Tod eingetreten.

Und was heisst „nothwendig tödtlich“ ärztlicher Erfahrung gegenüber? Sollen so nur jene extremsten Fälle genannt werden, in welchen die Lebenserhaltung völlig ausser dem Bereiche physiologischer und therapeutischer Möglichkeit liegt, oder auch solche Fälle, wo bald mehr bald weniger der ärztlichen Kunst die Lebenserhaltung gelingt? Und wenn Letzteres, wo ist die Grenze, wo die nothwendige Tödtlichkeit anfängt und aufhört? Wenn aber Ersteres, wird sich der Richter begnügen können und dürfen, wenn ihm der Arzt nur jene Fälle als nothwendig tödtlich begutachtet, wo der Schädel in zwanzig Stücke zerschmettert ist, ein Kugelschuss durch die Brust oder die grossen Gefässstämme gedrungen, die Kehle abgeschnitten ist? etc. Sehnsüchtig blickt der Arzt in dieser Klemme, in der er steckt, nach einem neuen Strafgesetzbuche. Klar ist dagegen

2) die zweite vom Strafgesetzbuche zur Beantwortung vorgeschriebene Frage: „ob die tödtlichen Verletzungen und Misshandlungen ihrer allgemeinen Natur nach den Tod bewirkten oder nur in gegenwärtigem Falle wegen ungewöhnlicher Leibesbeschaffenheit des Beschädigten oder wegen zufälliger äusserer Umstände Ursache des Todes geworden sind?“ Nach dieser Gesetzesbestimmung heisst eine „ihrer allgemeinen Natur nach (per se) tödtliche Verletzung“ diejenige, deren aus der physiologischen Dignität des verletzten Theiles oder dem Umfange der bewirkten Zerstörung resultirende ursprüngliche Grösse [Magnitudo vulnerationis] den Todeseintritt genügend erklären lässt, und bei welcher man, um den Todeseintritt genügend zu erklären, nicht auf ausserhalb der Verletzung gelegene Momente zurückzugreifen braucht. Ein Stich, geführt mit einem Instrumente vom Kaliber einer Federmesserklunge, dringend in ein Cavum cordis, ist eine der allgemeinen Natur nach tödtliche Verletzung, weil die physiologische Dignität und Funktion des Herzens eine solche ist,

welche platterdings keine noch so kleine Eröffnung eines seiner Höhlen gestattet. Derselbe Stich in derselben Tiefe und mit demselben Instrumente zugefügt, dringend in die Schädelhöhle und mit keiner Komplikation von Knochensplitterung und Extravasat vergesellschaftet, ist nicht der allgemeinen Natur nach tödtlich, weil die physiologische Dignität des Gehirnes eine so kleine Zusammenhangstrennung ohne nothwendige Folge der Lebenseinbusse gestattet. Wie sich aber Knochensplitterung oder Extravasat oder beides zugleich dazu gesellt, wird dieser Stich jetzt eine der allgemeinen Natur nach tödtliche Verletzung, weil der Umfang der ab ovo bewirkten Zerstörung gross genug ist, um den Todeseintritt genügend zu erklären, ohne Rückgriffe auf die ausserhalb der Verletzung gelegenen Einflüsse zu machen. Es ist daher wesentliches Attribut des Begriffes der Tödtlichkeit einer Verletzung ihrer allgemeinen Natur nach, dass ihre ursprüngliche Magnitudo, wie sie sich entweder nach der physiologischen Dignität des lädirten Organes oder nach dem Umfange der Zerstörung gestaltet, hinreichend sein müsse, um den Todeseintritt genügend zu erklären, und, dass man zu dieser Erklärung nicht auf Dinge zurückgreifen müsse, die ausserhalb der Verletzung als solcher, d. h. ausserhalb der physiologischen Dignität des verletzten Organes oder ausserhalb des Umfanges der primitiven Zerstörung liegen. Muss man dieses Letztere thun, so ist die Verletzung nicht mehr ihrer allgemeinen Natur nach (d. h. per se) tödtlich, sondern der Tod findet, wie das bayerische Strafgesetzbuch ganz treffend unterscheidet, seine Erklärung entweder durch Gründe, die innerhalb der Organisation, d. h. „wegen ungewöhnlicher Leibesbeschaffenheit“ des Beschädigten (individuell tödtlich) oder ausserhalb der Organisation des Beschädigten d. h. „in zufälligen Umständen“ (zufällig tödtlich) liegen. Um nun bestimmen zu können, ob der Grund des eingetretenen Todes inner- oder ausserhalb der Verletzung, und, in letzterem Falle, inner- oder

ausserhalb der Organisation des Verwundeten liegt, dazu ist nöthig:

a) Dass man sich vor Allem die primitive Magnitudo vulnerationis konstruirt, d. h. den Umfang, die Grösse derselben, wie sie sich im ersten Augenblicke durch die Einwirkung der verletzenden Gewaltthätigkeit gestaltete. Das Material zu dieser Konstruktion liefern Thatsachen, Begebenheiten, was sich mit dem Verletzten alsogleich im Momente der Verletzung ereignete, der Befund des zuerst gekommenen Arztes, nachträglich in die Erscheinung getretene Symptome, das Sektionsergebniss.

b) Dass man vom Momente der Verletzung an bis zum Tode Alles kenne, was immer auf den Kranken influirte. Dass hier die rechtzeitige oder verspätete ärztliche Hülfe, die richtig oder unrichtig geleistete ärztliche Hülfe, allfälliger und wie geschehener Transport des Verwundeten, sein zweckmässiges oder unzweckmässiges Verhalten, Zufälligkeiten etc. eine grosse Rolle spielen, ist zweifellos. Alles dieses Material kann nicht durch die Nekroskopie, sondern nur durch juristische Erhebungen zu Tage gefördert werden, denen daher der Arzt um so mehr unter die Arme zu greifen hat, als der Untersuchungsrichter, als Laie, die Lücken, welche die Untersuchung nach dieser Richtung hin bietet, oft gar nicht fühlt.

Zu beachten ist bei Feststellung, ob eine Verletzung ihrer allgemeinen Natur nach oder nicht ihrer allgemeinen Natur nach tödtlich genannt werden will, dass nicht jedesmal die Sektion eine Todesart feststellen kann. Es gibt Todesarten, die wir mit unseren Sinnen und unseren jetzigen Hilfsmitteln nicht in der Leiche konstatiren können, z. B. Neuroparalyse. Ebenso kann nicht jedesmal jene Schädlichkeit festgestellt werden, die nach geschehener Verletzung zum todbringenden Faktor wurde; denn es gibt influirende Schädlichkeiten, deren objektive Konstatirung unseren Sinnen ganz unmöglich ist. Die ursprüngliche Magnitudo vulnerationis und ausserhalb des Leichentisches gelegene Erhebungen müssen in solchen Fällen den Diagnostiker leiten.

Nicht jedesmal wird es endlich bei Abwägung der Ver-

hältnisse, welche die Frage entscheiden sollen, ob eine Verletzung ihrer allgemeinen Natur nach oder nicht ihrer allgemeinen Natur nach tödtlich sei, klar, ob man die Verletzung in diese oder jene Rubrik legen soll. Je nachdem man die ursprüngliche *Magnitudo vulnerationis* oder ausserhalb ihr gelegene Gründe höher- oder geringergradig taxiren will, kann man bald das Eine bald das Andere. In solchen Fällen tritt der Grundsatz „in dubio pro reo“ in seine Rechte; denn der Richter schaut eine nicht ihrer allgemeinen Natur nach tödtlich gewordene Verletzung billigerweise und deshalb mit Recht mit milderem Auge an, als eine ihrer allgemeinen Natur nach (per se) zum Tode geführt habende Verletzung.

Ziemlich unklar ist

3) die dritte vom Gesetze zur Beantwortung vorgeschriebene Frage: „ob die Verletzung unmittelbar oder mittelst einer Zwischenursache, welche durch jene (erste Verletzung) erst in Wirksamkeit gesetzt worden, den Tod verursacht habe?“ denn das Gesetz definirt nicht, was es unter einer „erst durch die Verletzung in Wirksamkeit gesetzten Zwischenursache“, und folglich unter einer „mittelbar oder unmittelbar tödtlichen Verletzung“ verstanden wissen wolle, und die Vermuthung dürfte ganz nahe liegen, dass der Geber des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 als Laie selbst gar nicht geahnt habe, welch' ärztlich dunkle Worte er in dieser Fragestellung aussprach. Was ist „eine durch die Verletzung in Wirksamkeit gesetzte Zwischenursache,“ von deren Existenz oder Nichtexistenz es abhängt, ob die Verletzung mittelbar oder unmittelbar tödtlich genannt werden soll? Der zwischen dem Augenblicke der Verletzung und der inmitten liegende Krankheitsprozess kann keine „durch die Verletzung in Wirksamkeit gesetzte Zwischenursache“ sein; denn sonst würde die ganze Frage eine Zeitfrage, was sie nicht werden soll und werden darf, da es für den Thatbestand der Tödtung gleichgültig ist, ob diese Zwischenzeit zehn Sekunden oder zehn Monate beträgt. Ueberdies gäbe es fast gar keine unmittelbare tödtliche Verletzung mehr, wenn inmitten liegende pathologische Prozesse eine „Zwischenursache“ im Sinne des Gesetzes wären; denn abge-

sehen von den wenigen fulminant todbringenden Verletzungen liegt zwischen dem Momente der Verletzung und des Todes jedesmal ein Krankheitsprozess, wenn auch noch so kurzer Dauer, inmitten. In unendlich vielen Fällen ist ferner der inmitten liegende Krankheitsprozess die nothwendige unausbleibliche Konsequenz der einmal geschehenen Verletzung. Wenn der Hans einen den Tricepsmuskel des Oberarmes trennenden Säbelhieb bekommt, so ist Entzündung der Gewebe zunächst der Zusammenhangstrennungsstelle die nothwendige und unausbleibliche Folge der einmal geschehenen Verletzung, ohne welche Folge eine Verlöthung der Theile gar nicht möglich ist. Was aber die nothwendige und unausbleibliche Konsequenz ist, kann keine „durch die Verletzung erst in Wirksamkeit gesetzte Zwischenursache“ sein; das widerstreitet einer natürlichen Logik. Wenn A ist, muss B sein, und es hängt nicht von Zufälligkeiten ab, ob B eintreten wird oder nicht; es ist implicite durch A bereits vorhanden? Aus dieser Thesis folgt aber in logischer Konsequenz, dass, wenn der Tod die nothwendige und unausbleibliche Konsequenz der Verletzung ex magnitudine vulnerationis ist, diese Verletzung auch und zwar unabhängig von allen inmitten liegenden Krankheitsprozessen unmittelbar tödtlich ist, d. h. mit anderen Worten: die unmittelbare Tödtlichkeit einer Verletzung fällt mit der der allgemeinen Natur nach nothwendigen Tödtlichkeit einer Verletzung zusammen. Beide Begriffe sind Synonyma und Tautologismen, und das Gegentheil widerstreitet dem logischen Gefühle.

Aus dem Satze: was nothwendige und unausbleibliche Konsequenz einer Verletzung ist, ist keine „durch sie erst in Wirksamkeit gesetzte Zwischenursache“, folgt aber auch in logischer Konsequenz: was nicht nothwendige und nicht unausbleibliche Konsequenz einer Verletzung ist, ist eine durch sie „in Wirksamkeit gesetzte Zwischenursache“; woraus wieder in logischer Konsequenz folgt, dass, wenn der Tod nicht die nothwendige und unausbleibliche Konsequenz der Verletzung

ex magnitudine vulnerationis, sondern deren nothwendige Folge wegen eigenthümlicher „Leibesbeschaffenheit des Verletzten, oder wegen zufälliger äusserer Umstände“ ist, diese Verletzung und zwar gleichfalls unabhängig von inmittenliegenden Krankheitsprozessen „mittelbar tödtlich“ ist, und sind die individuellen oder zufälligen Momente „die durch die Verletzung erst in Wirksamkeit gesetzten Zwischenursachen“, oder mit anderen Worten: die mittelbare Tödtlichkeit einer Verletzung fällt mit der individuell und zufällig nothwendigen Tödtlichkeit zusammen. Auch diese zwei resp. drei Begriffe sind Synonyma, Tautologismen.

Demnach ergeben sich folgende Lehrsätze:

a) Jede ihrer allgemeinen Natur nach (per se) nothwendig tödtliche Verletzung ist, weil ihrer allgemeinen Natur nach nothwendig tödtlich, von selbst dadurch auch unmittelbar tödtlich.

b) Jedes ausserhalb der Verletzung in der eigenthümlichen Leibesbeschaffenheit des Beschädigten, oder in zufälligen äusseren Umständen gelegene und auf den erfolgten Tod Einfluss geäussert habende Moment ist „eine durch die Verletzung erst in Wirksamkeit gesetzte Zwischenursache.“

c) Jede nicht ihrer allgemeinen Natur nach (per se), sondern wegen eigenthümlicher Leibesbeschaffenheit des Beschädigten (individuell) oder wegen zufälliger äusserer Umstände (zufällig) nothwendig tödtliche Verletzung ist, weil nicht ihrer allgemeinen Natur nach, sondern wegen ausserhalb der allgemeinen Natur der Verletzung gelegener individueller oder zufälliger Momente nothwendig tödtlich, dadurch von selbst auch mittelbar tödtlich.

Diese Lehrsätze stimmen mit der seit 45 Jahren bei allen Gerichtshöfen aller Instanzen des Königreiches herrschenden Gerichtspraxis überein. Die Wissenschaft des

Arztes kann unbedenklich diese in der Praxis Geltung habende Interpretation des Gesetzes acceptiren.

In jenen Fällen endlich, wo die Anklage nicht auf Tödtung, sondern auf Körperverletzung mit gefolgtm Tode lautet, schreibt das Gesetz

4) noch die Beantwortung der Frage: „ob der Tod als wahrscheinlich vorausgesehen werden konnte?“

Diese Gesetzesbestimmung darf nicht subjektiv aufgefasst werden, d. h. ob dieser Angeschuldigte, der hier auf der Anklagebank sitzt, den Tod als wahrscheinlich voraussehen konnte. Wenn die Frage so aufgefasst werden dürfte, könnte die Anklage nicht auf Körperverletzung mit gefolgtm Tode gerichtet sein, sondern müsste auf Tödtung (Mord oder Todtschlag) lauten. Die Frage muss rein objektiv aufgefasst werden: ob ein Mensch, der so zuschlägt, so herum sticht, mit Einem Worte so misshandelt, mit Wahrscheinlichkeit voraussehen könne, dass der Tod aus seinen Misshandlungen erfolgen werde, oder ob man dieses nicht annehmen könne? — eine Gesetzesbestimmung, die selbst in dieser objektiven Auffassung, die ihr die Gerichtspraxis gibt, eine sehr schwierige und heikle ist.

Nach diesen Grundsätzen habe ich 37 Diagnosen bei Tödtungen und Körperverletzungen mit gefolgtm Tode gestellt.

Nach denselben Grundsätzen, jedoch modifizirt durch die im Objekte der Diagnose gelegenen Eigenthümlichkeiten sind die

Diagnosen der Fruchttödtung und der Tödtung Neugeborener, d. h. nach der Bestimmung des

Gesetzes, noch nicht drei Tage alter Kinder, deren ich 19 stellte, zu behandeln.

Die Eigenthümlichkeiten, welche die zweifelhaften Todesarten Neugeborener an sich tragen, sind bekannt. Den Kernpunkt jedes Gutachtens bilden die Lebensfähigkeitsfrage, welchen Punkt das bayerische Strafgesetz mit der Reife identifizirt, indem es ohne Rücksicht auf Organisation und mit zur Welt gebrachte Krankheitszustände jedes reife

Neugeborene für de facto lebensfähig erklärt; dann die Frage über das Gelebthaben oder Nichtgelebthaben nach der Geburt, und die Frage, ob der Tod ein natürlicher oder gewaltsamer gewesen.

In Bezug auf die Frage des Gelebthabens oder Nichtgelebthabens nach der Geburt kann ich dem Casper'schen Lehrsatz: „Nichtathmen ist Nichtleben“ nicht unbedingt beipflichten; denn er ist manchmal in praxi deshalb falsch, weil er etwas behauptet, was mit dem Geständnisse der in allen übrigen Dingen vollständig geständigen und glaubwürdigen Angeklagten in Widerspruch steht, und weil er mithin Gefahr läuft, etwas Irriges bewiesen zu haben. Es ist nämlich unzweifelhaft, dass beim Scheintode keine Athmung, wohl aber andere Erscheinungen des Lebens sich kundgeben, so wie nicht minder zweifellos ist, dass die Athmung, wenn sie sich auf ganz wenige unkräftige Athemzüge beschränkt, keinesweges immer Spuren in den Lungen hinterlasse, wohl aber wird das Leben = der Nichttod durch die bestimmtesten Versicherungen der auch in allen übrigen Angaben ganz glaubwürdigen und bei vollster Integrität ihrer geistigen Sinne gewesenen Mutter nachgewiesen. Solcher Fälle sind mir zwei bis drei in meiner nun zwölfjährigen Praxis als Mitglied des k. Medizinal-Komitée's der k. Ludwigs-Maximilians-Universität vorgekommen und sie thun die Irrigkeit des Casper'schen Lehrsatzes dar.

Was die gewaltsamen Todesarten Neugeborener betrifft, so ist bekannt, dass eine ganze Reihe derselben, unter welchen die Erstickung in praxi am häufigsten vorkommt, gar nichts Objektives in der Leiche hinterlässt. Der Nachweis, dass Ursachen eingewirkt haben, welche eine dieser Reihe angehöriger Todesarten in Wirksamkeit setzten, kann nicht vom Leichentische aus, sondern nur aus abseits desselben gelegenen Erhebungen geliefert werden, und steht der Staatsbehörde, nicht dem Arzte zu. Das ärztliche Gutachten hat sich daher in solchen Fällen, wo Anhaltspunkte für die Annahme einer solchen Todesart vorliegen, auf den Standpunkt der Nichtnegation zu stellen („es stehe ärztlicherseits nichts im Wege, Das und Das als Todesursache und

Todesart anzunehmen“), nicht aber auf den der Affirmation (z. B. „das Kind starb durch Erstickung, durch Einwirkung der atmosphärischen Luft“, welche Thesis vom Leichenfische aus bewiesen werden müsste, aber von hier aus niemals bewiesen werden kann), und noch weniger auf den blosser Negation (z. B. „das Kind starb keines gewaltsamen Todes, weil sich in der Leiche keine Erstickungssymptome vorfanden“, welche Thesis sogar möglicherweise falsch sein kann, wenn die Mutter geständig ist, ihr Kind erstickt zu haben.)

β) Diagnosen der Entstehungsweise von Verletzungen.

Der Nutzen dieser Diagnosen für den Richter fällt zusammen mit jenem Nutzen, der ihm erwächst, wenn er weiss, wie Körperverletzungen entstanden sind. Solcher Diagnosen wurden 17 benöthigt, darunter drei Fälle, welche die Frage: ob Selbstmord oder Tödtung durch fremde Hand? zu ventiliren hatten*). In zwei Fällen lag nicht der geringste Grund zur Annahme einer Tödtung durch fremde Hand vor. In zwei anderen Fällen — Tod durch Erhängung? Erdröselung? Erwürgung? — musste die Wissenschaft es versagen, etwasersprießliches zur Lösung der obschwebenden Frage beitragen zu können. In drei Fällen stellte sich Selbstverunglückung heraus.

γ) Erwerbsfähigkeits-Diagnosen.

Sie werden nur nöthig, wenn die Verletzung nicht ihrer allgemeinen Natur nach tödtlich war, sondern wegen ausserhalb ihr liegender Gründe zum Tode führte, d. h. mittelbar tödtlich wurde. In solchen Fällen braucht der

*) Alle Selbstmordsfälle gelangen in Bayern primär an die Polizeibehörde, welche die Sache instruiert. Wo Selbstmord unzweifelhaft sich herausstellt, beruht die Sache auf sich. Nur die zweifelhaften Fälle werden an die k. Strafgerichte abgegeben.

Gleiches gilt von Unglücksfällen.

Richter die Dauer der durch die Verletzung bedingten Erwerbsunfähigkeit zu wissen, weil nur deren eventuelle Dauer, nicht aber der durch eingetretene Zwischenfälle veranlasste Tod dem Thäter zur Last geschrieben werden kann. Die in analogen Fällen erprobte Erfahrung gibt den Maassstab. Solcher Diagnosen kamen 11 vor.

δ) Diagnosen der Absicht des Thäters.

Solcher Diagnosen kamen 2 vor. Sie waren leicht; denn der ganze Schädel des Damnikaten war gänzlich zerschmettert.

ε) Lebensalters-Diagnosen.

Sie kamen nur bei todtgeborenen Früchten oder neugeborenen Kindern — der Zahl nach 15 — vor.

II. Diagnosen an nichtmenschlichen Objekten.

1) Diagnosen an Orten.

a) Ortsaugenscheine.

Ortsaugenscheine aufzunehmen ist eigentlich Sache des Untersuchungsrichters, dessen Kenntnisse jedoch nicht in jedem Falle ausreichen. Er muss dann durch die ärztliche Wissenschaft unterstützt werden, und habe ich solcher Augenscheine 14 vorgenommen, fast stets allein, dem Untersuchungsrichter nur meinen Befund mittheilend. Solche Augenscheine kommen nur im Anfange oder im Verlaufe einer Untersuchung, kaum mehr nach geschlossener Untersuchung, vor. Ich warne dringend vor oberflächlichen Augenscheinseinnahmen: es ist kein Umstand minutiös genug, der nicht später die grösste, ja ausschlaggebende Wichtigkeit erlangen könnte, und wenn gar nicht oder falsch erhoben, nicht selten nicht mehr erhoben werden kann. In allen Fällen, wo die Konstatirung nur durch das Mikroskop gepflogen werden konnte, habe ich es zu Rathe gezogen und wo man an die Chemie appelliren musste, die Sache einem unserer Universitätschemiker übergeben *). Bei drei Augen-

*) Seit dem Jahre 1857 ist jedem k. Medizinalkomité der drei

scheinen war der Zweck ein sanitätspolizeilicher, und handelte es sich um die Frage, ob neugebaute Lokalitäten des k. Bezirksgerichtsgebäudes links der Isar von Bureaus bezogen werden konnten.

b) Ortsdiagnosen.

Rückschlüsse auf den Ort der That müssen in Finalgutachten nicht selten gemacht werden; denn vom Orte der That hängt nicht selten die Eigenthümlichkeit jener Spuren ab, die von der That zurückbleiben, und nur durch diese Eigenthümlichkeit des Ortes der That, die er nun einmal hat, konnte die That so und nicht anders in Szene gesetzt werden, wie sie inszenirt wurde. Solche Rückschlüsse basiren oft auf ärztlicherseits gepflogenen Augenscheinaufnahmen, kommen aber auch ohne diese vor. Die Diagnose muss sich aus dem Gesamtmateriale des durch die Untersuchung zu Tag Geschichteten mit Zuhilfenahme des gesunden Menschenverstandes und eines gewissen Quantum von Scharfsinn ergeben.

Solcher Diagnosen stellte ich 16.

c) Gefangenenanstalten.

Dem k. Bezirksgerichtsphysikate unterstehen folgende zwei Gefangenenanstalten des k. Bezirksgerichtes links der Isar*):

Landesuniversitäten ein ausserordentlicher technischer Beisitzer in der Person eines Chemikers beigegeben, der alle von den Gerichten nöthigen chemischen Untersuchungen zu bethätigen hat.

*) Im Winter 1858/9 kam dazu noch die Frohnfeste des k. Bezirksgerichtes rechts der Isar. Sie liegt in dem rechtseitig des Isarstromes gelegenen Stadttheile auf dem sogenannten Lilienberge in der Vorstadt Au. Ihre westliche Fronte schaut gegen den Strom und die Stadt zu, ihre östliche gegen die sich sanft noch mehr erhebende Höhe des Lilienberges; die südliche Fronte ist frei und am nördlichen Ende ist das Gebäude im Zusammenhange mit dem Gebäude des k. Landrentamtes München. Es steht sonach diese Frohnfeste von 3 Seiten ganz frei und nur an einer Seite in Verbindung mit Gebäuden.

Diese Frohnfeste untersteht dem k. Bezirksgerichte rechts der

α) Die Angerfrohnfeste.

Höhere Anordnung verpflichtet die Gerichtsärzte, jährlich wenigstens viermal die Gefangenenanstalten ihres Bezirkes in sanitätischer Beziehung zu durchgehen. Ich habe in meiner fünfjährigen Amtsführung 48 Sanitätsvisitationen der Angerfrohnfeste vorgenommen, und das zu Regelnde im Benehmen mit dem k. Bezirksgerichtsdirektorium links der Isar geregelt, von welchem aus mit der grössten Bereitwilligkeit allen meinen Wünschen und Anträgen entgegen gekommen wurde, so weit immer die Möglichkeit erlaubte. Dass das k. Bezirksgerichtsdirektorium nicht alle ärztlichen Wünsche erfüllen kann, sehe ich sehr wohl ein; daran tragen nicht das k. Bezirksgerichtsdirektorium, sondern die Verhältnisse einer Frohnfeste Schuld, daher ich auch meine ärztlichen Wünsche und Anträge auf das Erreichbare beschränkte.

αα) Lage und bauliche Einrichtung.

Die Angerfrohnfeste liegt am südlichen Ende der Altstadt in der sogenannten Unterangerstrasse, und grenzt öst-

Isar, doch partizipiren an ihr die beiden k. Landgerichte München links und rechts der Isar mit ihren Gefangenen. Dies ist der Grund, warum in ihr ein viel lebhafterer Wechsel der Bevölkerung stattfindet, als in der Angerfrohnfeste des k. Bezirksgerichtes links der Isar. Die Frohnfeste am Lilienberge kann 70 — 80 Gefangene aufnehmen; der durchschnittliche Stand der Kopfzahl ist aber 30 — 40. Die hohe und freie Lage sichern dieser Frohnfeste einen sehr guten Gesundheitszustand, und ernstliche Erkrankungen gehören zu den Seltenheiten. Die hohe und freie Lage bedingen eine gute Ventilation. Die Zellen für die Gefangenen sind freundlich, hell, und im dritten Stockwerke befindet sich ein äusserst freundliches, morgensonniges Krankenzimmer, welches nach der Versicherung des Eisenmeisters seit mehreren Jahren nicht mehr gebraucht worden sein soll — gewiss ein Beweis vor der Bonität des Gesundheitszustandes des Hauses. Durch die Errichtung eines k. Bezirksgerichtsphysikates rechts der Isar ist die Frohnfeste am Lilienberge rechts der Isar nunmehr diesem Physikate unterstellt und der Kognition des k. Bezirksgerichtsarztes links der Isar entzogen (siehe die Note Seite 4).

lich an den grossen neuen Schrankenplatz mit seiner Schranken-
 nenhalle, nördlich an das Klostergebäude der armen Schul-
 schwestern am Anger, südlich an das Angerthor, von dem
 sie durch ein paar kleine Häuser und einen dazwischenge-
 legenen freien Platz geschieden ist; die westliche Fronte
 schaut in die breite Unterangergasse. In dem Hauptgebäude
 an dieser westlichen Fronte sind zu ebener Erde die Woh-
 nung des Eisenmeisters und seiner Familie, dann die Oeko-
 nomielokalitäten; im ersten Stocke die Zimmer für das Ge-
 richtspersonal und die Eisenmeistersgehülfen, dann am süd-
 westlichen Ende ein grosses zwei Fensterstöcke breites und
 einen Fensterstock tiefes Gefängnisslokal vorne heraus und
 zwei eben so grosse Gefangenenlokalitäten rückwärts in den
 kleinen vom Gebäude gebildeten Hof hinein, von welchen
 drei grossen Gefangenenzimmern eines als männliches Kran-
 kenzimmer benützt wird. Im zweiten Stocke sind die Haus-
 kapelle mit der Sakristei, noch einige Zimmer für die Eisen-
 meistersgehilfen und das wenige weibliche Dienstpersonal
 des Hauses; dann dieselben drei grossen Gefangenenlokali-
 täten, wie im ersten Stocke, wovon eines als weibliches
 Krankenzimmer benützt wird, und ein einfensteriges Gefan-
 genenzimmer vorne heraus auf die Unterangergasse heraus.
 Die eigentlichen Gefangenzellen — jede $12\frac{1}{2}'$ lang, $11'$
 breit und $12'$ hoch, folglich 1650 Kubikfuss Raum umfas-
 send und für zwei Personen bestimmt — befinden sich in
 den drei Stöcken eines in der Form einer halben Rotunde
 an der östlichen (Rück-) Fronte des Hauptgebäudes an-
 stossenden Anbaues, der mit dem Hauptgebäude einen klei-
 nen Hof von der Gestalt der Hälfte einer halben Kreisfläche
 einschliesst. Erst ausserhalb des ganzen Gebäudes befindet
 sich gegen Nord, Ost und Süd ein grosser, gegen Nord von
 den Lokalitäten des Klosters der armen Schulschwestern am
 Anger, gegen Ost durch eine hohe Mauer gegen den neuen
 Schrankenplatz hin, gegen Süd von den nebenstehenden paar
 kleinen Häusern abgegränzter Hofraum, in dem sich die Holz-
 schupfe des Hauses und ein Kaltbad befinden, und der
 zum Genusse der freien Luft für die Inhaftirten verwendet
 wird. Das ganze Frohnfestgebäude als solches steht so-

nach ganz frei und in keinem unmittelbaren Anbaue mit der Nachbarschaft.

ββ) Bewegung der Bevölkerung.

Sie ist eine sehr verschiedene und hängt von der Jahreszeit und den Schwurgerichtssitzungsperioden ab. Die Bevölkerung ist kleiner zur Sommerszeit, wo Verdienst herrscht, und grösser zur Zeit der Verdienstlosigkeit im Winter. Sie wächst in den letzten Wochen vor dem Anfange einer Schwurgerichtssitzungsperiode durch Einlieferung der zur Aburtheilung vor das Schwurgericht Verwiesenen, und nimmt ab im Verlaufe der Sitzungsperiode und nachher, wenn die vom Schwurgerichte Verurtheilten und Freigesprochenen in die Strafanstalt abgeliefert, beziehungsweise ihrer Haft entlassen werden. Der kleinste Stand ist 70—80 Köpfe, der grösste 120—130 Köpfe; doch haben wir auch schon 140—150 Gefangene gehabt, aber dann ist das Haus sehr belegt. Im Durchschnitte kann man einen täglichen Gefangenenstand von 100 Köpfen rechnen. Die Gefangenen sind der weitaus grössten Mehrzahl nach Untersuchungs- und ihrer Aburtheilung entgegensehende Gefangene. Sobald die Aburtheilung die Rechtskraft erschritten hat, erfolgt die Ablieferung in die Strafanstalten. Acht bis zehn bis zwölf durchschnittlich der Gefangenen sind Strafgefangene, welche ihre kurze nur wenige Monate betragende Freiheitsstrafe in der Frohnfeste abüssen. Sie werden zu den Geschäften des Hauses verwendet.

γγ) Ventilation.

Das Mauerwerk ist trocken und nirgends im ganzen Hause eine feuchte Mauerstelle. Es ist meines Wissens der Wissenschaft noch nicht gelungen, für Frohnfesten ein genügendes Ventilationssystem aufzustellen. Gebessert hat sich jedoch die Ventilation in der Angerfrohnfeste, seit auf meine Anregung die Bretterverschläge vor den Fenstern — hierorts Kobel genannt — eine bessere Einrichtung bekommen haben. Solcher Kobel waren von jeher schon nur im dritten Stocke der Rotunde, weil dessen Fenster auf die gegenüberliegenden Häuser am neuen Schran-

nenplätze schauen; allein sie waren übermässig und ganz nahe an den Fensternischen, so dass die Zellen dieses Stockwerkes auffallend weniger Licht und dumpfere Luft hatten, daher auch von den Gefangenen viel unlieber bezogen wurden, als die Zellen des ersten Stockwerkes und selbst des Erdgeschosses. Auf meine Anregung wurden diese Bretterschläge nicht bloss weiter von den Fensternischen abgestellt, sondern auch in ihrer Höhe so weit erniedrigt, als noch nöthig war, um nicht auf die gegenüberliegenden Häuser des neuen Schrankenplatzes zu schauen. Meines Erachtens hätte man die Bretterschläge ganz beseitigen können, da die Entfernung zu den gegenüberliegenden Häusern des neuen Schrankenplatzes eine so bedeutende ist, dass von einer Belästigung des Publikums keine Rede sein kann. Höchstens könnte ein oder der andere Gefangene einmal nach Aussen telegraphiren, was nicht hoch anzuschlagen sein dürfte, da die Erfahrung lehrt, dass bei dem öffentlichen Verfahren die Angeschuldigten um so mehr sich verrathen, als sie unter sich, mit anderen Gefangenen und nach aussen verkehren.

Bereits im Frühjahr 1857 hatte die k. Regierung von Oberbayern die permanente Desinfektion der Gefangenenlokalitäten durch Eisenvitriol angeordnet. Die Durchführung stiess auf manche Schwierigkeiten, so dass erst im Sommer 1858 an die systematische Durchführung der Desinfektion gegangen werden konnte. Die Eisenvitriollösung besteht aus einem Pfund bayerischen Gewichtes schwefelsauren Eisens auf sechs Maas Wasser und für den Kopf täglich, d. h. für vierundzwanzig Stunden eine Maas der Lösung, welche in den mit einem Holzdeckel versehenen innen ausgepichten Zimmerkübel kommt.

dd) Körperbewegung.

Abgesehen von den sechs grossen Gefangenenzimmern des ersten und zweiten Stockwerkes gewähren die höchst beschränkten Gefangenenzellen der Rotunde — $12\frac{1}{2}'$ lang und $11'$ breit — leider fast keine Möglichkeit körperlicher Bewegung. Dies ist um so beklagenswerther, weil es mir noch

nicht gelungen ist, mehr Körperbewegung für die Gefangenen zu erzielen, als für Jeden wöchentlich einmal eine halbe bis eine Stunde Spaziergang in dem grossen Hofraume. Der Grund des nicht öfteren Hinauskommens an die freie Luft liegt in der grossen Zahl von Komplizitäten, die stets in Untersuchung sind, und in dem Umstande, dass, wenn man nicht die genaueste Beaufsichtigung hält, stets Einzelne die ihnen gebotene Begünstigung des Spazierengehens im Hofraume missbrauchen, daher leider die ordentlichen Gefangenen stets unter den Missbräuchen einzelner Ordnungswidriger leiden müssen. Ich sehe indessen ein, dass bei einer so grossen Frohnfeste diesem Uebelstande nicht abzuhelpen ist.

εε) Reinlichkeit.

Gerne hätte ich schon längst beantragt, jeden in's Haus Kommenden ohne Unterschied in's Bad zu setzen. Wer das Publikum kennt, das in eine Frohnfeste kommt, wer weiss, wie lange hier von einer durchgreifenden Reinigung des Körpers nicht die Rede war, wer weiss, welche Massen und Qualitäten von Ungeziefer die in die Frohnfeste kommenden Gefangenen von den Polizeihaftlokalitäten einer so grossen Stadt, — und durch die k. Polizeidirektion bekommt die Frohnfeste ihr grösstes Kontingent — her mitbringen, der wird die Bedeutung eines Abwaschbades für jeden Neuankömmling auf die Gesamtsalubrität des Hauses zu würdigen wissen. Leider gestatteten mir die beschränkten Räumlichkeiten des Hauses nicht, einen dahin abzielenden Antrag mit Aussicht auf Erfolg an die Aufsichtsbehörde zu stellen. Doch ist für die eine Jahreshälfte dadurch abgeholfen, dass auf Anregung des Frohnfesthausarztes im grossen Hofraume ein Kaltbad für die bessere Jahreszeit eingerichtet wurde. Es fliesst nämlich durch diesen Hofraum der Stadtbach, über welchen ein mit transportablen Wänden versehenes Zelt für die Sommerszeit aufgeschlagen wird. Der wohlthätige und erfrischende Einfluss dieses Kaltbades zeigt sich namentlich für die Skorbutischen; es wird im Allgemeinen gerne von den Gefangenen benützt.

Betreffs der Bekleidung bekommt jeder Gefangene, falls er nicht seine eigene Kleidung vorzieht, von der Frohnfeste jede Woche ein Hemd, ein Paar Strumpfsöcke, ferner Hosen, Jacken, Holzpantoffel. Die weiblichen Gefangenen behalten alle ihre ihnen eigen gehörenden Oberkleider. Das Stroh der Strohmatten wird alle fünf bis sechs Wochen gewechselt.

ζζ) Beheizung.

Wir haben in der Frohnfeste nicht Luft-, sondern Ofenheizung. Die kleinen Zellen werden im Winter täglich zweimal, die grossen dreimal geheizt. Ueberdies erhält jeder Gefangene, der es wünscht, zur Winterszeit zwei wollene Decken.

ηη) Beköstigung.

Jede Verpflegung von Frohnfestgefangenen sowohl im gesunden als kranken Zustande hat von dem obersten Grundsatz auszugehen, dass die Grundsätze der gewöhnlichen Verpflegung in gesundem und krankem Zustande nur theilweise, theilweise aber in anderer Richtung gelten. Frohnfestgefangene entbehren nämlich dreier nothwendiger Lebensagentien: Licht, Luft und freier Bewegung, in jenem ausreichenden Maasse, wie sie zur Erhaltung der Gesundheit nothwendig sind, und deshalb schon kann ihre Verpflegung z. B. nicht der Verpflegung von Soldaten gleichgestellt werden, welche sich den ganzen Tag in Licht und freier Luft aufhalten, exerziren und dadurch schon, ausserdem aber auch noch durch einen Nebenverdienst, den sich Frohnfestgefangene nicht machen können, vor diesen im Vortheile sind. Dazu kommt noch die fortwährende Gewissensangst und die aufregende Ungewissheit über ihr Loos und ihre Zukunft, welche psychische Aufregung von ganz erheblichem Belange ist, und für Strafhausgefangene hinwegfällt; letztere haben auch weit mehr Luft, Licht und freie Bewegung, da sie arbeiten dürfen, was ein Frohnfestgefangener in der Regel nicht kann und nicht darf, und deshalb können Frohnfestgefangene nicht Strafgefangenen in

der Verpflegung gleichgestellt werden. Frohnfestgefangene endlich haben nicht selten früher ein ärmliches oder lüderliches Leben geführt und sind deshalb schon, ehe sie Frohnfestgefangene wurden, in ihrer Gesundheit herabgekommen. Speziell die Gefangenen der Münchener Angerfrohnfeste betreffend, dient dieselbe zugleich als schwurgerichtliche Frohnfeste und kommen in sie Gefangene aus den auswärtigen landgerichtlichen Frohnfesten, wo sie Monate lang gesessen haben, und deren Zustand nicht immer der beste sein muss, wie man aus den Gesundheitsverhältnissen, in denen die Leute in die Münchener Angerfrohnfeste kommen, zu schliessen berechtigt ist. Aus allen diesen Gründen besteht das weitaus grösste Kontingent aller Gefangenen der Angerfrohnfeste aus mehr oder weniger herabgekommenen Leuten, deren Verpflegung insoferne von der gewöhnlichen abweichen muss, als dieselbe mehr als im gewöhnlichen Leben auf Erkräftigung abzielen hat. Es gibt gegenwärtig zwei Kostnormen in der Frohnfeste:

- 1) die gewöhnliche Kost, bestehend aus einer Maas leerer Fleischsuppe mit neun Loth beinlosem Fleische (Rindfleisch) und einem Pfund Roggenbrod täglich;
- 2) die sogenannte bessere Kost für Kranke und Rekonvaleszenten, bestehend aus dreiviertel Maas Brenn-, Milch- oder eingekochter Suppe, je Morgens, Mittags und Abends und zu Mittag noch aus neun Loth ausgebeineltem Rindfleisch oder Kalbfleische, des Sonntags Kalbsbraten mit 26—27 Loth Gemüse oder Salat, oder aber eine Mehlspeise (Pfannenkuchen, Semmelschmarrn etc.) nebst zwei Kreuzer Waizenbrod täglich. Bier für Rekonvaleszenten.

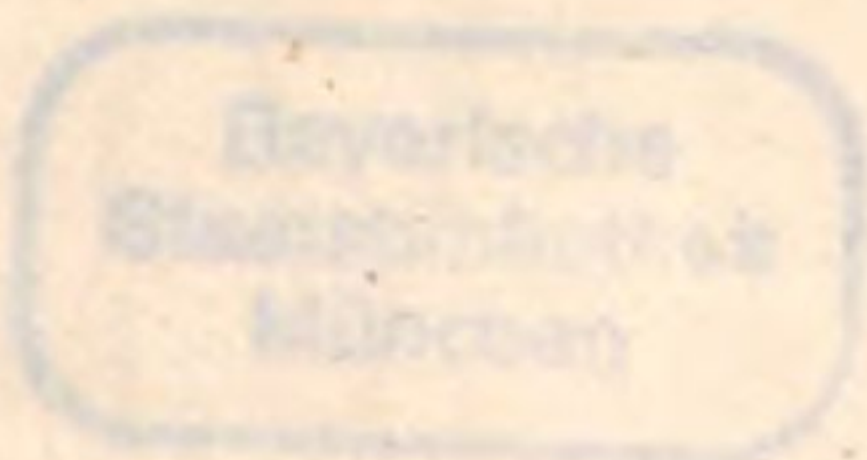
Was das Bier betrifft, so kann es in Bayern in Frohnfesten nicht wohl ganz entbehrt werden, nicht weil es Nationalgetränk ist, d. h. für eine Frohnfeste ein Voluptuarium wäre, sondern weil die Güte unseres Bieres dasselbe zu einem Medikamente erhöht, das in der Hand eines Frohnfestarztes eine eben so grosse Rolle qua Prophylacticum spielt und als Prophylacticum das Herabkommen des Individuums zu verhindern geeignet ist, als es nach Krankheiten das beste und wohlfeilste Roborans und Restaurans ist. Es unter-

liegt übrigens gerade jetzt das Kostregulativ der Angerfrohnfeste einer Revision.

99) Allgemeine Salubrität und allgemeiner Krankheitscharakter.

Die Salubrität kann im Allgemeinen günstig genannt werden, wenigstens so günstig, als überhaupt in einer Frohnfeste möglich ist. Das epidemische Auftreten einer Krankheit wurde während meiner fünfjährigen Amtsthätigkeit nicht beobachtet und selbst die Cholera trat zur Zeit ihrer epidemischen Herrschaft im Jahre 1854 nur in vereinzelten Fällen, nicht als Epidemie, in der Frohnfeste auf, obwohl wir die Choleradiarrhoe im Hause hatten. Ich schreibe diese Immunität nur dem erzwungenen geregelten Leben, das Inhaftirte führen müssen, und ihrer strengen ärztlichen Ueberwachung zu. Auch von solchen, die gleich am Anfange ihrer Haft in die hiesige Frohnfesthaft kommen, bekommen nur 21% den Skorbut, und diese erst nach langer Haft. Viele Skorbutische bekommen wir dagegen von den auswärtigen landgerichtlichen Frohnfesten.

Der allgemeine Krankheitscharakter ist der sogenannte asthenische. Alle Krankheiten nehmen in der Frohnfeste einen langsameren Verlauf; nicht leicht kommt es zu einer stürmischen Entwicklung der Krankheitssymptome, nicht leicht zu stürmischen Krisen. Die Rekoneszenz ist durchschnittlich schleppend. Dies liegt in den Lebenseigenthümlichkeiten jener Bevölkerung, die in eine Frohnfeste kommt. An ein ungebundenes freies Leben gewöhnt, durch vorhergegangene Ausschweifungen jeglicher Art mehr oder weniger entkräftet, von Natur aus nicht selten von Dyskrasieen unterminirt, kann es in solchen Organismen zu keinem kräftigen Auftreten von Symptomen und keinen kräftigen Reaktionen mehr kommen. Diesen eigenthümlichen Verhältnissen sich anpassend muss auch die Therapie in Krankheiten durchschnittlich mehr eine erkräftigende als schwächende sein, und der Hausarzt kann selbst bei akuten Entzündungen weit eher zu Bier und Fleischbrühe, als zur Lanzette, greifen.



u) Aertzliche Behandlung, Krankenwart und Krankenpflege.

Die ärztliche Behandlung in der Frohnfeste liegt nicht dem kgl. Bezirksgerichtsarzte ob; dafür ist ein eigener Hausarzt in der Person des Herrn Physikatsadjunkten Dr. Martin*) aufgestellt. Kranke in einer Frohnfeste zu behandeln ist das Peinlichste und Undankbarste, was man sich denken kann. Schon die Baulichkeit des Hauses tritt in hohem Grade störend in den Weg, und das auf Untersuchungsgefangenen lastende Animi pathema, die Zerrissenheit ihrer von Leidenschaften aller Art, von Reue über das vergangene übel verwendete Leben durchfurchten Seele, die Ungewissheit über ihr bevorstehendes Schicksal — alles das kann die ärztliche Behandlung nicht hinwegzaubern, sondern muss es vielmehr in Kauf nehmen. Aertzliche Rücksichten müssen in die zweite Linie treten und dem Untersuchungszwecke, der Versicherung des kranken Gefangenen Platz machen. Trotz dieser missgünstigen Verhältnisse muss ich dem Hausarzte das rühmliche Zeugniß geben, dass er mit seltener Liebe und Lust, aber auch mit seltenem Erfolge seinem eben so undankbaren als beschwerlichen Berufe vorsteht. Wer gesehen hat, in welchem Zustande, und von welchen Leiden heimgesucht Gefangene von den auswärtigen Frohnfesten her in die hiesige Frohnfeste gelangten, und wie wohlgenährt sie nach vier-, fünf-, sechs-monatlicher, ja einjähriger hiesiger Haft aussahen, wie so gar keine Spur ihres früheren Zustandes mehr zu erblicken war, der wird nicht bloss dem Hausarzte, sondern auch der Verpflegung und der allgemeinen Salubrität des Hauses alle Ehre angedeihen lassen. Dass natürlich das unter Frohnfestverhältnissen überhaupt Unmögliche nicht geleistet werden kann, versteht sich von selbst.

Mit der Krankenwart und Krankenpflege ist ein ständiger Eisengehilfe betraut, der vom Hausarzte die Befehle bekommt, den richtigen Vollzug überwacht und darüber dem

*) Nunmehr auch k. Bezirksgerichtsarzt rechts der Isar.

Hausarzte Rechenschaft schuldet. Er besorgt die Vertheilung der Medikamente und überwacht deren richtigen Gebrauch, ist also überhaupt Vollzugsorgan des Hausarztes. Essig, Green, Hollerblüthen, Eibischwurzel, Senfmehl etc. zur Bereitung von Kataplasmen, Sinapismen, Theesorten, Greenbier etc. werden vom Materialisten, der Apotheke, dem Markte als Rohstoffe bezogen und im Hause zu dem verwerthet, zu was man sie braucht. Bandagen für Bruchkranke werden angeschafft.

Gestatten überhaupt die Verhältnisse und das in einer Frohnfeste möglichst Erreichbare eine erspriessliche und erfolgreiche Behandlung schwerer und langwieriger Krankheiten in einer Frohnfeste nicht, so verlangt die Aufrechthaltung der Gesamtsalubrität des Hauses eben so sehr die Entfernung aller Schwerkranken, aller ansteckenden und langwierigen Krankheiten Darniederliegenden aus dem Hause.

Dies der Grund, warum der Hausarzt und ich möglich trachten, alle solche Kranke, jedenfalls aber alle Hochschwangeren, an ansteckenden Krankheiten Erkrankte, alle schwierig zu verpflegende rettungslos Darniederliegende aus dem Hause zu schaffen, gleichgiltig ob in's städtische allgemeine Krankenhaus resp. in die k. Lokal- und Kreisgebäranstalt, oder, falls es der Zustand des Kranken und seine Familien- und pekuniären Verhältnisse gestatten, durch Haftentlassung. Der ärztliche Zweck ist erreicht, wenn ein solches Individuum nur aus der Frohnfeste kommt. Es besteht in dieser Beziehung ein noch nicht vollständig geschlichteter Streit mit dem städtischen allgemeinen Krankenhaus. Dieses verweigerte am Anfange meiner Amtsführung die Aufnahme aller Frohnfestgefangenen — gewiss mit Unrecht; denn für ein allgemeines Krankenhaus muss jeder Kranke aufnahmefähig sein, und ein allgemeines Krankenhaus hat nicht nach der Qualität der Person des Kranken zu fragen, sondern Kranker ist Kranker, ganz gleichgiltig, ob er aus der Frohnfeste oder wo sonst herkommt, und ganz abgesehen davon, dass ein Untersuchungsgefangener noch kein Abgeurtheilter ist, und an einem Untersuchungs-

gefangenen vor der Hand noch nicht die Macula des Verbrechens haftet. Dies mochte die Direktion des städtischen allgemeinen Krankenhauses wohl gefühlt haben; denn seit 4 Jahren verweigert sie die Aufnahme von Frohnfestkranken nicht mehr unbedingt, verlegt aber alle solche Kranke manchmal in die gewöhnlichen Krankensäle, manchmal aber auch unter dem Vorgeben, sie könne ihren Kranken keinen Frohnfestgefangenen unter sich zumuthen, natürlich gegen Ueberbürdung der Kosten an das Staatsärar, in Separatzimmer, wogegen nichts einzuwenden ist.

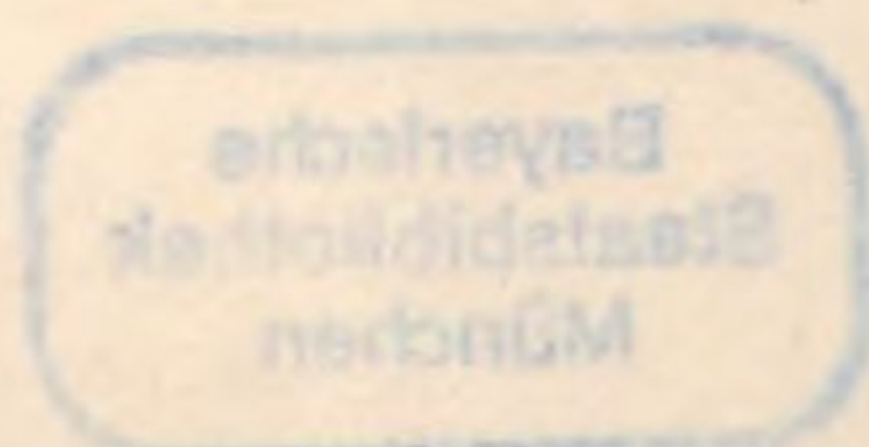
β) Der Neuthurm.

Er liegt am östlichen Ende der inneren oder Altstadt, in der allernächsten Nähe der neuen Maximiliansstrasse, des k. Hof- und Nationaltheaters und des k. Münzgebäudes. Es ist ein runder, inklusive des für den Neuthurmpfleger und seine Familie bestimmten Erdgeschosses 6 Stockwerke hoher, jetzt ganz isolirt stehender Thurm der ehemaligen Stadtbastei, resp. der Thurm eines ehemaligen Stadthores ohne Hofraum. Er kann 50—60 Gefangene aufnehmen und ist zur Aufnahme von Kriminalgefangenen der besseren Stände und von Civilarrestanten bestimmt. Die stets geringe Zahl seiner Bevölkerung, der Umstand, dass sich diese Bevölkerung nicht der Breite, sondern der Höhe nach in den Raum zu vertheilen hat, daher die Ventilation um so besser ist, in je höhere Stockwerke man steigt — diese Gründe sichern diesem Gefängnisse eine noch günstigere Salubrität, als der Angerfrohnfeste. Er tritt übrigens in Bezug auf Verköstigung der Gefangenen in die für die Angerfrohnfeste geltende Kostordnung, und ist auch der Hausarzt der Angerfrohnfeste Hausarzt des Neuthurmes.

Ueber den Zustand

d) auswärtiger Frohnfesten

wurden 3 mal Beobachtungen an eingelieferten Gefangenen gemacht und der Aufsichtsbehörde mitgetheilt.



Ueber das

**e) Vorkommen und die Häufigkeit der Pyämie
im allgemeinen Krankenhause**

benöthigte 1 Kriminalfall Recherchen.

Bezüglich der Aufnahme von Irren musste in 3 Fällen mit

f) Irrenanstalten

in Korrespondenz getreten werden.

Ueber Unzukömmlichkeiten im

g) Gebäuhause,

die zur Amtskennntniss gelangt waren, wurde zweimal Bericht erstattet.

Von der Oberbehörde wurde 1 mal Gutachten über

**h) sanitätische Bauführung von Frohnfesten
verlangt und umfassend abgegeben.**

Ueber den Zustand von

i) bezirksgerichtlichen Lokalitäten und Neubauten

wurden 3 Gutachten abgegeben.

2) Sachdiagnosen.

a) Diagnosen des Verletzungswerkzeuges.

Sowohl aus frischen Wunden als aus Narben müssen und können Rückschlüsse auf das Verletzungswerkzeug gemacht werden. Die Anhaltspunkte geben die Wund- und Narbenform, die Wund- und Narbengestaltung, die Wund- und Narbentiefe, die Wund- und Narbenbeschaffenheit. Sehr oft ergibt schon der erste Anblick den Rückschluss auf die Qualität des verletzt habenden Werkzeuges. Eine ganz eigen-
thümliche Wund- und Narbenform, - Gestaltung, - Tiefe und - Beschaffenheit, bei welcher man vergeblich nach Rückschlüssen auf eines der gewöhnlich bei Verletzungen üblichen Werkzeuge sucht, lassen mit hoher Wahrscheinlichkeit entweder auf ein ganz aussergewöhnliches Werkzeug oder doch auf nicht gewöhnliche Handhabung eines

gewöhnlichen Werkzeuges schliessen. 39 mal kam ich in die Lage, solche Diagnosen stellen zu müssen.

Waffendiagnosen.

Das Gesetz bestraft eine mit einer Waffe zugefügte Körperverschüttung schwerer und nennt im Art. 222 Theil I des Strafgesetzbuches „jedes Werkzeug, womit eine lebensgefährliche körperliche Verschüttung zugefügt werden kann“, eine Waffe. Es müsste daher, was eine Waffe genannt werden will, folgende Eigenschaften haben:

1) Es muss ein „Werkzeug“ sein. Dieses ist die erste Schwierigkeit; denn was ist ein Werkzeug? Ist eine Faust, die den Gegner todt niederstreckt, oder ihm den Oberarm entzwei schlägt, eine Waffe? Glücklicherweise helfen über diese Schwierigkeit die mit Gesetzeskraft bekleideten Anmerkungen zum Strafgesetzbuche hinüber, welche als Beispiele, was das Gesetz unter Waffen verstanden wissen wolle, aufführen: starke gewichtige Holzprügel, Gewehre aller Art zum Hauen, Stechen oder Schiessen, Dreschflegel, Aexte, zu gefährlichen Verschüttungen eigens gefertigte Schlagringe und Beile. Damit beurkundet der Gesetzgeber jedenfalls seinen Willen, unter Waffen nur ausserhalb des menschlichen Körpers gelegene Dinge verstanden wissen zu wollen, wie auch die Gerichtspraxis diese Interpretation annimmt.

2) Es muss das Instrument geeignet sein, eine körperliche Verschüttung zufügen „zu können.“ Es ist daher ganz gleichgültig, ob in concreto eine Verschüttung zugefügt worden ist oder nicht; es genügt, wenn eine Verschüttung damit zugefügt werden kann. Doch genügt keinesweges, dass die zufügbare Verschüttung eine beliebige sein könne, sie muss vielmehr

3) eine „lebensgefährliche“ sein können. Dies der Grund, warum diese Frage vor das Forum des Arztes kommt, obgleich dies ganz überflüssig ist; denn schon der gesunde Menschenverstand lehrt, ob ein Instrument diese Eigenschaften in sich trägt oder nicht.

Wie ersichtlich, nimmt das Gesetz auf die Art und

Weise des Gebrauches dessen, was es denn Waffe nennt, und auf die Qualität Desjenigen, gegen den als Gegner dieses Instrument gerichtet ist, zwar keine Rücksicht und fasst den Begriff von „Waffe“ rein objektiv, nicht subjektiv. Aber gerade, indem es keinesweges den Begriff in infinitum objektiv fasst, sondern vielmehr sich selbst seine Grenze setzt — es bezeichnet Beispiele von Werkzeugen, die es unter „Waffen“ versteht — und solche Instrumente unter „Waffen“ verstanden wissen wolle, die nach gewöhnlichem Begriffe „eine lebensgefährliche körperliche Verletzung zufügen können“, hat es der Subjektivität des Thäters und des angegriffenen Theiles Rechnung getragen. Es ist daher eine Abirrung vom Sinne des Gesetzes, wenn man z. B. einer Kavalleriepatrouille von drei Mann gegenüber einem mit einem eleganten Spazierstöckchen versehenen Stutzer einen „Bewaffneten“ und seinen Widerstand einen „bewaffneten“ nennt. Nebenbei gesagt, zieht noch eine solche Interpretation das Gesetz in's Lächerliche, nie aber darf die Gesetzesinterpretation sich in's Lächerliche und Absurde verlieren. Dieses waren die Grundsätze, die mich bei der Waffenfrage leiteten, welche mir 42 mal vorgelegt wurde. Dass natürlich sehr oft viel auf persönliche Anschauung ankommt, ist klar, das war und ist nicht zu vermeiden, so lange das jetzige Gesetz besteht.

b) Diagnosen von Abortivis.

Was heisst Abortivum? Ich will nicht urgiren, dass absolut und jedesmal das Mittel, das so genannt werden will, Abortus unausbleiblich zu erzeugen im Stande sein muss; aber das muss ich urgiren, dass es wenigstens für ganz gewöhnlich und nach auch bei Aerzten bekannter Erfahrung diesen Erfolg im Gefolge haben müsse. Ein solches Mittel gibt es bekanntlich — den Eihautstich angenommen — nicht. Es ist mir daher auch kein einziger Fall bekannt, wo ich diese mir gestellte Frage bejaht hätte, obgleich ich 14 mal in die Lage kam, sie zu beantworten, wobei der Volksglaube oft den sonderbarsten und abergläubischsten Dingen eine abortirende Wirkung zuschrieb.

c) Diagnosen an Plazenten.

3mal mussten gefundene Plazenten allein untersucht und Rückschlüsse auf die Schwangerschaftsdauer gemacht werden; 5mal war die Plazenta mit der Kindesleiche Objekt der Untersuchung.

d) Diagnosen von Samenflecken.

In einem Falle war die Diagnose nicht zu stellen, da sie in öffentlicher Gerichtssitzung vorkam, wo keine Hilfsmittel zu ihrer Lösung in Bereitschaft waren; im anderen Falle löste sie verneinend der makroskopische Augenschein, denn es war ein violetter Flecken von ungleicher Gestalt in grösster Länge circa 1', in grösster Breite circa $\frac{1}{2}'$ im unteren Theile des Hemdes, offenbar ein Abdruck der Farbe der durchnässten Hose auf das durchnässte Hemd.

e) Diagnosen von Mekonium.

Solche Diagnosen kamen 5 mal vor an den Umhüllungen, in die Neugeborene gewickelt waren.

f) Diagnosen von Blut und Lochien an Kleidungsstücken.

Ich stellte solche Diagnosen 7mal. Sie waren stets leicht, da die eben fliessende Menstruation oder die unzweifelhaften Erscheinungen geschehener Geburt die Diagnose jedesmal sicherte.

g) Giftdiagnosen.

6 mal kam die Giftfrage vor. Was das Gesetz unter Gift verstanden wissen will, definirt es nicht, und da die Naturwissenschaft, an der eine Definition zu geben es zunächst wäre, dies nicht that, so fing in Bayern der Richterstand das Definiren an, freilich so unglücklich, dass der erste Anstoss der Naturwissenschaft jeden bis jetzt juristischerseits geschehenen Definitionsversuch über den Haufen wirft. Der Schluss, dass, weil bis jetzt die Naturwissenschaft noch keine Definition gegeben, man überhaupt den Begriff

„Gift“ nicht definiren kann, ist offenbar falsch, man kann höchstens schliessen, dass es bis jetzt noch nicht gelungen ist, eine solche Definition aufzustellen. Dies mag bis zum Jahre 1855 richtig gewesen sein, von da aber — dünkt mir — gibt es schon eine Begriffsbestimmung. Falck hat sie im zweiten Bande des Handbuches der speziellen Pathologie und Therapie (Erlangen 1855 bei Ferdinand Enke) bei der Lehre von den Intoxikationen gegeben. Nach Falck ist „Gift jede chemisch schädliche Potenz, gleichgültig, ob Natur- oder Kunstprodukt, welche durch die chemische Natur ihrer Moleküle und durch die ihr immanenten Kräfte einwirkend mit dem gesunden Organismus konkurrirend zur normalen Ernährung, d. h. zur Bildung, Fortbildung und Restauration des Körpers sich nicht geeignet erweist, im Gegentheile unter bestimmten Bedingungen die Form und Mischungsverhältnisse organischer Theile mehr oder weniger alterirt und somit unter Veranlassung grösserer oder geringerer Funktionsstörung, grösserer oder geringerer Destruktion der Organe oder gar des Todes der Gesundheit und dem Leben in merklicher Weise Abbruch thut.“ Hat Falck freilich diese Definition nur aufgestellt, um vom klinischen Standpunkte aus die Lehre von der Intoxikation einzuleiten, so ist sie doch so treffend, harmonirt so sehr mit dem populären Begriffe und mit Dem, was bisher schon die Rechtswissenschaft „Gift“ nannte, dass unbedenklich die gerichtliche Anthropologie sich diese Definition aneignen kann. Stellt aber einmal unsere Wissenschaft der Kriminalrechtswissenschaft eine Definition auf, so wird für die Länge der Zeit letztere ihre ganz fehlerhaften Definitionen nicht mehr behaupten können und die naturhistorische annehmen müssen, wohin überzutreten der Rechtswissenschaft um so leichter ist, als gerade, wie schon erwähnt, die Falck'sche Definition sich bereits sehr der bisherigen juristischen Anschauung anschliesst. Dieser Definition zufolge gehört sonach zum Begriffe von „Gift:“

α) dass, was so genannt werden will, eine Substanz, gleichgiltig ob Natur- oder Kunstprodukt, sein muss, und von dem Begriffe „Gift“ sind demnach die psychischen Influenzen und die sogenannten Imponderabilien ausgeschlossen. Dieses entspricht auch dem gewöhnlichen Sprachgebrauche, sowie der bereits juristischen Anschauungsweise.

β) Was unter den Begriff „Gift“ fallen soll, muss durch die chemische Natur seiner Moleküle und durch die immanenten Kräfte derselben sich wirksam erweisen. Hiermit sind alle mechanisch und dynamisch den Körper ergreifenden Agentien ausgeschlossen, d. h. was „Gift“ heissen will, muss den Körper chemisch angreifen. Auch Das entspricht der gewöhnlichen und bisherigen juristischen Anschauungsweise.

γ) Was zu den „Giften“ gehören soll, muss mit dem gesunden Organismus konkurrirend zur gewöhnlichen Ernährung, d. h. Bildung, Fortbildung und Restauration des Körpers sich ungenügend erweisen, d. h. darf nicht zu den Nahrungsmitteln gehören. Wenn auch ein Merkmal negativer Art, muss doch diese Negation als den Giftbegriff konstituierend um so mehr hereingenommen werden, als auch die Nahrungsmittel Substanzen sind, welche durch die chemische Natur ihrer Moleküle und durch ihre Molekularkräfte sich wirksam zeigen. Das aber ist die grosse Differenz zwischen Nahrungsmittel und „Gift“, dass ersteres mit dem gesunden Körper konkurrirend sich zur Bildung, Fortbildung und Restauration dienlich, das „Gift“ aber ungeeignet erweist. Auch nach dieser Richtung hin entspricht die Falck'sche Giftdefinition der populären Anschauungsweise und bisherigen juristischen Praxis. Was unter den Giftbegriff gesetzt werden will, muss

δ) unter bestimmten Bedingungen die Form und Mischungsverhältnisse der organischen Theile mehr oder weniger alteriren, stören, im Gegensatze von den Nahrungsmitteln, welche, mit dem gesunden Organismus in Konkurrenz gesetzt, Form- und Mischungsverhältnisse der organischen Theile nicht alteriren, nicht stören.

Die „Gifte“ wirken mit anderen Molekülen und anderen Molekularkräften als die Nahrungsmittel und dieses Merkmal ist daher das positive Merkmal von „Gift“. Es entspricht ebenfalls wieder bisheriger juristischer Praxis und der populären Anschauungsweise, welche beide ein „Gift“ sich nicht denken können, welches nicht störend auf die Form und Mischungsverhältnisse der organischen Theile wirken würde. Konsequenz dieser Forderung für den Giftbegriff ist endlich

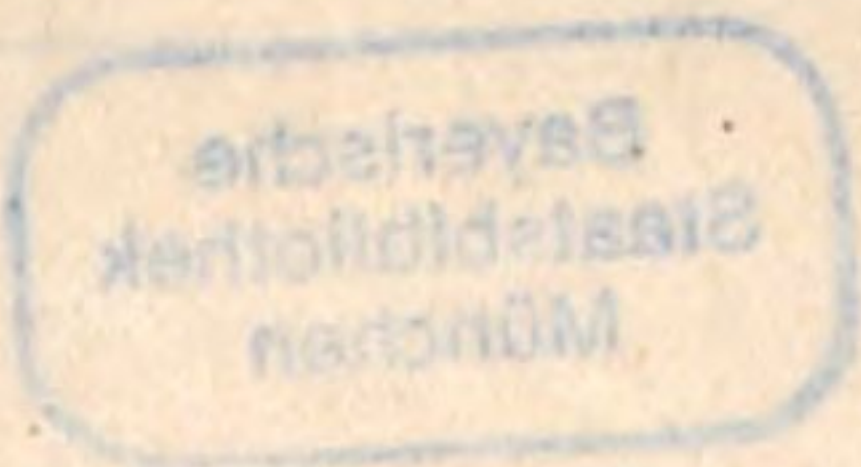
ε) die letzte, ebenfalls mit der bisherigen juristischen Praxis und populären Anschauungsweise harmonisirende Forderung, dass, was unter den Giftbegriff subsumirt werden will, Veranlassung zu einer grösseren oder geringeren Funktionsstörung, d. h. Krankheit, oder zu grösserer oder geringerer Zerstörung der organischen Substanz geben, d. h. Gesundheit und Leben gefährden müsse.

h) Sachendiagnosen zu verschiedenen Zwecken.

1mal handelte es sich um die Frage: ob man in einem Segerer (Strohtasche), der $1\frac{1}{2}$ lang und 1' hoch, ein neugeborenes Kind forttragen könne? — eine Frage, die natürlich bejaht werden musste, da man bequem deren 3 darin hätte fortschleppen können. Ein anderes Mal handelte es sich um die verschiedenen momentan krankmachenden oder momentane künstliche Leibeschäden und Leibesgebrechen erzeugende Eigenschaften von 15—20 Mitteln, deren sich ein Gewohnheitsbetrüger zum Zwecke der Befreiung Militärkonskriptionspflichtiger von der Konskription bediente. Die Wirkung der Mehrzahl der Mittel beruhte auf Täuschung; einige wenige waren geeigenschaftet, simulirende Gebrechen momentan zu erzeugen.

i) Diagnosen medizinalpolizeilicher Missstände.

Nur 4mal tauchten bei Gelegenheit bezirksgerichtsärztlicher Amtsführung Missstände im Bereiche der Medizinalpolizei auf, welche der k. Medizinalpolizeibehörde zur Kenntniss und kompetenzmässiger Behebung gebracht wurden.



k) Feststellung ärztlicher Deserviten nach der
Medizinaltaxordnung.

Sie wurde 7mal theils vom Gerichte, theils von Privaten verlangt.

Von einem auswärtigen Physikate wurde 1mal Kenntnissgebung über die Anlage der

I) Krankenordinationsbögen
in der Münchener Frohnfeste verlangt und gegeben.

Ich war Mitglied jener Kommission, die im Jahre 1854 zur Konstruktion einer

m) Fallschwertmaschine
niedergesetzt war. Die Konstruktion dieser Maschine findet sich mitgetheilt in Henke's Zeitschrift für Staatsarzneikunde Bd. 70 S. 369.

III. Medizinalwesen.

Von sämmtlichen im Ressort des Medizinalwesens erscheinenden Verordnungen wird das k. Bezirksgerichtsphysikat in Kenntniss gesetzt. Dies ist um so nothwendiger, da die Thätigkeit desselben, wenn auch vorwaltend sich auf dem Gebiete der forensen Sphäre bewegend, in Verfolgung dieser Richtung der Kenntnisse der Vorgänge im medizinalpolizeilichen Ressort nicht entbehren kann. Alle derartigen Mittheilungen der höheren k. Behörden konnten in fast allen Fällen als lediglich zur Notiz gedient habend ad acta genommen werden. Nur in prinzipiellen Fragen wurde das k. Bezirksgerichtsphysikat manchmal befragt, z. B. 3mal in Sachen des Hebammenwesens, 1mal über die Frage der Verhängung der Praxissuspension über einen Arzt etc. Konstante Amtsgeschäfte für den k. Bezirksgerichtsarzt beim Ressorte des Medizinalwesens sind nur: gemeinschaftlich mit dem k. Polizeiarzte alljährlich in I. Instanz die Qualifikation der praktischen Aerzte der k. Haupt- und Residenzstadt festzustellen, und den Sitzungen des für die k. Haupt- und Residenzstadt bestellten Gesundheitsrathes beizuwohnen. Bei solchen Gesundheitsrathssitzungen war ich 19mal gegenwärtig.

Bei Palm & Enke in Erlangen ist so eben erschienen und durch jede Buchhandlung zu beziehen:

Ueber die
Zunahme der Geisteskrankheiten
und ihren
Zusammenhang mit den Geschlechtsfunktionen
und Geschlechtskrankheiten.

Von

Dr. J. C. Santlus,

Herzoglich-Nassauischem Medizinalrathe, Leiningen-Westerburgischem Titularrathe, designirtem Direktor der Irrenanstalt Eichberg, der *Société des sciences médicales et naturelles de Bruxelles* korrespondirendem und anderer gelehrten Gesellschaften Mitgliede.

gr. 8. (116 Seiten.) geh. 12 Ngr. oder 40 kr. rhn.

In demselben Verlage sind erschienen:

Behrend, Dr. Fr. J., *die Prostitution in Berlin* und die gegen sie und die Syphilis zu nehmenden Massregeln. Eine Denkschrift, im Auftrage, auf Grund amtlicher Quellen abgefasst und Sr. Excellenz dem Herrn Minister v. Ladenberg überreicht. gr. 8. geh. 1 Thlr. 15 Ngr. od. 2 fl. 30 kr. rhn.

Bouchut, Dr. E., *die Todeszeichen* und die Mittel, vorzeitige Beerdigungen zu verhüten. Vom Institut de France gekrönte Preisschrift. Aus dem Französischen übersetzt von Dr. Fr. Dornblüth, prakt. Ärzte in Rostock. Mit einer lithographirten Tafel. 8. geh. 1 Thlr. od. 1 fl. 48 kr. rhn.

Büchner, W., *die vier Grundformen des epidemischen Krankheitsgenius* und dessen Verhältniss zur allgemeinen stationären Krankheitskonstitution. Ein Beitrag zur genaueren Kenntniss epidemischer Krankheiten. gr. 8. geh. 12 Ngr. oder 40 kr. rhn.

Ebers, Dr. Joh. Jak. Heinr., *die Ehe und die Ehegesetze* vom naturwissenschaftlichen und ärztlichen Standpunkte beleuchtet und beurtheilt. gr. 8. geh. 18 Ngr. oder 1 fl.

Friedreich, Dr. J. B., *Handbuch der allgemeinen Pathologie der psychischen Krankheiten*. Auch unter dem Titel: *Arbeiten für Pathologie und Therapie der psychischen Krankheiten*. Erster Band. gr. 8. geh. 2 Thlr. 24 Ngr. oder 4 fl. 36 kr. rhn.

Gadermann, Dr. Jos., *praktische Anweisung zu solchen gerichtlich-medizinischen Untersuchungen*, welche lebende Personen betreffen. Ein Hülsbuch für Gerichtsärzte, Inquirenten, Rechtsanwälte und Beisitzer von Schwurgerichten. Zweite Auflage. 8. cart. 24 Ngr. oder 1 fl. 12 kr. rhn.

Bei Palm & Enke in Erlangen ist erschienen und durch jede Buchhandlung zu beziehen:

Kreutzer, Prof. Dr. J. M., Grundriss der gesamten **Veterinärmedizin** mit ausführlicher Darstellung aller in sanitäts- und veterinärpolizeilicher, gerichtlicher, praktischer und komparativ-wissenschaftlicher Hinsicht besonders wichtigen Krankheiten. Zum Gebrauche bei Vorlesungen für Studirende der Medizin und zum Selbstgebrauche für Medizinalreferenten, Physikats- und praktische Aerzte und Thierärzte, wie auch gebildete Landwirthe. Lex.-8. 1190 Seiten. geh. 5 Thlr. 2 Ngr. oder 8 fl. 28 kr. rhn.

Dieses Werk, das bereits in den angesehensten menschen- und thierärztlichen wie auch landwirthschaftlichen Journalen und von den kompetentesten Beurtheilern die beifälligste Anerkennung gefunden hat und als einzig in seiner Art dastehend bezeichnet wird, umfasst die Geschichte der Veterinärmedizin, die Naturgeschichte, Zucht und Diätetik, Anatomie, Physiologie, allgemeine und besondere Pathologie und Therapie, Arzneimittel- und Giftlehre, Chirurgie, Geburtshilfe und den Huf- und Klauenbeschlag der Hausthiere, dann die polizeiliche und gerichtliche Veterinärkunde, und zwar zumeist nur in den wesentlichsten Grundzügen und in gedrängter Kürze. Diejenigen Krankheiten aber, welche in sanitäts- oder veterinärpolizeilicher und gerichtlicher, oder in komparativer und praktischer Hinsicht von besonderer Wichtigkeit sind, hat der Verfasser ausführlich abgehandelt, wie dieses kaum in einem anderen Hand- oder Lehrbuche geschehen ist.

Von den vielen sehr anerkennenden Beurtheilungen, welche über dieses Werk erfolgt sind, möge nur folgende hier einen Platz finden:

„Wir können nicht umhin, dieses Werk für einen wahren Fortschritt in der Literatur der Veterinärkunde zu erklären. Offenbar schwebte dem Verfasser bei der Bearbeitung desselben Veith's Handbuch der Veterinärkunde vor Augen und es ist ihm gelungen, dasselbe in erweiterter Anlage und in den meisten Punkten in einem den Anforderungen der Jetztzeit entsprechenden Gewande dem Leser vorzuführen. Für den Staatsarzt wird dasselbe ein höchst erwünschter Rathgeber in allen jenen Fällen sein, in denen er mit Veterinärmedizin sich zu beschäftigen haben wird, und wir könnten dem Staate nur Glück wünschen, wenn jeder öffentlich angestellter Arzt jenes „Minimum“ aus der Veterinärkunde, wie Verfasser bescheiden seine Arbeit nennt, sich eigen gemacht hätte, was ihm in diesem Buche geboten wird. Wir empfehlen dasselbe jedoch nicht nur den ärztlichen, sondern auch allen jenen thierärztlichen Kollegen, denen es darum zu thun ist, ein dem gegenwärtigen Standpunkte des Wissens entsprechendes, kurzgefasstes, zugleich angenehm belehrend geschriebenes Werk über die Veterinärkunde in allen ihren Verzweigungen zu besitzen.“ (Vierteljahrsschrift für wissenschaftliche Veterinärkunde, herausg. v. d. Mitgliedern des Wiener k. k. Thierarzneiinstitutes. Red. Prof. Dr. Müller und Röll III. Band 1. Heft.)

 Um auch dem weniger Bemittelten die Anschaffung dieses gediegenen Werkes zu ermöglichen, kann dasselbe auch in 12 Heften, jedes von circa 6 Bogen zu dem Preise von 12 Ngr. oder 40 kr. rhn., durch jede Buchhandlung bezogen werden. Der Preis des Registerheftes beträgt 8 Ngr. od. 28 kr. rhn.

Druck von Junge & Sohn in Erlangen.

9.97

BUCHBINDEREI
BERMEIER

Benzstrasse 2
84056 Rottenburg
Telefon 08781 / 5 50
Bucheinbände nach RAL RG 495

Hofmann, Joseph,

Bericht über die Vorkommnisse beim königl. Bezirksgerichtsphysikate München in Quinquennio 1853/8 Ein Beitrag für Physikatsärzte, die Bedürfnisse des Richters kennen und befriedigen zu lernen

Erlangen 1859

Bavar. 1269 md

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10374658-7